»Wir Weicheier« S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 16 – 21. April 2017

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Erdogans Brückenkopf statt Brücke der Verständigung: Jubelnde Türken in Berlin nach dem Referendum

Bild: action press

Das Ende der Täuschungen

Erdogans Osmanen fordern uns heraus – Deutschland reagiert ratlos

Beschwichtigungen sollen das Resultat des Türkei-Referendums relativieren. Doch es hilft nichts mehr, die Wahrheit ist zu hart.

Das Ergebnis des türkischen Referendums stellt die deutsche Politik und Öffentlichkeit vor eine dramatische Frage: Wie verhält man sich, wenn einem ein Konflikt aufgedrängt wird, den man nicht wollte?

63 Prozent der türkischen Wähler in Deutschland haben Erdogans autoritäres Regime bei dessen Machtergreifung unterstützt. Alle Beschwichtigungen können das nicht verwischen, auch nicht der Hinweis, dass nur die Hälfte der in Deutschland wahlberechtigten Türken überhaupt zu den Urnen gegangen sei. Niemand weiß, wie die Nichtwähler abgestimmt hätten.

Überdies darf nicht vergessen werden, dass mehr als ein Viertel der türkischen Staatsangehörigen in Deutschland zu Minderheiten wie den Kurden, Aleviten oder (assyrischen, aramäischen, armenischen) Christen zählt, von denen aus Gründen der kulturellen Selbsterhaltung so gut wie niemand hinter Erdogan stehen dürfte. Auf die ethnischen, sunnitischen Türken fokussiert ergibt sich daher beinahe das Bild einer antidemokratischen Einheitsfront ohne wesentliche Opposition.

> Fast eine Einheitsfront ohne Kurden, Aleviten und Christen

Darauf muss Deutschland reagieren – aber wie? Zunächst dadurch, dass es sich endlich von Täuschungen nicht mehr blenden lässt und sich von seinen Selbsttäuschungen befreit. Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad schreibt: „Kein Mensch kann mir nun erzählen, dass die Integration nicht gescheitert ist.“ Er verweist darauf, dass es nicht die benachteiligten oder arbeitslosen Türken gewesen seien, die in Deutschland Propaganda für Erdogan gemacht hätten, sondern „jene Krawatten-Türken, die gute Berufe haben und perfekt Deutsch sprechen“ sowie „jene grinsenden Kopftuch-Muslimas, die uns verkaufen wollen, dass das Kopftuch ein Zeichen ihrer Emanzipation sei“.

Diese Kräfte führen Erdogans Krieg gegen Europa, gegen Deutschland, die Demokratie und die Kultur des Abendlandes in unseren eigenen Grenzen. Dennoch genießen ihre Organisationen staatliche Unterstützung – durch viel Geld und öffentliche Anerkennung.

Den Doppelpass missbrauchen sie, um ihren Einfluss auf die deutsche Politik systematisch auszubauen. Die Doppelstaatlichkeit, die ihnen großzügig angeboten wird, ist keine Brücke der Integration, sondern ein Brückenkopf, den wir freiwillig unseren Feinden zuweisen, die uns von dort noch erfolgreicher bedrängen können. Wer diese Analyse für übertrieben, gar hysterisch hält, der höre einem Erdogan nur zu und beachte, wie viel er schon umgesetzt hat von seinen scheinbar nur lächerlichen, effekthascherischen Sprüchen.

Natürlich sind die EU-Beihilfen für das Neuosmanische Reich sofort einzustellen, ist die Bundeswehr von dort wegzuverlegen. Auch muss, bei Wahrung des Asylrechts, verhindert werden, dass Erdogan seine Kritiker millionenfach ins (deutsche) Ausland drängt, um zu Hause noch freiere Bahn zu haben. Ob die deutsche Politik zu alldem willens und imstande ist, steht tragischerweise dahin.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Kein Geschenk

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat eine Studie über die Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben in ihren 35 Mitgliedsländern vorgelegt. Demnach zahlen in den Industrienationen rund um den Globus nur noch die Belgier mehr als die Deutschen. Laut der OECD-Studie muss bei uns ein lediger, kinderloser Durchschnittsverdiener 49,4 Prozent seines Einkommens an den Staat abführen. Im Durchschnitt der OECD-Länder sind es nur 36 Prozent. Ist allein schon die Position des deutschen Staates als Vize-Weltmeistern im Abkassieren fragwürdig, so ist es umso mehr die Tatsache, dass mittlerweile schon ein Facharbeiter mit knapp 54 000 Euro Jahreseinkommen den Höchststeuersatz zu entrichten hat. Kein Wunder, dass 84 Prozent der Befragten in einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Mentefactum im Auftrag des Bundes der Steuerzahler durchgeführt hat, die Steuer- und Abgabenlast als „zu hoch“ betrachten.

„Runter mit den Steuern in Deutschland“ heißt das Signal, das von dem OECD-Steuervergleich ausgeht. Das gilt ganz besonders, nachdem am Ende des vergangenen Jahres noch knapp sieben Milliarden Euro in der Kasse von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble übrig waren. Wenn der nun in Zusammenhang mit Steuersenkungen oder sogar Steuererstattungen von „Steuergeschenken“ spricht, für die es keinen Spielraum gäbe, ist das nicht nur sachlich falsch, sondern es offenbart ein besonders dreistes Maß an Arroganz der Macht. Das Geld gehört nicht dem Staat, sondern den Steuerzahlern, die den Milliardenüberschuss erst erarbeitet haben. Und was ihnen bereits gehört, kann der Staat ihnen nicht schenken.

»Koranisierung« der Sprache

Für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan sind verbale Entgleisungen ein Mittel der Politik

Obwohl der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit 2003 an der Regierung beteiligt ist, haben viele offenbar erst jetzt durch seine verbalen Entgleisungen sein wahres Gesicht erkannt. Viele Analysten waren sich bisher nicht sicher, ob Erdogan nur ein konservativer Muslim ist oder bereits ein Vertreter des fundamentalen Islam. Zumindest in der Rhetorik ist er in der Endphase des Wahlkampfs dem Hass-Vokabular der Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) sehr nahe gekommen.

Bei einem Wahlkampfauftritt in Ankara bezeichnete er die EU als „Kreuzritter-Allianz“. Damit spielte er auf eine Audienz der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten bei Papst Franziskus in Rom an. Anlass war der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Erdogan beschuldigte weiter „europäische Parlamentarier und Anführer“, sich vor der Volksabstimmung über das von ihm angestrebte Präsidialsystem auf die Seite seiner Gegner geschlagen zu haben. „So Gott will, wird das türkische Volk, werden 80 Millionen den Anführern des Westens die größte Lektion erteilen.“

> Gleiches Vokabular wie das von Terroristen

Mit dieser Formulierung ahmt Erdogan die vom IS stabsmäßig betriebene „Koranisierung“ der Sprache nach. „Eine Lektion erteilen“ wollen auch die Terroristen des IS in vielen Internetvideos ihren Feinden. Nur bei diesen Lektionen gehören Erdogan und seine Türken selbst zu den Lektionsempfängern. Weiter sagte Erdogan: „Wartet auf den Frühling, und alle Terrorgruppen, PKK, YPG, IS, FETÖ, werden sehr nette Überraschungen erleben.“

Interessant ist, dass zunächst die beiden kurdischen genannt werden, danach erst folgen der IS und die Gülen-Bewegung (FETÖ). Bei der Wortwahl fällt auf, dass sowohl der IS als auch allgemein die Salafisten immer wieder ihren Gegnern „nette Überraschungen bereiten“ wollen. Auch hier ist Erdogan also ganz auf das koranisierende Vokabular der IS-Terroristen und ihrer Unterstützer oder das eines Osama Bin Laden aufgesprungen. Denn auch im Koran ist an verschiedenen Stellen von „netten Überraschungen“ als Bestrafung von Ungläubigen die Rede. Offenbar will Erdogan dies auch gar nicht mehr verbergen, wie er das noch vor einiger Zeit getan hat.

> Tabubrüche wie bei Silvio Berlusconi und Hugo Chávez

Erdogan setzt seine verbalen Provokationen bewusst ein, wie der Italiener Silvio Berlusconi oder der verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez. Wie diese irritiert er hin und wieder mit absurden Äußerungen, wie beispielsweise mit der Behauptung, Muslime hätten „Amerika entdeckt“. Im Jahre 2014 sagte er zum Thema Frauen und Gerechtigkeit: „Man kann Frauen und Männer nicht gleichstellen. Es läuft der Natur zuwider.“ Gleichberechtigung sei ebenfalls „gegen die Natur“. Auch das waren keine unglücklichen Ausrutscher, sondern gezielt als Mittel der Politik eingesetzte Tabubrüche. In Zusammenhang mit dem Verfassungsreferendum setzte er diese sogar noch zielgerichteter ein.

Der türkischstämmige Kabarettist Serdar Somuncu wirft Erdogan vor, bewusst zu provozieren, damit die Situation eskaliert und er dann als Ordnungsstifter gerufen wird. Ähnlich hätte es auch mit dem stümperhaften Putsch vom Juli vergangenen Jahres gewesen sein können. Vielleicht hat Erdogan ihn bewusst provoziert, um sich durch die lang vorbereitete Niederschlagung als starker Mann zu profilieren.

Bodo Bost

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Zwei Millionen Visa erteilt

Berlin – Deutschland hat im Jahre 2016 rund 2,16 Millionen Visa erteilt. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei schreibt, entfiel dabei der größte Anteil auf Antragsteller aus China mit 409 605, aus Russland mit 270 844 und aus der Türkei mit 261 444 erteilten Einreise- und Aufenthaltsgenehmigungen. Die Ablehnungsquote lag den Angaben zufolge bei Anträgen aus Russland bei 2,15 Prozent, im Falle Chinas bei 3,08 Prozent und bei Anträgen aus der Türkei bei 7,07 Prozent. Der überwiegende Anteil der Visa hatte eine Gültigkeitsdauer von unter einem Jahr, insgesamt seien 515 690 Visa mit ein- oder mehrjähriger Gültigkeitsdauer ausgestellt worden, teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort weiter mit. *J.H.*

Managergehälter begrenzen

Berlin – Die Begrenzung der Managergehälter ist einer der Punkte, mit denen der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz „soziale Gerechtigkeit" herstellen will. Damit scheint er tatsächlich einen Nerv der Wähler zu treffen. Denn die Deutschen würden den Chefs großer Unternehmen deutlich geringere Gehälter zahlen als diese tatsächlich erhalten. Dies ist einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Dr. Doeblin zu entnehmen. Das Institut hatte die Befragten gebeten, das „angemessene Gehalt" für den Top-Manager eines DAX-Unternehmens anzugeben im Vergleich zu einem durchschnittlichen Arbeitnehmer im gleichen Unternehmen. Während ein Dax-Vorstand tatsächlich etwa das 50- bis 60-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers im gleichen Unternehmen verdient, sind fast zwei Drittel der Deutschen der Ansicht, deutlich weniger würde auch reichen. Ein gutes Viertel würde dem obersten Unternehmenschef gar nur das fünffache eines Arbeitnehmergehaltes gönnen. Immerhin jeder achte Befragte hält es für angemessen, einem Dax-Chef das 50-fache eines Arbeitnehmergehaltes oder sogar noch mehr zu zahlen. 23 Prozent können sich keine Vorstellung von den Spitzengehältern in deutschen Großunternehmen machen. Die von der Bevölkerung den Spitzenmanagern verordnete Schmalkost entspricht übrigens in der Tendenz den Ergebnissen einer Umfrage der Harvard Business School in 40 Ländern. Mehr als das fünffache Arbeitnehmergehalt befürwortet die Bevölkerung im Durchschnitt nicht. Das Institut hatte auch Wirtschaftsjournalisten zum gleichen Thema befragt. Zwei Drittel von ihnen würden Spitzengehälter von Dax-Vorständen bis zum 20-fachen eines Arbeitnehmergehaltes für angemessen halten. Ein Drittel befürwortet allerdings das 50-fache oder mehr. Projektleiter Jürgen Doeblin: „Es ist bei den Spitzengehältern nach den Exzessen der letzten Jahre bereits mehr Vernunft eingekehrt. Es liegt im Interesse der Großunternehmen und ihrer Führungskräfte, wenn in der Öffentlichkeit das Verständnis für eine angemessen hohe Vergütung von Spitzenleuten wächst." *PAZ*

Weckruf für Europa: »Wir Weicheier!«

Martin van Creveld analysiert im Interview mit der *PAZ* die westliche Schwäche und ruft zur Umkehr auf

Der Terror ist auch in Europa mit voller Wucht angekommen und die Regierungen erscheinen dagegen hilflos. In seinem soeben erschienenen Buch „Wir Weicheier – Warum wir uns nicht mehr wehren können und was dagegen zu tun ist" geht der renommierte Militärhistoriker Martin van Creveld, emeritierter Professor für Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, der Frage nach, ob sich Europa heute überhaupt noch politisch und militärisch verteidigen könnte. Er äußerst sich dazu skeptisch und bezieht die ganze westliche Welt in seine Analyse ein. Das Interview führte Bernd Kallina.

PAZ: *In Ihrem jüngsten Buch befassen Sie sich kritisch mit gesellschaftlichen Fehlentwicklungen westlicher Demokratien. Verstehen Sie es als Warnruf, den Ernst der Stunde endlich zu begreifen?*

Martin van Creveld: Ja, eindeutig. Um eine der Kapitelüberschriften in meinem Buch zu zitieren: „Hannibal intra portas". Entweder der Westen legt seine Schwäche ab und lernt wieder zu kämpfen, oder er ist dem Untergang geweiht.

PAZ: *Ihr Vorwurf lautet: „Weicheier"! Wen meinen Sie damit genau, welchen Defizit-Typus haben Sie im Auge?*

Creveld: Alle Bereiche der Gesellschaft sind mit schuld. Eltern, die zu alt, zu sicherheitsorientiert sind und oft auch zu hohe Anforderungen an die Kinder stellen; Streitkräfte, die von einer ekelerregenden Mischung aus Bürokratie, Regelungswut und „political correctness" geplagt werden; Soldatinnen, die in Wirklichkeit nur halbe Soldaten sind und den Streitkräften viel mehr Probleme als Nutzen bringen; die weit verbreitete Akzeptanz des Gedankens, dass der Krieg notwendigerweise zu posttraumatischen Belastungsstörungen führt und es für einen Soldaten nicht nur „in Ordnung", sondern beinahe geboten ist, daran zu erkranken; und der unaufhaltsame Aufstieg der Rechte zulasten der Pflichten. Suchen Sie sich's aus.

PAZ: *Der islamistische Terror ist unübersehbar in Europa angekommen und überfordert die klassischen Armeen bei der Abwehr. Weshalb?*

Creveld: Weil sie sich jahrzehntelang darauf vorbereitet haben, gegeneinander anstatt gegen anders geartete Organisationen zu kämpfen.

PAZ: *Wenn die klassischen Armeen bei der Abwehr asymmetrischer Partisanenangriffe versagen, was hilft dann?*

Creveld: Lassen Sie mich diese Frage im Lichte des britischen Erfolgs in Nordirland beantworten. Drei Dinge sind notwendig: Erstens ein starker politischer Wille, der aber den meisten westlichen Ländern zu fehlen scheint. Zweitens eine sehr gute Ausbildung, Disziplin, Professionalität und Korpsgeist. Drittens die Fähigkeit zum Maßhalten, damit man sich die Bevölkerung nicht noch mehr entfremdet als unbedingt notwendig. Auch wenn es Tote kostet, so wie in Nordirland, wo weit mehr Soldaten als Terroristen starben.

PAZ: *In Ihrer Schwächeanalyse bei fast allen westlichen Armeen – Sie führen als Paradebeispiel ja die „US-Streitkräfte" an – verweisen Sie vor allem auf eine dort zu beobachtende Femininisierung. Warum stören Soldatinnen die Kampfkraft einer Armee?*

Creveld: Es gibt vier Hauptprobleme: Erstens behaupten die Frauen, dass sie zu den gleichen Bedingungen wie männliche Soldaten zum Heer wollen. Sind sie erst einmal aufgenommen, verlangen sie unweigerlich alle möglichen Privilegien – und bekommen sie auch, angefangen von den Vorrechten rund um Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft über eine weniger fordernde Ausbildung bis hin zum leichteren Zugang zum Offiziersrang. Das Ergebnis sind Hass und Neid bei den männlichen Soldaten und periodisch wiederkehrende „Skandale" wie jener, der vor Kurzem die Gebirgsjäger der Bundeswehr erschüttert hat.

PAZ: *Das war Punkt eins, und die weiteren Hauptprobleme?*

Creveld: Zweitens ist die Situation entstanden, dass männliche Soldaten sich vor dem unberechtigten Vorwurf der sexuellen Belästigung mehr fürchten als vor dem Feind. Und mit sehr gutem Grund: Die US-Streitkräfte haben derzeit mehr „sexual assault response coordinators" als Musterungsoffiziere. Drittens: Wenn es Frauen bei den Streitkräften gibt, dann fällt einer der Hauptgründe weg, warum ein Mann Soldat wird und kämpft – der Wunsch, sich als Mann zu bewähren. Dann sagen Männer ganz zu Recht: Wenn eine Frau das auch kann, warum sollte ich das machen? Und schließlich gilt für die Streitkräfte aller westlichen Länder: Jeder, der es wagt, auch nur im Flüsterton über diese und ähnliche Probleme zu sprechen, wird unverzüglich und hart bestraft. Daher sind diese Streitkräfte auf einer Lüge aufgebaut. Und ein Haus, das auf einer Lüge aufgebaut ist, hat keinen Bestand.



Martin van Creveld Bild: MvC

PAZ: *Nicht nur die Feminisierung der Armee ruft Ihre Kritik hervor, generell wenden Sie sich gegen einen Erziehungsstil des „Überbehütens". Woran machen Sie diese Entwicklung beispielhaft fest und welche negativen Auswirkungen zeitigt ein solcher Stil?*

Creveld: Das, was Sie „Überbehüten" nennen, ist sehr leicht nachzuweisen. Sogar ein quantitativer Nachweis ist möglich. Der Prozentsatz der Kinder, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad in die Schule kommen und nicht mit dem Schulbus oder mit dem Auto hingefahren werden, sinkt. Die durchschnittliche Strecke, die sich unsere Kinder ohne erwachsene Begleitung von zu Hause entfernen dürfen, wird immer kürzer. Das Durchschnittsalter, in dem junge Menschen die Schule oder die Universität verlassen und den Schritt ins „wirkliche Leben" tun, nimmt hingegen zu. Das Alter, in dem sie berufstätig werden, heiraten und Kinder bekommen, nimmt ebenfalls zu. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, deren Mitglieder nicht fähig und oft nicht willens sind, sich zu verteidigen.

PAZ: *Wäre denn eine Form von „anarchischer Härte" als pädagogische Prämisse sinnvoller?*

Creveld: Der Gedanke ist mir noch nie gekommen. Aber „anarchische Härte" ist eine ziemlich treffende Beschreibung für die Art und Weise, wie junge Israelis etwa zwischen 1948 und 1982 aufgewachsen sind – also genau in der Zeit, als die israelischen Streitkräfte wegen ihrer Tapferkeit bewundert wurden und als die beste Armee der Welt galten.

PAZ: *Die Bundeskanzlerin hat im Herbst 2015 die Einfallstore für illegale Masseneinwanderung geöffnet, was zu großen gesellschaftlichen Verwerfungen führte. Wie bewerten Sie diese Art von „Willkommenskultur" unter Sicherheitsgesichtspunkten?*

Creveld: Ich mag Frau Merkel. Aber ich glaube, sie hat einen sehr, sehr schweren Fehler begangen, für den Deutschland teuer bezahlt und in Zukunft noch teurer bezahlen wird.

PAZ: *Sie leben in Israel und damit in einem Staat, der fast täglich mit Terroranschlägen zu kämpfen hat. Was kann Europa in dieser Beziehung von Israel lernen?*

Creveld: Alles. Israelische Sicherheitsexperten sind auf der ganzen Welt tätig, auch in einigen arabischen Ländern, wo sie die entsprechende Ausrüstung installieren und als Ausbildner tätig sind. In ihrer jahrzehntelangen Erfahrung mit dem Terrorismus haben sie gelernt, mit diesen Problemen umzugehen. Auch von der israelischen Bevölkerung lässt sich lernen, mit diesen Dingen zu leben und mit ihnen fertig zu werden.

PAZ: *Sind die vom „Weichei-Establishment" so geschmähten „populistischen Bewegungen" in Europa ein Hoffnungsschimmer in Richtung Realismus?*

Creveld: Meiner Meinung nach ja. Obwohl es mir persönlich gar nicht recht wäre, wenn die EU zerfällt.

PAZ: *In den USA agiert seit Jahresbeginn der neue US-Präsident Donald Trump, der als Gegenpol zum alten Establishment gilt. Erwarten Sie von ihm positive Impulse?*

Creveld: Ich habe Trump unterstützt. Ich hatte die Hoffnung, dass er der von Hillary Clinton symbolisierten „political correctness", die uns alle zu Idioten macht, ein Ende setzen würde. Nach zwei Monaten Präsidentschaft kommt es mir allerdings so vor, als wenn der Mann selbst ein Idiot ist, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Sicherheitspolitik. Alles, was er anfasst, endet in einer Katastrophe. Wenn es so weitergeht, werden die meisten Menschen bald gar nichts mehr von ihm erwarten – außer vielleicht seinen Rücktritt.

Arm trotz lebenslanger Beitragszahlung

Mehr als die Hälfte der Empfänger von Grundsicherung ist im Rentenalter

Der „5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" ist aktuell in der Ressortabstimmung und wird danach im Kabinett beschlossen, bevor er im Bundestag beraten wird. Darin heißt es: „Die breite Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland fußt auf zwei Perspektiven: Erstens, dass für jede und jeden durch Anstrengung und Leistung ein Aufstieg möglich ist, und zweitens, dass jede und jeder Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand hat." Die Verfasser der Studie kommen zwar zu dem Schluss, dass die Deutschen „solide dastehen", dass es aber Verunsicherung bei den Bürgern gebe, ob sie und ihre Kinder den erreichten sozialen Status verbessern oder wenigstens erhalten können. Für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist das mittlerweile problematisch geworden. „Die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben beim Bruttostundenlohn seit Mitte der 1990er Jahre real weniger auf dem Gehaltszettel", heißt es dazu in dem Bericht.

Prekär ist zudem die Lage vieler Rentner. Oftmals arbeiten Menschen ein Leben lang, um sich ihren Lebensunterhalt für das Alter zu sichern – um dann festzustellen, dass es dafür doch nicht reicht. Denn es gibt es immer mehr arme Rentner in Deutschland. Da diese ihren Lebensunterhalt von der einkommenden Rente nur knapp bestreiten können, beziehen sie oft Hilfe vom Staat. Die Grundsicherung soll jedem Rentner trotz niedriger Rentenzahlung ein würdevolles Leben ermöglichen. Doch nicht jeder, der wenig Geld zur Verfügung hat, leidet laut Definition der EU auch unter Altersarmut. Als arm gilt demnach derjenige, dem maximal 60 Prozent des Medianeinkommens des entsprechenden Landes zur Verfügung stehen. Dabei wird oft eine pauschale Einkommensgrenze von 900 Euro genannt. Sollte die Altersarmut also eine bestimmte Grenze erreichen, so dass der Betroffene seinen Lebensunterhalt nicht mehr durch sein eigenes Einkommen bestreiten kann, hat dieser Anspruch auf Grundsicherung vom Staat. Besonders häufig sind Frauen von der Altersarmut betroffen. Grund dafür sind die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann. Hinzu kommen Ausfälle durch Schwangerschaften, welche die Rentenzahlungen verringern können.

Eine weitere allgemeine Ursache für Altersarmut sind niedrige Löhne. Aufgrund dieser muss ein Arbeitgeber einen geringeren Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung des Arbeitnehmers einzahlen. Auch länger andauernde Krankheiten während einer Beschäftigung können dazu führen, dass sich die Rentenzahlungen verringern. Hinzu kommt eine weitere Risikogruppe, die der Langzeitarbeitslosen. Da Personen dieser Gruppe oft als Minijobber und

Armutsbericht der Bundesregierung spricht Klartext

Teilzeiterwerbstätige beschäftigt sind, bekommen diese im Alter weniger Rente. Die Finanzierung der aktuellen Rente übernehmen die Beitragszahler, also die Erwerbstätigen. Das Problem: Aufgrund des demografischen Wandels gibt es davon immer weniger. Das derzeitige Beschäftigungshoch ist nur vorübergehend und hauptsächlich auf die explodierende Zahl von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen zurückzuführen.

Im Jahr 2016 waren mehr als 50 Prozent der Empfänger von Grundsicherung im Rentenalter. Höhere Löhne sowie die Aufstockung von Niedriglöhnen sollen der Altersarmut vorbeugen. Daher wurde der Mindestlohn eingeführt, wodurch Dumpinglöhne vermieden werden sollen. Der Mindestlohn hilft bereits im Voraus, spätere unzureichende Rentenzahlungen zu umgehen. Doch auch privat kann für das Alter vorgesorgt werden. Das kann unter anderem durch eine private Rentenversicherung, eine Lebensversicherung oder eine betriebliche Altersvorsorge geschehen. Die private Rentenversicherung sowie die Lebensversicherung dienen im Rentenalter als zusätzliche Rentenzahlung. Die Altersvorsorge hingegen sorgt dafür, dass ein Teil des Bruttolohns durch den Arbeitgeber direkt in die private Rentenversicherung einfließt. Für die meisten Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist diese Form der Altersvorsorge allerdings nur Theorie. Sie sind gar nicht in der Lage, Beitragszahlungen in der für eine sinnvolle Altersvorsorge erforderlichen Höhe zu leisten

Also bleibt für viele im Alter nur die Inanspruchnahme der Grundsicherung. Wem sie gezahlt wird, der erhält in der Regel eine Zahlung wie beim Empfang von Hartz IV beziehungsweise Arbeitslosengeld II. Das bedeutet, dass der Betroffene einen Regelbedarf sowie einen eventuellen Mehrbedarf zur Verfügung gestellt bekommt. Neben den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen werden auch die Kosten für die Unterkunft und Heizung übernommen. Der Regelbedarf beträgt für Alleinstehende 409 Euro, Partner oder Eheleute erhalten jeweils 368 Euro. Zusätzlich ist, wie auch bei Hartz IV, eine Erstausstattung einer Wohnung durch Möbel möglich. Die Bewilligung der Grundsicherung erfolgt in der Regel für zwölf Monate. Der Anspruch verlängert sich danach automatisch, sofern sich die Voraussetzungen zum Auslaufen des Bewilligungsgesetzes nicht geändert haben. Ist das doch der Fall, muss ein neuer Antrag auf Grundsicherung gestellt werden.

Mit der Zunahme der Altersarmut steigt bei den Betroffenen auch der Beratungsbedarf. Umfangreiche Informationen und Ratschläge unter anderem zu den Themen Hartz IV-Finanzen, Jobcenter und Hartz IV-Leistungen bietet unter anderem das kostenlose Ratgeberportal www.hartz4hilfthartz4.de.

Isabel Frankenberg/J.H.

Da kommt was auf uns zu

Bundesamt rechnet mit 500 000 Zuwanderern durch Familiennachzug allein aus Syrien

Die Bundesregierung hat die große „Flüchtlingskrise“ erst kürzlich als „weitestgehend überstanden“ bezeichnet. Doch nun stellt sich heraus, dass mehrere hunderttausend Syrer möglicherweise Anspruch darauf haben, ihre Angehörigen nach Deutschland zu holen.



Denken plötzlich an die, die sie in der Gefahr im Stich gelassen haben: Syrische Männer fordern den Zuzug ihrer Familien Bild: Imago

Die Regierungskoalition hatte im Zuge des Flüchtlingszuzugs beschlossen, den Familiennachzug für „Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz“ für zwei Jahre auszusetzen. Dieser Schutz steht Asylsuchern zu, die keinen Anspruch auf den vollen Flüchtlingsstatus haben. Darunter sind vor allem jene, die sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen können und keinen Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben, aber dennoch nicht zurückgeschickt werden, weil ihnen in der Heimat etwa Folter oder Todesstrafe drohen. Dazu zählen Minderjährige und Syrer, die erst relativ spät nach Deutschland gelangt sind. In Deutschland haben anerkannte Flüchtlinge einen privilegierten Anspruch auf den Nachzug von Familienangehörigen. Laut einem an die Medien durchgestochenen internen Papier der Bundesregierung soll dies auf rund 270 000 der mehr als eine Million Menschen zutreffen, die vor allem 2015 und 2016 nach Deutschland eingewandert sind, vor allem Syrer. Die Gesellschaft müsse sich auf eine halbe Million weitere Syrer durch den Familiennachzug einstellen, warnte jüngst der Vizepräsident des Bundestags, Johannes Singhammer (CSU).

Das Recht auf Familiennachzug wird aus dem Grundgesetz, das in Artikel 6 den Schutz der Ehe und der Familie regelt, abgeleitet. Wie viele Menschen dadurch zusätzlich nach Deutschland kommen werden, lässt sich schwer abschätzen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet mit 0,9 bis 1,2 Angehörigen pro Zuwanderer, hat aber vor wenigen Monaten auch davon gesprochen, dass „es auch 500 000 sein können“. Früher schätzte man, dass jeder syrische Zuwanderer mindestens drei bis vier Menschen nach Deutschland holt. Die Aussetzung des Familiennachzugs wird somit zu einem Wahlkampfthema. Die Union möchte unbedingt vermeiden, dass die 2018 auslaufende Sperre des Familiennachzugs für „Flüchtlinge mit eingeschränkten Schutzstatus“ nicht verlängert wird. „Im Gegensatz zur SPD treten wir für eine Anschlussregelung ein“, sagte Unionsfraktionsvize Stephan Harbarth der „Passauer Neuen Presse“. „Der Familiennachzug muss auch in Zukunft auf ein Maß begrenzt werden, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt und die Integrationsfähigkeit nicht überfordert.“

Luise Amtsberg, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, erklärte demgegenüber im Deutschlandfunk, die „Aussetzung muss schnellstmöglich aufgehoben werden“. Sonst werde nicht nur die Integration blockiert, sondern auch an Menschenrechten gerührt. Es gehe nicht darum, dass „ein Familienverbund von fünf Menschen kommt“, die Kernfamilie zusammenzuführen sollte aber leistbar sein. Es wirke sich begünstigend auf die Integrationsfähigkeit aus, weil es dann innerhalb der Familie Unterstützung füreinander gebe, so Amtsberg.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), forderte gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“ eine Verlängerung der Ausnahmeregelung. Vom Familiennachzug gehe eine nicht zu unterschätzende Anziehungswirkung aus. Wenn die geltende Beschränkung auslaufe, „würden sich wieder Hunderttausende aus den Flüchtlingslagern auf den Weg zu uns machen“, sagte der CSU-Politiker. Und weiter: „Der Flüchtlingsnachzug würde sich in keiner Weise steuern oder begrenzen lassen.“ Die Grünen möchten die Einwanderung dagegen noch erleichtern und werden mit der Forderung nach einem neuen Einwanderungsgesetz in den Bundestagswahlkampf ziehen. Das Gesetz soll eine Aufenthaltserlaubnis schon zur Arbeitsplatzsuche ermöglichen und den Familiennachzug garantieren, sobald Arbeit gefunden ist. Zudem soll es den Wechsel vom Asylstatus zum eingewanderten Facharbeiter ermöglichen. Auch möchten die Grünen die Einwanderung für Aus- und Weiterbildung vereinfachen und eine Einbürgerung bereits nach fünf Jahren ermöglichen. Die politischen Forderungen der Union seien „zynisch“ angesichts der „unfassbaren Grausamkeiten in Syrien“, sagte Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt dem Fernsehsender NTV. Stattdessen müsse den Zuwanderern aus dem Bürgerkriegsland das Recht zurückgegeben werden, ihre Angehörigen nach Deutschland zu holen. „Für die in Deutschland lebenden Syrer muss es unerträglich sein, ihre Kinder, Geschwister oder Eltern in Syrien in großer Gefahr zu wissen, aber nichts für sie tun zu können.“ Die Aussetzung des Familiennachzugs sei ein „Skandal“.

Keine Angaben machten die Grünen allerdings zu den finanziellen Belastungen, die auf Deutschland zukommen werden. Im vergangenen Jahr hat die Unterbringung und Versorgung von Zuwanderern rund 21 Milliarden Euro gekostet. Die Integration in den Arbeitsmarkt verläuft schleppend bis desaströs, mittlerweile gehen Arbeitsmarktexperten davon aus, dass ein Großteil der in den vergangenen 24 Monaten eingewanderten Personen nach abgeschlossenem Verfahren erst einmal ein Fall für die Sozialkassen wird. Das Bundesfinanzministerium rechnet derzeit mit Kosten von rund 500 Euro pro Monat für die Versorgung einer Person. Verlässliche Schätzungen, wie viel Geld der Familiennachzug verursachen wird, liegen noch nicht vor.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Millionen-Kosten vorab für Maut

Berlin – Im Zusammenhang mit der PKW-Maut sind seit Beginn der Legislaturperiode für Gutachten, weitere Vorplanungen, bestehendes und zusätzlich eingeplantes Personal, Entwicklung eines Mautsystems und Sonstiges Kosten in Höhe von etwa 8,9 Millionen Euro angefallen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Diese Kosten hält die Bundesregierung trotz der rechtlichen Zweifel an der sogenannten Infrastrukturabgabe für gerechtfertigt, da diese „EU-rechtskonform, nicht-diskriminierend und gerecht“ sei. Auf die Frage, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus der angekündigten Klage der EU-Anrainerstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof zieht, teilt sie lapidar mit, sie habe davon „keine Kenntnis. *J.H.*

Wieder mehr Aussiedler

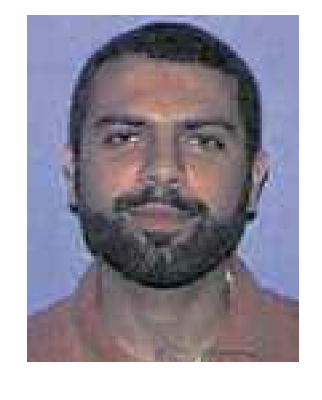
Berlin – Seit 1988 sind nach den Bestimmungen des Bundesvertriebenengesetzes rund drei Millionen Menschen im Rahmen der Aussiedleraufnahme in die Bundesrepublik gekommen. Davon kamen etwa 800 000 aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas und rund 2,2 Millionen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Das geht aus dem Tätigkeitsbericht 2016 des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten hervor. Im vergangenen Jahr fanden danach 6588 Spätaussiedler und deren Angehörige Aufnahme in Deutschland, was eine Steigerung um 470 Personen im Vergleich zu 2015 bedeutet. Nachdem im letzten Quartal 2016 die Zuzugszahlen im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen seien, „könnte der Zuzug einen vorläufigen Höhepunkt erreicht haben, heißt es in dem Bericht. Aufgrund hoher Antragszahlen in der Vergangenheit sei jedoch weiter mit Zuzugszahlen etwa auf diesem Niveau zu rechnen. *J.H.*

Zeitzeugen



James R. Clapper – Während einer Anhörung vor dem US-Senat erklärte der damalige Direktor der nationalen Nachrichtendienste der USA im Februar 2016, der IS lege „im Internet ein beispielloses Können“ an den Tag. Ganz ähnlich sah dies auch FBI-Chef James Comey, wonach er eingestand, dass die US-Sicherheitsbehörden „den IS im Internet nicht im Zaum halten können.“

Anwar al-Awlaki – Als sogenannter „Bin Laden des Internets“ begann der hochrangige al-Qaida-Terrorist damit, die virtuellen sozialen Netzwerke für dschihadistische Propaganda und die Rekrutierung von Kämpfern zu nutzen. Er starb 2011 im Jemen bei einem US-Drohnenangriff. Wahrscheinlich wurde ihm sein leichtsinniger Umgang mit Facebook zum Verhängnis.



Ahmad Abousamra – Am 5. April 2017 meldete der Islamische Staat den Tod des syrischstämmigen Computerexperten mit französischer und amerikanischer Staatsbürgerschaft infolge eines gegnerischen Luftangriffs. Er hatte seit September 2014 die Medienabteilung von al-Baghdadis Kalifat aufgebaut sowie geleitet und war damit auch für die Internetauftritte des IS zuständig gewesen.

Junaid Hussain alias **Abu Hussain al-Britani** alias **TriCk** – Nachdem er sich 2013 dem Islamischen Staat (damals noch ISIS) angeschlossen hatte, avancierte der Bachelor-Student aus Birmingham schnell zum Chef-Hacker der Terrormiliz. Das trug ihm Platz drei auf der „Todesliste“ des Pentagon gleich nach Kalif al-Baghdadi und Mohammed Emwazi, dem Geiselmörder „Jihadi John“, ein. Seine „Karriere“ endete am 25. August 2015 bei einem US-Drohnenangriff auf ar-Raqqah.



Stephen J. Townsend – Im Dezember 2016 sagte der Generalleutnant der US-Army, welcher das Kommando über die Operation „Inherent Resolve“ (die militärische Intervention gegen den IS) innehat, im Interview mit „Reuters“: Wenn al-Baghdadis Dschihadisten weiter in die Defensive geraten und „ihr physisches Kalifat verlieren“, so müsse man damit rechnen, dass sie „ihre Vorgehensweise ändern ... und mehr zu einem ‚virtuellen Kalifat‘ werden.“

Die Heiligen Online-Krieger

Die Geburt des neuen Terrors durch das Internet – Der IS und seine Cyber-Strategie

Ohne das Internet hätte der Islamische Staat (IS) sicher niemals entstehen und derart große Erfolge erzielen können. Und im Internet wird er auch als „virtuelles Kalifat“ fortleben, wenn es gelingen sollte, ihm sein real existierendes Territorium zu entreißen.

Der Islamische Staat agiert nach dem Motto „baqiya wa tatamaddad“, also „bleiben und erweitern“. Dabei setzte er von Anfang an auch auf die Möglichkeiten, die das weltweite Rechnernetz bietet. So erfolgte die offizielle Proklamation des Kalifats von Abu Bakr al-Baghdadi im Sommer 2014 mittels einer Botschaft im Internet.

Dieses nutzt der IS aber keineswegs nur zur Verbreitung von Propaganda, sondern ebenso für die Koordination seiner Aktivitäten sowie die getarnte Rekrutierung neuer „Heiliger Krieger“ rund um den Globus. Hierzu schuf das Kalifat sogar das eigene soziale Netzwerk „Muslimbook“. Letzteres ist eines von vielen Beispielen dafür, wie professionell die IT-Fachleute des IS vorgehen. Es gibt sie also tatsächlich, die arabischen Computerspezialisten – nur eben weniger unter den Flüchtlingen in Europa als auf Seiten von al-Baghdadi.

Ansonsten brilliert der Islamische Staat auch mit der Produktion von technisch hochwertigen Videos und Nachrichtenseiten, die mittlerweile in diversen Sprachen – darunter jetzt sogar Bengali und Schwedisch – verfügbar sind. Hierfür zeichnen mehrere Medienfirmen verantwortlich. An erster Stelle zu nennen wären dabei Markaz al-Hayah und al-Itisam in Syrien sowie al-Furqan im Irak.

> Der IS ist dem Feind in der virtuellen Welt einen Schritt voraus

Ebenfalls recht geschickt agiert das Kalifat auf dem Gebiet der anonymen Kommunikation und bei der Nutzung der digitalen Währungseinheit Bitcoin zur Finanzierung von Waffenkäufen. Im ersteren Falle geben die Dschihadisten ausgeklügelte Ratschläge an ihre Gesinnungsgenossen weiter, wie sie Internetadresse oder Standort verbergen und verschlüsselt kommunizieren können – das geschah in der Vergangenheit vor allem auf der Website alkalifat.com. Außerdem versteht es der IS hervorragend, für die schnelle und sichere Verbreitung seiner Botschaften zu sorgen. Daher kommen Löschungen von Terror-Drohungen oder Hinrichtungs-Videos bei Facebook, YouTube und Co. in der Regel zu spät, weil die betreffenden Inhalte zuvor schon auf „sicheren“ Plattformen abgespeichert wurden, wo sie ewig abrufbar bleiben.

Gleichzeitig betreibt das Kalifat „Cyber-Stalking“, das heißt, es spioniert seine Gegner übers Internet aus, um sie dann eines Tages zu vernichten. Das betrifft auch Personen im Westen wie Politiker und Journalisten, die oft viel zu viele sensible persönliche Daten ins Netz stellen.

Somit ist der Islamische Staat dem Feind in der virtuellen Welt oft einen Schritt voraus – die Dschihadisten von heute sind eben keine Halb-Analphabeten mehr, welche bloß mit Stinger-Raketen und Ak-47-Sturmgewehren zurechtkommen. Deshalb wird der IS ganz sicher nicht verschwinden, wenn man ihn irgendwann aus Syrien und dem Irak vertreiben sollte.

Denn er kann auch ohne ein eigenes Staatsgebiet weiterhin Muslime via Internet als „Heilige Krieger“ rekrutieren und gegen die „Ungläubigen“ losschicken. Oder das virtuell fortbestehende Kalifat besetzt einfach an anderer Stelle ein neues, real existierendes Territorium. Regionen, in denen dies aufgrund chaotischer Zustände und der Anwesenheit ausreichend vieler religiös fanatisierter Sympathisanten ohne große Mühe möglich ist, gibt es schließlich genug. *Wolfgang Kaufmann*



Elektronische Aufrüstung. Die Cyber-Krieger des IS können es inzwischen mit vielen Internet-Genies aufnehmen

Bild: Imago

Der Islamische Staat ist gar nicht so »sogenannt«

Schon des Längeren verwenden Medien und viele Politiker die Floskel „sogenannter Islamischer Staat“. Damit werden gleich zwei Dinge auf einmal in Frage gestellt: dass al-Baghdadis Kalifat muslimischer Natur ist und es sich beim IS um einen tatsächlich existierenden Staat handelt. Dabei entspricht beides voll und ganz der Realität.

Selbstverständlich basiert der IS auf dem Islam. Seine Vorgehensweise, zu der insbesondere auch der gezielte Einsatz barbarischer Gewalt gehört, entspricht eindeutig den Lehren des salafistischen Vordenkers Taqi ad-Din Ahmad ibn Taimiya (1263–1328), welcher in Saudi-Arabien, dem Kernland des Islam, heute immer noch höchste Autorität genießt. Darüber hinaus kopieren die IS-Anhänger die Politik und Strategie des Propheten Mohammed, der die letzten zehn Jahre seines Lebens permanent Krieg führte, um „Ungläubige“ zu vernichten und für die Ausbreitung der muslimischen Religion zu sorgen.

Alle Kriterien eines Staates sind erfüllt

Desgleichen erfüllt der IS, weil er momentan nicht nur virtuell, sondern auch physisch existiert, alle juristischen Kriterien eines Staates – unabhängig davon, ob die Außenwelt das nun anerkennen mag oder nicht. Nach der Konvention von Montevideo über Rechte und Pflichten der Staaten vom 26. Dezember 1933 soll ein Staat „als Subjekt des internationalen Rechts ... folgende Eigenschaften besitzen: (a) eine ständige Bevölkerung; (b) ein definiertes Staatsgebiet; (c) eine Regierung und (d) die Fähigkeit, in Beziehung mit anderen Staaten zu treten.“

Und das trifft zweifellos auf den Islamischen Staat zu, wobei dessen Volk übrigens multikulturell und multiethnisch ist, denn es besteht „aus Arabern und Nicht-Arabern, Schwarzen und Weißen“, wie al-Baghdadi mit Genugtuung feststellte.

Zudem hat der IS noch staatliche Institutionen und Symbole sowie ein Rechtssystem geschaffen – wenngleich dieses abstoßender kaum sein könnte. Das macht ihn ebenfalls zum real existierenden Staat. *W.K.*

Hilflose Abwehr

Angreifer verhöhnen Facebook und Twitter

Der Islamische Staat erklärte den USA im Januar 2015 de facto den elektronischen Krieg. Zu diesem Zeitpunkt attackierte eine Gruppe von Hackern, die unter dem Namen „Cyber-Kalifat“ auftrat, das United States Central Command (CENTCOM), welches nicht zuletzt die militärischen Aktionen im Irak und Syrien koordiniert. Dabei gelangten die Computer-Dschihadisten auch an die persönlichen Daten von mehreren hundert Armeeangehörigen der Vereinigten Staaten und verbreiteten diese anschließend in den sozialen Netzwerken – natürlich, um Attentäter zu ermutigen.

Als Leiter der Aktion fungierte höchstwahrscheinlich Junaid Hussain, der Anführer der Cyber-Kriegerscharen von Kalif al-Baghdadi. Auf jeden Fall waren hier keine russischen Geheimdienste am Werk gewesen, wie manche Medien fälschlich meldeten.

Ein weiterer IS-Hackerangriff fand im Februar 2016 statt, und zwar in Reaktion darauf, dass Facebook und der Kurznachrichtendienst Twitter Profile oder Nutzerkonten von Terrorverdächtigen gelöscht hatten. Deswegen verbreitete die Gruppe „Söhne der Armee des Kalifats“ über den Kommunikationskanal Telegram Messenger ein 25-minütiges Video, mit dem sie die Maßnahmen ins Lächerliche zog und dem Facebook-Gründer Mark Zuckerberg sowie Twitter-Chef Jack Dorsey drohte: „Wenn ihr ein Konto schließt, eröffnen wir zehn neue. Bald werden eure Namen ausgelöscht sein, nachdem wir eure Seiten zerstört haben.“

> Cyber-Dschihadisten räumen online fremde Bankkonten leer

Nach Informationen des palästinensischen Journalisten und IS-Kenners Abdel Bari Atwan schworen allein im Jahr 2015 an die 30 Hackergruppen dem Kalifen al-Baghdadi die Treue. Diese sind nun unter anderem damit beschäftigt, IS-Gegner über das Internet aufzuspüren und Schadsoftware auf deren Rechnern zu installieren. Außerdem stehlen die Cyber-Dschihadisten offenbar auch Kreditkartendaten und räumen dann nachfolgend die betroffenen Konten leer. Dabei kommt ihnen zugute, dass viele Betreiber von Internetshops immer noch leichtsinnigerweise das veraltete Betriebssystem Windows XP nutzen. *Wolfgang Kaufmann*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Gefährliche Schieflage

Potsdams Finanzen geraten aus dem Lot – Flucht in dubiose Schattenhaushalte



Marode Zahlen hinter prächtiger Fassade: Hauptgebäude der Potsdamer Stadtverwaltung

Bild: Expdm

Nicht nur die Bevölkerungszahl Potsdams ist in den vergangenen Jahren kräftig gewachsen. Auch die Schulden der brandenburgischen Landeshauptstadt steigen immer weiter an.

Der anhaltende Zuzug nach Potsdam macht hohe Investitionen für Schulen, Kindertagesstätten und den öffentlichen Nahverkehr nötig. Das drückt auf den Haushalt. Wie dramatisch die finanzielle Lage der Landeshauptstadt schon jetzt ist, förderte eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dennis Hohloch (AfD) im Potsdamer Stadtparlament zutage.

Demnach steuert die Gesamtverschuldung der Stadt mittlerweile auf die Marke von einer Milliarde Euro zu. Insgesamt bezifferten sich die Schulden Potsdams, des Kommunalen Immobilienservice (Kis) und der städtischen Unternehmen zum Jahresende 2016 auf rund 968 Millionen Euro. Allein die kommunale Immobilienholding Pro Potsdam hat mittlerweile 507 Millionen Euro Miese angehäuft.

Zwar stehen den Schulden auch erhebliche Werte, etwa rund 17 000 kommunale Wohnungen, und laufende Einnahmen gegenüber. Trotzdem sehen Kritiker in den Schulden eine Gefahr für die Zukunft der alten Residenzstadt: „Da hat sich ein hochproblematischer Schuldenberg aufgebaut. Momentan ist das allgemeine Zinsniveau noch niedrig. Sollten die Zinsen allerdings wieder auf breiter Front steigen, dann kann dies für den Haushalt der Stadt Potsdam dramatische Folgen haben“, warnt die CDU-Landtagsabgeordnete und Potsdamer Direktkandidatin der Union für den nächsten Bundestag, Saskia Ludwig, gegenüber der *PAZ*.

Überdies droht die Gefahr, dass eine offensichtliche Schuldenaufnahme aus dem Kernhaushalt der Stadt verschwindet und hin zu den Kommunalbetrieben ausgelagert wird. Dadurch würde die wahre Lage bei den Stadtfinanzen verschleiert. Damit einhergehend tut sich auch ein politisches Problem auf.

Wasserbetriebe finanzieren linkes Projekt

So wurde der Betrieb des Kulturzentrums „Freiland e.V.“ in der Vergangenheit direkt aus dem Stadthaushalt gefördert. Im aktuellen Haushalt ist für das Jahr 2017 dagegen vorgesehen, Mittel für das linksalternative Kulturprojekt nicht mehr direkt aus dem Kernhaushalt der Stadt zu zahlen. Stattdessen sollen die Gelder von den städtischen Wasserbetrieben (EWP) kommen.

Hohloch sieht darin die Gefahr, dass die demokratische Kontrollmöglichkeit ein Stück weit schwindet. Wie zur Bestätigung solcher Befürchtungen ist Abgeordneten des Stadtparlaments bereits einmal eine Auskunft zu Zahlungsflüssen bei der stadteigenen Gesellschaft Pro Potsdam verweigert worden. „Die Auskunft wurde uns verwehrt, weil uns gegenüber nur der Oberbürgermeister und die Verwaltung auskunftspflichtig seien, nicht aber die städtischen Gesellschaften“, so Hohloch gegenüber der *PAZ*.

CDU-Politikerin Ludwig sieht mit Blick auf die stadteigenen Unternehmen noch ein weiteres Risiko. „Von mir wird schon länger kritisiert, dass sich einige Potsdamer Kommunalbetriebe nicht nur auf ihre eigentlichen Aufgaben zur Daseinsvorsorge beschränken. In Potsdam greifen städtische Unternehmen in viele Marktbereiche ein, machen privaten Unternehmen Konkurrenz und verzerren damit den Wettbewerb“, so die frühere Landeschefin ihrer Partei zur *PAZ*. Ludwig nennt als Beispiele die Verkehrsbetriebe, die Kfz-Reparaturen für Dritte anböten, oder aber die Stadtwerke Potsdam, die mit ihrem Containerdienst in den Wettbewerb mit privaten Unternehmen träten.

Für bedenklich hält sie auch den Expansionskurs des städtischen Klinikums „Ernst von Bergmann“. Die Potsdamer Klinik betreibt seit einiger Zeit über die Stadtgrenzen hinaus Ärztehäuser und setzt damit niedergelassenen Ärzten zu. Im Rathaus könnte in den kommenden Jahren die Versuchung, über stadteigene Betriebe selbst Unternehmer zu spielen, noch weiter wachsen.

Im aktuellen Haushalt der Stadt steht zwar eine schwarze Null, Äußerungen von Burkhard Exner (SPD), der seit 2006 in der Stadtverwaltung für die Finanzen zuständig ist, deuten aber auf einen massiven Anstieg der Schulden in den kommenden Jahren hin.

Im Interview mit der „Zeit“ warnte der Stadtkämmerer selbst: „Durch die Aufnahme von Investitionskrediten wird sich der Schuldenstand der Stadt in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln. Da kommen wir schon in den kritischen Bereich, und das bereitet mir durchaus Sorgen, gerade mit Blick auf künftige Generationen.“

Allein für den kommunalen Eigenbetrieb Kis, der unter anderem Schulen für die wachsende Stadt baut, wird ein Anstieg der Schulden von jetzt rund 230 Millionen Euro auf weit über 350 Millionen bis Ende 2019 prognostiziert. Sollte parallel zu den Schulden in einigen Jahren auch noch das Zinsniveau wieder ansteigen, würden schmerzhafte Einschnitte bei den Ausgaben Potsdams unumgänglich werden. *Norman Hanert*

Der Luthereffekt

Von Vera Lengsfeld

Der Kirchentag in Berlin wirft in diesem Jahr lange Schatten voraus. Kein Geringerer als Barack Obama hat sich als Besucher angekündigt. Da können die Veranstalter mit einem Mega-Zulauf an Teilnehmern rechnen. Der Grund, dass der Ex-Präsident der Vereinigten Staaten ein eher lokales Ereignis besucht, ist Martin Luther, der im Mittelpunkt des diesjährigen Treffens steht.

Passend dazu ist im Berliner Martin-Gropius-Bau eine Ausstellung eröffnet worden: „Der Luthereffekt“. In der Ausstellung können sich Interessierte in einer „Weltzeitreise“ über fünf Jahrhunderte und vier Kontinente über die Auswirkungen und lokalen Veränderungen des Protestantismus informieren.

Dabei geht es nicht nur um Vielfalt und Wirkungsgeschichte, sondern auch um die Konfliktpotenziale des Protestantismus in der Welt. „Welche Spuren hinterließ er in anderen Konfessionen und Religionen? Wie veränderte sich der Protestantismus durch diese Begegnungen – und nicht zuletzt: Wie haben sich Menschen unterschiedlichster Kulturen die evangelische Lehre angeeignet, sie geformt und gelebt?“

Über 800 Millionen Menschen verstehen sich heute weltweit als Protestanten. Um die Schau übersichtlicher zu gestalten, haben sich die Ausstellungsmacher auf vier Länder konzentriert: Tansania, Korea, Schweden und die USA.

In der USA-Abteilung wird die protestantische Missionierung der Sklaven in den Mittelpunkt gestellt. Ziel dieser Missionierung soll vor allem die Disziplinierung der Arbeitskräfte gewesen sein. Aber die Sklaven entwickelten ihren eigenen Protestantismus. Sie schufen eigene Kirchenlieder, eigene Gesangbücher, hatten schließlich eigene Bischöfe. Ihre Frömmigkeit war nach Meinung der Ausstellungsgestalter näher an Luther als die ihrer weißen Unterdrücker.

Die Weißen kommen in der Präsentation vor allem als Eroberer der Neuen Welt vor.

In Tansania sind 93 Prozent der Bevölkerung protestantisch, in Südkorea stehen fünf der insgesamt zwölf Megakirchen der Welt. Daneben gibt es in diesem Land 370 verschiedene protestantische Gruppierungen, was für die Lebendigkeit des Glaubens spricht, den Europa weitgehend verloren hat. In der Schweden-Abteilung steht deshalb das Geschichtliche im Mittelpunkt. Von den Anfechtungen des christlichen Glaubens durch die fortschreitende Ausbreitung des Islam ist nicht die Rede, wie auch die Christenverfolgung in Nordkorea nicht thematisiert wird.

Noch etwas ist in der Ausstellung unterrepräsentiert: Der Religionswissenschaftler Peter Burschel bemängelt, dass Luthers zentrale Frage nach der Gerechtigkeit Gottes, die Frage „Wie komme ich zu einem Gott, der mich annimmt, zu einem gnädigen Gott?“ in dieser Schau unter den Tisch fällt.

Wettkampf der Frauen

Bundestagswahl in Berlin: Weibliche Spitzenkandidaten dominieren

Sechs Fraktionen dürften ab September dem Bundestag angehören. Fünf von ihnen haben in Berlin Frauen als Spitzenkandidaten nominiert. Nur die FDP will mit Ex-Landeschef Christoph Meyer als Listenführer um Wählerstimmen werben.

Petra Pau kandidiert – wie zuvor – im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf, den seit 1990 die Linkspartei, vormals SED, immer gewonnen hat. Aber gerade frühere staatstragende DDR-Bürger haben sich in den vergangenen Jahren von der Linkspartei abgewandt und wählen nun AfD. Deren Kandidatin Jeanette Auricht ist für Pau daher eine ernst zu nehmende Konkurrentin. Paus Engagement für Asylsucher im Bezirk kommt bei ihrer bisherigen Wählerschaft nicht durchweg gut an.

CDU-Spitzenkandidatin Monika Grütters kandidiert ebenfalls in Marzahn-Hellersdorf. Sie hat ganz andere Sorgen als Pau, denn für den Fall, dass die CDU wie 2013 fünf Wahlkreise im Westteil Berlins direkt gewinnen sollte, könnte der Listenplatz eins für Grütters wertlos sein. Bei einem zu erwartenden Stimmenanteil von berlinweit 17 bis 20 Prozent hätte die CDU dann keinen Anspruch mehr auf Listenmandate,

Nur die FDP hat einen Mann auf Platz eins gesetzt

weil ihr „Kontingent“ mit den Direktmandaten ausgeschöpft wäre.

Ob die Grünen mit ihrer neuen Spitzenkandidatin Lisa Paus Erfolg haben werden, ist sehr fraglich. Zwar überzeugte sie auf der Wahlversammlung die eigenen Mitglieder mit flotten Sprüchen wie „Miethaie zu Fischstäbchen“, sie steht aber immer noch im Schatten der früheren Spitzenkandidatin Renate Künast. Mit dem Ausscheiden von Hans-Christian Ströbele aus dem Bundestag als Stimmenbringer in Friedrichshain-Kreuzberg stehen den Grünen in Berlin ohnehin schwere Zeiten bevor.

Spitzenkandidatin Beatrix von Storch gilt bei ihrer AfD in Berlin als die „heimliche Landesvorsitzende“. Jedenfalls hat sie mit ihrem Zirkel „Zivile Koalition“ in der Partei eine zahlenmäßig starke Anhängerschaft. Während Storch auch bundesweit im Rampenlicht stand, ist Eva Högl von der SPD eher unbekannt. Die aus Niedersachsen stammende frühere Juso-Funktionärin kam 2009 als Nachrückerin in den Bundestag. Beobachter meinen, sie versuche sich unentbehrlich zu machen, ohne anzuecken. Nur einmal lag sie damit falsch. Bei der Debatte um Prostitution verlangte sie nach schwedischem Vorbild eine Strafverfolgung der „Kunden“ und machte sich dabei die Prostituierten zum Feind. *Hans Lody*

Windräder statt Wälder

»Öko« wird paradox: Energiewende frisst Brandenburgs Natur

Die CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag hat bereits vor einiger Zeit mit einer parlamentarischen Anfrage auf eine bislang nur wenig beachtete Entwicklung im Zuge der Energiewende aufmerksam gemacht. In Brandenburgs Wäldern werden immer mehr Windkraftanlagen gebaut. Wie aus der Antwort der Landesregierung hervorging, soll sich die Zahl der Anlagen in den Wäldern in den kommenden Jahren mehr als verdoppeln.

Laut Umweltministerium existieren bereits 293 Windkraftanlagen in Wäldern, weitere 330 sind beantragt. Offenbar konnte die Landesregierung auf die Frage der CDU nach dem Flächenverbrauch und Ersatzpflanzungen für gerodete Bäume keine konkreten Angaben machen. Es sei „davon auszugehen, dass durchschnittlich 0,5 Hektar Wald pro Anlage dauerhaft in Anspruch genommen und damit ausgeglichen werden muss“, so das Ministerium vage.

2016 hatte ein Volksbegehren von fast 70 Bürgerinitiativen versucht, dem Ausbau der Windkraft in Brandenburg Grenzen zu setzen. Ein Ziel des Bündnisses „Rettet Brandenburg“ war die Durch-

Selbst der NABU zweifelt – doch Rot-Rot bleibt stur

setzung der sogenannten „10-H-Regelung“, die bereits in Bayern angewendet wird. Der Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern ist dabei auf die zehnfache Höhe der jeweiligen Anlage festgesetzt. Zudem wollten die Bürger auch ein Verbot von Windrädern in Wäldern. Da nicht genug Unterschriften zusammenkamen, scheiterte das Volksbegehren.

Allerdings hat das Vorhaben in Brandenburg eine Diskussion über Probleme bei der Windkraftgewinnung losgetreten. Speziell die Anlagen in Wäldern bringen dabei Umweltverbände, die der Energiewende ansonsten positiv gegenüberstehen, in ein Dilemma. So sind vom Naturschutzbund NABU skeptische Töne zu hören. Der NABU warnte bereits 2011 davor, dass die Folgen für das Waldökosystem nicht bewertet und untersucht worden seien. Auch kritisierte er, dass der Wald durch den Wegebau und die Bauflächen für die Anlagen zerstückelt und in „ein flächiges Waldsaumbiotop“ umgewandelt werde.

Bei der rot-roten Koalition sind bislang keine Anzeichen für ein grundsätzliches Umdenken erkennbar. Die Landesregierung verfolgt das Ziel, bis 2030 den Anteil Erneuerbarer Energien auf mehr als 30 Prozent des Primärenergieverbrauchs steigen zu lassen. *N.H.*

MELDUNGEN

EU ignoriert eigene Regel

Berlin – Es ist nicht vorgesehen, „Personen nach Libyen zurückzuführen, die zwischen der italienischen und libyschen Küste durch Schiffe der Operation EUNAVFOR MED Sophia aus Seenot gerettet werden“. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Demnach wird das Konzept des ersten Asylstaats oder des sicheren Drittstaates im Sinne der EU-Asylverfahrensrichtlinie mit Blick auf Libyen von keinem EU-Mitgliedstaat angewendet. Die Bundesregierung hält die Schätzung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) für plausibel, derzufolge sich zwischen 700000 und einer Million „Migranten“ in Libyen aufhalten. *J.H.*

Deutscher Orden geht leer aus

Prag – Das Kreisgericht im tschechischen Olmütz hat in zweiter Instanz eine Klage des Deutschen Ordens auf Rückübereignung der Burg Busau zurückgewiesen. Zur Begründung hieß es, dass die zweite Enteignung nicht direkt aus dem Eigentum des Ordens, sondern aus dem einer deutschen nichtkirchlichen Einrichtung erfolgt sei und daher nicht im Rahmen des Gesetzes zur Restitution kirchlichen Eigentums rückgängig gemacht werden könne. Der Orden erwarb die Schlossanlage im späten 17. Jahrhundert. Sie wurde nach der Angliederung Mährens an das Deutsche Reich wie der übrige Besitz des Deutschen Ordens enteignet und der „Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler“ überschrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg enteignete sie der tschechoslowakische Staat erneut unter Berufung auf die Benesch-Dekrete und führte sie in seinen Besitz über. *T.W.W.*

Die NATO drängt ins Schwarze Meer

Systematisch versucht der Nordatlantikpakt, das seit 1936 geltende Meerengen-Abkommen zu unterlaufen

Im Zuge ihrer absprachewidrigen Erweiterung nach Osteuropa hat die NATO mit Rumänien und Bulgarien nach der Türkei zwei weitere Anrainer des Schwarzen Meeres dazugewonnen. So hat sich unauffällig das Schwarze Meer zu einem NATO-Heimatgewässer entwickelt. Dabei löste sich die Wirksamkeit des Vertrages von Montreux stillschweigend in seinen Fluten auf.

Dieser auch unter dem Namen „Meerengen-Abkommen“ bekannte internationale Vertrag vom 20. Juli 1936 bestimmt die Regeln, gemäß denen Kriegsschiffe aus Ländern, die nicht an das Schwarze Meer grenzen, sich dort aufhalten dürfen. So dürfen sich die Kriegsschiffe von Staaten, die nicht zu den Anrainern des Schwarzen Meeres gehören, nicht länger als drei Wochen im Schwarzen Meer aufhalten. Die Tonnage der Kriegsschiffe von Nichtanrainern, die zeitgleich durch die Meerengen fahren, dürfen 15000 Tonnen nicht überschreiten. Weiterhin dürfen Überwasser-Kriegsschiffe mit mehr als 10000 Tonnen Verdrängung und U-Boote von Nichtanrainern sowie Flugzeugträger generell die Meerenge nicht passieren.

Der Nordatlantikpakt hat inzwischen dasselbe Prinzip eingeführt wie bei ihren Landstreitkräften in Osteuropa, vor allem in Polen und dem Baltikum, nämlich das Prinzip des sogenannten Rotierens. Eine Einheit wird zurückgezogen, dafür rückt eine andere Einheit nach, in der militärischen Wirkung ändert sich gar nichts, der Sinn des Vertrages ist unterlaufen. Daher ist es verständlich, dass der Vizepräsident der Duma von der Partei Gerechtes Russland, Nikolaj Ljowitschew, dazu aufgerufen hat, Kriegsschiffe von Nichtanrainern im Schwarzen Meer generell zu verbieten, aber der Aufruf ist aussichtslos.

Ausdruck des NATO-Anspruchs auf das Schwarze Meer war in jüngerer Zeit vor allem das große Seemanöver „Sea Shield 2017“ im Februar dieses Jahres. Als politisches Memento diente vor allem, dass sich neben den USA, Kanada, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, der Türkei und Spanien auch die Ukraine an der NATO-Übung beteiligte. Auch sonst war „Sea Shield“ bestückt mit politischen Aperçus. So lief mit dem britischen Zerstörer „Diamond“, der die Rolle des Flaggschiffs übernahm, erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein britisches Kriegsschiff in das Schwarze Meer ein. Verteidigungsminister Michael Fallon sagte dazu, dies sei ein klares Zeichen für die „Unterstützung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine“, womit Zweifel am politischen Primat der Manöver ausgeräumt waren.

> Bei »Sea Shield 2017« lief erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein britisches Kriegsschiff in das Schwarze Meer ein



Bild: Brian Burnell

Übernahm beim Seemanöver „Sea Shield 2017“ die Rolle des Flaggschiffs: Der britische Zerstörer „Diamond“

Abgesehen von dem unentwegt wiederholten propagandistischen Lamento um die Krim und die Ostukraine verbirgt sich hinter dem Zusammenspiel zwischen Kiew und London eine wirtschaftliche Verlockung. Seit 2004 wird im Schwarzen Meer Erdgas exploriert. Auch die Türkei hat ihre Finger in dem Geschäft. Vor Kurzem erklärte der türkische Energieminister Berat Albayrak, die Türkei plane Tiefseebohrungen und eine seismische Erforschung von Erdöl- und Erdgasreserven im Mittelmeer und Schwarzen Meer. Wegen des derzeit schlechten Verhältnisses zu den westlichen Ländern will Ankara das mit nationalen Mitteln tun.

Da bietet sich eine Zusammenarbeit Großbritanniens mit der Ukraine dringend an. Ein Zwischenfall, der das „Sea Shield“-Manöver eingeleitet hatte, dürfte dabei eine Rolle spielen. Die Ukraine hatte den Vorwurf erhoben, Russland habe einen ukrainischen taktischen Kampfzonentransporter vom Typ Antonow An-26 beschossen. Bei näherem Hinsehen stellte sich heraus, dass das Flugzeug „zwei provokante Manöver in extrem niedriger Höhe“ in der Nähe von zwei russischen Bohrinseln durchgeführt hatte, so hieß es jedenfalls vonseiten der russischen Schwarzmeerflotte. Daraufhin habe ein Wächter „lediglich vier Lichtsignale aus einer Leuchtpistole abgegeben“.

All diese Ereignisse und Zusammenhänge werden von den zuständigen russischen Stellen sorgsam beobachtet, festgehalten und analysiert. Doch dabei bleibt es nicht. Russland sieht sich gezwungen, seine Truppen im Militärbezirk Süd zu verstärken. Der frühere Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte Wladimir Komojedow erklärte vor Kurzem: „Da neue Zerstörer, Fregatten und besonders U-Boote zur Verfügung stehen, sind wir inzwischen in der Lage, die Situation zu kontrollieren und unsere Bedingungen in dieser Region zu diktieren.“

Dazu gehört auch, dass Ende März ein neues Atom-U-Boot mit dem Namen „Kasan“ vom Stapel gelaufen ist. Es ist das zweite der „Jassen“-Klasse, verfügt aber gegenüber dem Vorgänger über Technologien, die brandneu sind. US-Experten sehen diese Entwicklung mit Sorge, denn die neue Ausrüstung setzt die „Kasan“ in Stande, mit ballistischen Raketen bestückte US-U-Boote zu treffen.

Doch zumindest offiziell zeigt sich der Nordatlantikpakt vom russischen Potenzial im Schwarzen Meer unbeeindruckt. Er will an einer weiteren Verstärkung seiner Präsenz im Schwarzen Meer arbeiten, wie Generalsekretär Jens Stoltenberg nach dem Ministertreffen der NATO in Brüssel Mitte Februar verkündet hat. Dazu wird erwogen, etwa in Rumänien neue Werften zu bauen, um die Infrastruktur zu verbessern und wahrscheinlich auch, um die Abhängigkeit von der Türkei zu mindern.

Auch sind Pläne noch nicht vom Tisch, denen zufolge in der Region Schwarzes Meer eine NATO-Brigade aufgestellt werden soll, die an eine rumänische Brigade alliiert wäre. Als dies bekannt wurde, sagte dazu der russische NATO-Botschafter Alexander Gruschko: „All diese Pläne zur Bildung irgendeiner NATO-Gruppierung in dieser Region beruhen auf einem rumänischen Vorschlag. Derzeit wird an der Aufstellung einer multinationalen Brigade gearbeitet, der eine rumänische Brigade zugrunde gelegt werden soll.“

Florian Stumfall

Nagelprobe US-Luftschlag

Wie sich Frankreichs Präsidentschaftskandidaten positionieren

Der Giftgasvorfall vom 4. April im syrischen Khan Scheikhum sorgt dafür, dass die Außenpolitik Einzug in den französischen Präsidentschaftswahlkampf hält. Die Kandidaten des politischen Establishments folgen im Wesentlichen der US-amerikanischen Position. Dieses gilt vor allem für François Hollandes Ziehsohn, den globalisierungsbegeisterten Ex-Rothschild-Banker Emmanuel Macron sowie den offiziellen Kandidaten von Hollandes Sozialisten mit gutem Draht in radikalislamische Kreise, Benoît Hamon.

Macron rief bereits vor dem US-amerikanischen Luftangriff zu einer „militärischen Intervention auf, um Baschar al-Assad zu bestrafen“. Seither spricht er sich „für eine gemeinsame internationale Aktion zum Zweck eines Vergeltungsschlags gegen das Assad-Regime“ aus. Und Hamon forderte eine „politische Lösung, die ganz klar festhält, dass Baschar al-Assad nicht Teil der Lösung sein kann“.

Der Republikaner François Fillon erklärte, dass „der Gebrauch von Chemiewaffen ein Kriegsverbrechen darstellt und nicht ungestraft bleiben darf“. Den US-amerikanischen Vergeltungsschlag nannte er „verständlich, angesichts des Horrors des Angriffs mit chemischen Waffen“. Zugleich mahnte er aber auch, dass dies „nicht zu einer militärischen Konfrontation der westlichen Koalition mit Russland und dem Iran führen“ dürfe. Fillon forderte zudem eine schnellstmögliche Untersuchung des Giftgasvorfalls durch die Vereinten Nationen und eine Vereinbarung im Sicherheitsrat „zur Verhinderung der Konfliktausbreitung“, damit der Weltfrieden gewahrt bleibe.

Die beiden Kandidaten des rechten und linken Randes gehen auf Distanz zu den USA. Marine Le Pen äußerte ihr Erstaunen über den US-amerikanischen Luftschlag, „weil Trump mehrmals verkündet hatte, dass die USA unter ihm nicht mehr den Weltpolizisten spielen würden“. Doch genau das habe er getan. Sie stellte die Frage, ob es „zu viel verlangt“ sei, vor einem Vergeltungsschlag „die Ergebnisse einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission abzuwarten“, und verlangte, dass alles getan wird, damit sich das irakische und libysche Szenario nicht wiederholt, weil das dortige Chaos „letztendlich den fundamentalistischen Islam und den Terrorismus begünstigt habe“.

> Das Establishment folgt im Wesentlichen der US-Position

Der Kommunist Jean-Luc Mélenchon forderte, dass, „wer auch immer“ der Urheber des mutmaßlichen Giftgasanschlags sei, als Kriegsverbrecher bestraft wird. Er erinnerte daran, dass das Abkommen zum Chemiewaffenverbot von 1993 – eine französische Initiative – bis heute nicht vollständig umgesetzt sei: „Manche Staaten wie die USA haben das Abkommen zwar unterzeichnet, aber auch 20 Jahre später immer noch nicht ihr Arsenal an chemischen Waffen zerstört.“ Das Giftgasarsenal der syrischen Regierung dagegen sei vor einem Jahr unter internationaler Aufsicht vernichtet worden. Sollte Assad tatsächlich der Urheber des Giftgasanschlags sein, „zeugt es von einer bodenlosen Dummheit“, denn seine territorialen Erfolge gegen die radikalen Moslems hätten die US-Amerikaner kürzlich gezwungen, von ihrer bisherigen Forderung, dass er um jeden Preis weg müsse, abzurücken. „Dieses Verbrechen blockiert jetzt all dies und erneuert die amerikanische Drohung eines unilateralen Eingriffs in den Krieg. Das sollte uns allen zu denken geben“, so Mélenchon.

Eva-Maria Michels

Im Windschatten Arabiens

Westliche Politiker unterschätzen die Islamisierung in Afrika

Als der Erzbischof von Ouagadougou in Burkina Faso, der Kardinal Philippe Ouédraogo, Anfang März nach Trier kam, um die diesjährige Misereor-Fastenaktion zu eröffnen, bezeichnete er in seiner Ansprache im ehemaligen Kloster St. Maximin den radikalen Islam in seinem Land als eines der größten Probleme. Im Zentrum der diesjährigen Fastenaktion stand zwar eigentlich die Landwirtschaft in Burkina Faso (Land des aufrichtigen Menschen), aber auch die Landwirtschaft, so der Kardinal, könne nur gedeihen, wo sie sich ohne Angst vor Terror entwickeln könne.

Das ehemalige Obervolta ist das bislang letzte Land der Sahelzone, das ins Visier der radikalen Moslems geraten ist. Von zwei Seiten, sowohl vom Süden als auch vom Norden, dringen radikale Moslems nach Burkina Faso vor. „Boko Haram“ heißt so viel wie „Bücher sind Sünde“, „Westliche Bildung verboten“, „Verwestlichung ist ein Sakrileg“ oder „Die moderne Erziehung ist eine Sünde“, und so haben es die Terroristen vor allem auf Schulen abgesehen. Sie und Hotels geraten immer wieder ins Visier der radikalen Moslems. Burkina Faso ist zwar wie die Mehrheit der Sahelstaaten ein mehrheitlich muslimisches Land, aber der einheimische Islam war bislang eher ein afrikanisch-toleranter. Durch die Libyenkrise sind jedoch viele militante arabische Dschihadisten in die Sahelzone eingesickert, die den afrikanischen Islam mit Gewalt bekämpfen. Verschärft wird die Situation durch die Wahhabiten aus Saudi-Arabien, die bereits seit Jahrzehnten mit viel Geld einheimische Muslime zum Wahhabismus bekehren.

Die Ausbreitung des radikalen Islams beschränkt sich aber nicht nur auf die ohnehin schon mehrheitlich islamischen Länder und Regionen Afrikas. Vielen Menschen ist bis heute bewusst geworden, seit 2012 beim Umsturz in Zentralafrika die Séléka mit nur 4000 muslimischen, zumeist aus dem Sudan stammenden Kämpfern ein zu 80 Prozent christliches Land überrollte, in dem die Moslems mit nur zehn Prozent der Bevölkerung eine vergleichsweise kleine Minderheit ausmachen. Seit der Machtübernahme der Séléka in der Zentralafrikanischen Republik und der anschließenden Intervention von UN-Truppen ist das Land, das in der Vergangenheit viele Putsche mit kurzen Gewaltphasen erlebt hat, nicht wieder zur Ruhe gekommen, trotz der Präsenz internationaler Truppen. Auch in Ruanda und dem Kongo, die zu den Ländern mit dem höchsten Bevölkerungsanteil von Christen in ganz Afrika gehören, gewinnt der radikale Islam an Bedeutung.

> Auch mehrheitlich christliche Länder sind betroffen

Anders als im arabischen Raum wird der radikale Islam in Afrika von den führenden Politikern im Westen unterschätzt. Während in Syrien und dem Irak ein weltweites Bündnis von Armeen gegen den IS kämpft, konnten die weitaus älteren afrikanischen Terrorgruppen Boko Haram und Al Shabaab jahrzehntelang unbehelligt von westlichen Militärschlägen sich weiter ausbreiten und Angst wie Terror säen. Wie die des Iraks und Syriens, sind auch die Armeen Afrikas alleine nicht mehr zum erfolgreichen Kampf gegen radikale Moslems in der Lage. Allerdings sind die afrikanischen Armeen noch nicht so stark vom Islam infiltriert wie die arabischer Länder. Deshalb sind bei der Bekämpfung von Boko Haram den Soldaten aus Tschad, Niger, Kamerun und Nigeria in letzter Zeit sogar als „phänomenal“ bezeichnete Erfolge gelungen. *Bodo Bost*

Zahlen wird vor allem Deutschland

Durch den Austritt Großbritanniens muss die EU die Lasten neu verteilen

Durch den Brexit entfällt ein Hauptzahler. Brüssel muss die Lasten neu verteilen, denn eines macht die Eurokratie deutlich: Mit weniger gibt sie sich nicht zufrieden

Deutschlands neuer EU-Beitrag ist noch so offen wie die Frage, ob die Politik noch im Wahljahr den Deutschen die Milliardenrechnung aufmacht. Der Ausstieg der Briten mindert den EU-Haushalt um rund zehn Prozent. Da die Beiträge schwanken, kann die Wirkung noch größer sein, warnt das Jaques-Delors-Institut im Januar. Wie hoch die Beiträge eines Mitgliedslandes sind, ermittelt die EU im Wesentlichen nach dessen Wirtschaftsleistung. Grundlage ist der Anteil am gemeinschaftlichen Bruttosozialprodukt (Bruttonationaleinkommen). Die Berechnung ist ein kompliziertes und immer wieder Streit erzeugendes Verfahren, die Beiträge sind fließend, die Formel lang – was ein Land mehr zahlt, verringert die Last anderer. So kam der relativ hohe britische Nettobeitrag 2015 nur über Nachzahlungen zustande. Die Brüsseler Kommission hatte bis ins Jahr 1995 zurückgehende Zahlungen des Inselstaates geprüft. Demnach hatten die Briten 2,1 Milliarden Euro nachzuzahlen, was ihren Beitrag ein Jahr vor dem Brexit-Referendum mit rund 11,5 Milliarden Euro ungünstig hoch ausfallen ließ. Die EU argumentiert, die Briten hätten ohne von ihnen ausgehandelte Rabatte 2015 noch einmal rund sechs Milliarden Euro mehr bezahlen müssen. Der reale Nettobeitrag wäre also bei 17,5 Milliarden zu veranschlagen gewesen.

Der volkswirtschaftliche Verlust durch den britischen Abgang ist für die EU also größer. Entsprechend rechnet das Jaques-Delors-Institut mit Verlusten von fünf bis 17 Milliarden Euro jedes Jahr. Die britische Wirtschaftsleistung ist seit 2014 höher als die des nächstgroßen Nettozahlers Frankreich. Deutschland zahlte 2015 netto 14,3 Milliarden Euro und damit mit Abstand am meisten.

Politisch birgt das Beitragsverfahren ständigen Konfliktstoff. Für die zinslose Stundung der britischen Nachzahlungen 2014 auf 2015 musste faktisch Deutschland aufkommen. Brisant sind sowohl die Berechnung der Beiträge allgemein, als auch die Ausnahmen für einzelne Staaten. Als Grundlage ermittelt die EU die operativen Haushaltssalden der Mitgliedstaaten – eine, wie der Bundestag 2016 in einer Drucksache schrieb, „nicht erschöpfende, buchtechnische Zurechnung“. Es geht darum, den Anteil eines Staates an den EU-Gesamtausgaben (ohne Verwaltung) ins Verhältnis zu seinem nationalen Beitrag zu setzen.



Kommt einer Zahlungsaufforderung an Berlin gleich: EU-Ratspräsident Donald Tusk mit der britischen Austrittserklärung

Foto: action press

Hinzu kommen brisante Eigenheiten und „Extrawürste“: Die Niederlande zahlen dank großer Seehäfen mehr über Zölle, die Belgier erhalten Erstattungen für die Beherbergung der EU. Die Briten setzen 1985 einen mehrfach geänderten Rabatt durch. Auch für Dänemark und Irland gibt es Sonderregeln sowie eine pauschale Ermäßigung für Schweden und eben die Niederlande. Die genaue Formel ist selbst für Politiker kaum auf Anhieb nachzuvollziehen. Mit Erklärungen zu den Daten hält sich die EU bedeckt – zu brisant ist das Thema. Experten schätzen, Deutschland habe von 1991 bis 2011 gut 45 Prozent aller Beiträge der Nettozahler geleistet, mehr als der volkswirtschaftliche Anteil an der EU. Inflationsbereinigt sind das rund 250 Milliarden Euro.

> Die genaue Formel zur Beitragsberechnung können selbst EU-Politiker kaum auf Anhieb nachvollziehen

Durch verschiedene Bezugsgrößen lässt sich nun der britische Beitrag kleinrechnen – pro Kopf zahlt der Niederländer mehr. Doch der Austritt des in absoluten Zahlen zweitgrößten Nettozahlers reißt ein EU-Haushaltsloch, eine Umverteilungsdebatte unter den verbliebenen Mitgliedern droht. Auf Basis der aktuellen Zahlen käme damit etwa auf Deutschland ein zusätzlicher Beitrag zwischen 2,5 und drei Milliarden Euro jährlich zu. Diese absehbare Zusatzbelastung Deutschlands und anderer Nettozahler erklärt die aktuelle Forderung Brüssels, die Briten mögen ihre finanziellen Verpflichtungen an die EU erfüllen.

Alte Rechnungen werden aufgemacht. Dem Bürger sagt Berlin, Deutschland profitiere mehr von der EU, als es zahle – eine Behauptung, die angesichts der komplexen Materie selbst Volkswirtschaftler weder belegen noch auf die Schnelle widerlegen können. Der seit Jahren steigende deutsche Beitrag wird somit zur Glaubensfrage.

Die Stichworte Umverteilungs- und Transferunion erhalten zudem ausgerechnet im Vorfeld der Bundestagswahl neue Brisanz. Konkret werden Zuschüsse für die Landwirtschaft und für ärmere EU-Staaten unter Druck geraten, denn beides sind die größten zum Sparen geeigneten EU-Ausgabenbereiche. Die Chance zu einer grundlegenden Reform des EU-Haushalts hat in Brüssel indes noch keine Anhänger gefunden.

Sverre Gutschmidt

MELDUNG

Koalition stärkt die Schifffahrt

Berlin – Die Koalitionsfraktionen wollen die Rahmenbedingungen für die deutsche Schifffahrt verbessern. Die maritime Wirtschaft habe eine große gesamtgesellschaftliche Bedeutung, denn jeder zweite Arbeitsplatz hänge von Exporten ab, heißt es in ihrem gemeinsamen Antrag. Der überwiegende Teil des interkontinentalen Warenaustauschs werde über den Seeweg abgewickelt, begründen die Fraktionen ihren Antrag. Daher fordern sie die Regierung unter anderem auf, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft die Umsetzung des Nationalen Hafenkonzepts für die See- und Binnenhäfen weiter voranzutreiben. Seewärtige Zufahrten müssten ausgebaut und Engpässe bei den Hinterlandanbindungen beseitigt werden. Zum Schiffbau heißt es, der Bau von Überwasserschiffen solle als Schlüsseltechnologie eingestuft werden. Dabei soll ein umfassender Ansatz für die Förderung und Verbreitung von umweltfreundlichen Technologien und Antrieben in der Schifffahrt entwickelt werden. Angebotsvielfalt und nationale Versorgungssicherheit in der Werftindustrie sollen durch gezielte Gestaltung von öffentlichen Aufträgen gesichert werden. Zudem sollen die Emissionen und Schadstoffeinträge der Seeschifffahrt reduziert werden. Zur militärischen Seefahrt heißt es in dem Antrag, die deutsche Marine müsse „vor dem Hintergrund ihrer stetig wachsenden Aufgaben“ zügig und kontinuierlich mit dem dafür nötigen Material ausgestattet werden. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.006.614.730.105 €
Vorwoche: 2.006.569.245.594 €

Verschuldung pro Kopf:
24.417 €
Vorwoche: 24.417 €

(Dienstag, 18. April 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Des Türkensultans starker Arm

Von Eberhard Hamer

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan baut auch in Deutschland seine Herrschaft aus. 1,4 Millionen Doppelpass-Türken sind im „Wahlbezirk Deutschland der Türkei“ wahlberechtigt und werden durch die vom türkischen Staat angestellten und gesteuerten 6000 Imame in allen Moscheen zugunsten des Türkensultans mobilisiert.

Mit der ihnen geschenkten deutschen Doppel-Staatsangehörigkeit dürfen die gleichen Türken unter dem gleichen türkischen Oberbefehl ihrer Imame und ihres Sultans auch im Herbst bei der Bundestagswahl die den Türken willfährigste, also die grüne, Partei wählen. Mit 1,4 Millionen Stimmen sind sie bereits ein innenpolitischer Machtfaktor in Deutschland. Das erklärt, warum gerade die Grünen ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer in Deutschland fordern – vor allem auch für die Türken, die noch nicht die Doppel-Staatsangehörigkeit angenommen haben. Damit würde der Türkensultan nicht nur in den Türkenghettos, sondern auch mit Mehrheiten in manchen Stadträten Deutschlands durchregieren können.

Was wäre, wenn der Türkensultan über seine Imame die vier Millionen Türkischstämmigen in Deutschland und die mehr als zwei Millionen muslimischen Zuwanderer zum Widerstand gegen eine Politik in Deutschland aufruft, die ihm nicht passt – beispielsweise gegen christliche Symbole oder für eine islamische Kirchensteuer? Schon jetzt erzwingen die türkischen Minderheiten über die rot-grünen Parteien den Bau von Moscheen in christlichen Vierteln gegen den Widerstand der dort wohnenden christlich-deutschen Bevölkerung.

Und was wäre, wenn eine deutsche Regierungschefin dem Türkensultan nicht mehr die Pantoffeln küssen, sondern Widerstand leisten würde? Würde der Türkensultan dagegen durch seine von ihm bezahlten Imame in jeder Moschee zum Aufstand der Moslems gegen die deutsche Regierung aufrufen? Die Sicherheitsorgane könnten einer Rebellion von vier Millionen Türken und zwei Millionen moslemischen Zuwanderern bei uns kaum wirksamen Widerstand entgegensetzen, wie die Beispiele Domplatz in Köln oder die moslemischen Terroranschläge zeigen.

Der Türkensultan hat also längst seinen starken Arm in Deutschland, hat in jeder Moschee durch die aus der Türkei bezahlten Imame seine revolutionären Strukturen und Spionageorganisationen geschaffen. Und seine Macht wächst mit jeder Million moslemischer Zuwanderer und Mitglieder in den Moscheen kontinuierlich an.

Hierin liegt wohl auch der Grund, weshalb sich Merkel nicht mehr traut, der Machtergreifung des Türkensultans nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland etwa durch Abschaffung der Doppel-Staatsangehörigkeit Widerstand zu leisten.

Als Namensgeber ungeeignet

Von Jan Heitmann

Jetzt hängen die Schilder, und vor allem die SPD-Bundestagsabgeordneten freuen sich über ihre neue Adresse: Otto-Wels-Haus. Auf Anregung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hatte der Ältestenrat des Parlaments kürzlich beschlossen, das für Abgeordnetenbüros genutzte Gebäude Unter den Linden 50 nach dem einstigen SPD-Vorsitzenden zu benennen. Nun ist Wels jedoch weder ein ausgesprochener „Wegbereiter der Demokratie“, als der Lammert ihn sieht, noch hat er persönlich die weiße Weste, die ihn zu der Lichtgestalt der Sozialdemokratie machen würde, als die er heute in den Geschichtsbüchern hingestellt wird.

Wels, ein entschiedener Gegner der Kommunisten und des linken SPD-Parteiflügels, trug 1930 maßgeblich zum Ende der letzten von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Reichsregierung unter seinem Parteifreund Hermann Müller bei. Dessen Nachfolger Heinrich Brüning ließ er bei der Regierungsbildung im Stich, er untersagte jegliche Verhandlungen der SPD mit der Regierung Kurt von Schleicher und verhinderte nach dem sogenannten Preußenschlag einen Generalstreik.

Mit alldem leistete er – mehr noch als man es Hindenburg vorwerfen könnte – dem Erstarken des Nationalsozialismus Vorschub. Wie sehr sich Wels von den sozialdemokratischen Idealen der Freiheit und der internationalen proletarischen Solidarität entfernt hatte, erkennt man daran, dass er keine Einwände gegen Hitlers Pläne zur Aufrüstung und Autarkie hatte. Seine berühmte Rede am 23. März 1933, in der er die Ablehnung des „Ermächtigungsgesetzes“ durch die SPD begründete, war zweifellos eine mutige Intervention für die Demokratie und eine Sternstunde des Parlamentarismus, allerdings war sie nicht geeignet, sein vorangegangenes Versagen zu kompensieren.

Nicht weniger schwer als seine politischen Fehler wiegen seine persönlichen Defizite. Nachdem Wels im Mai 1933 ins Exil gegangen war, wurde über viele Jahre in Parteikreisen kolportiert, er habe sich zuvor die Parteikasse angeeignet.

Ein weiterer Beweis für seine mangelnde persönliche Integrität ist sein beschämendes Verhalten im Fall eines durch ihn getöteten Kindes. Dazu gibt es im Sperrbestand des Landesarchivs Berlin eine Akte, die der Berliner Historiker Michael Foedrowitz vor einigen Jahren entdeckte. Danach kam Wels am 21. Januar 1931 in Berlin mit seinem Auto bei einem Überholmanöver auf vereister Fahrbahn wegen überhöhter Geschwindigkeit ins Schleudern, geriet an der Ecke Attilastraße/Schönebergerstraße auf den Gehweg und tötete dort die neunjährige Ursula Riehl. In den polizeilichen Vernehmungen zeigte sich Wels vollkommen uneinsichtig. Obwohl die Schuldfrage eindeutig war, wies er jede Verantwortung von sich und äußerte kein Wort des Bedauerns. Für seine Tat wurde er nie zur Rechenschaft gezogen. Wohl dank seines politischen Einflusses wurde die Sache nicht weiter verfolgt, drang nichts davon an die Öffentlichkeit und verschwand die Akte im „Giftschrank“.

Unter den geschilderten Umständen sind Zweifel daran, dass Wels vorbildlich und ehrwürdig genug ist, um einem Bundestags-Gebäude seinen Namen zu geben, mehr als angebracht.



Trägt jetzt den Namen des SPD-Politikers Otto Wels: Eines der Bundestags-Gebäude in Berlin

Bild: ddp images

Gegenwind



Meinungsfreiheit gehört uns allen

Von Florian Stumfall

Was die Soziale Marktwirtschaft, die einst unumstrittene ökonomische Ordnung der Bonner Republik, vom Kapitalismus ganz wesentlich unterscheidet, ist, dass sie als unverzichtbaren Bestandteil über ein Regelwerk verfügt, das den Wettbewerb zu garantieren hat. Das ist hauptsächlich die Kartellgesetzgebung, und für ihre Wirksamkeit zu sorgen, ist Aufgabe des Staates. Der Kapitalismus hingegen ist gekennzeichnet durch eine ihm innewohnende Tendenz zu Kartellen und Monopolen, und dem Staat ist kein Mittel gegeben, noch überhaupt die Aufgabe zugeteilt, dem Einhalt zu gebieten.

Allerdings ist es eine traurige Erfahrung, dass Ordnungen degenerieren. Und wenn heute, in der Berliner Republik, eine der ganz wenigen Lebensmittelketten, die es auf dem deutschen Markt gibt, eine andere aufkaufen wollte, und wenn auch die Kartellbehörde eine ihrer seltenen und zaghaften Einwände erhöbe, so träte der Wirtschaftsminister auf den Plan und erteilte kraft Amtes eine Genehmigung zur Fusion. Das stellt ein Versagen der Politik dar, ein Versagen auch des Kartellrechts und führt schließlich zum Versagen des Marktes, der nicht mehr wirken kann, wenn er abgeschafft wird.

Dies alles ist leider keine Theorie, sondern durchlittene Wirklichkeit. Was aber bereits beim Beispiel der Lebensmittelindustrie und des dazugehörigen Handels eine überaus bedenkliche Erscheinung ist, weil sie Symptom ist der allgemeinen ordnungspolitischen Zerrüttung, das wird vollends fatal, wenn es sich bei der Sparte nicht um Speisen und Getränke, sondern um Nachrichten und Meinungen handelt.

Wirft man nämlich den genaueren Blick auf die Struktur der Medienkonzerne in Deutschland, so muss man feststellen, dass eine Handvoll von Entscheidungsträgern so gut wie alles bestimmt, was an gedruckter wie digitaler Information angeboten wird. Den harten Kern der Medien-Mogule bilden vier große Häuser: Bertelsmann mit seinen Sparten RTL-Group, Random House, Gruner + Jahr, dem Musikverlag BMG, der Printing Group und den Investments mit über 100 Start up-Unternehmen. Dem breiten Publikum sind namentlich bekannt der Heyne-Verlag, der „Spiegel“, „Geo“, „Brigitte“, „Gala“, „auto motor sport“, der „Stern“, n-tv, RTL und Vox. Der Umsatz des Konzerns liegt bei 17 Milliarden Euro. Der zweite Mogul ist der Axel Springer-Konzern. Hier findet man nicht nur „Welt“ und „Bild“, sondern ebenso „Capital“, die „Berliner Morgenpost“, Pro 7, SAT1, „Hör zu“ und andere mehr. Der Umsatz lag im vergangenen Jahr bei vergleichsweise bescheidenen 3,3 Milliarden Euro. Der Dritte in der Runde ist Holtzbrinck, wo man die „Zeit“ findet, den „Tagesspiegel“, das „Handelsblatt“, die Verlage Fischer und Rowohlt, die zusammen mit anderen Produkten zu einem Umsatz von 1,4 Milliarden erwirtschaften. Schließlich kommt dazu die Burda-Gruppe mit einigen bekannten schillernden Blättern von der „Bunten“ bis zum „Playboy“, oder aber Xing, was zusammen einen Umsatz von immerhin 2,2 Milliarden ergibt.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Was diese vier Häuser außer ihrem gemeinsamen Gewerbe verbindet, ist ihre Nähe zur Atlantik-Brücke. Diese Vereinigung gibt bereits dann einige ihrer Geheimnisse preis, wenn man sich die beiden Männer vor Augen führt, die sie einst gegründet haben. Das waren zum einen John McCloy, Weltbank-Präsident, Hoher Kommissar in Deutschland, Manager der Rockefeller-Bank Chase Manhattan und Mitglied im Council on Foreign Relations. Der zweite war Eric M. Warburg, Bankhaus Rothschild, Warburg-Bank und ebenfalls Mitglied im CFR. Man sieht allein schon am Beispiel dieser beiden federführenden Männer: Es dreht sich bei der Atlantik-Brücke um ein Gebilde im Sinne der Hochfinanz der USA und damit der Neuen Weltordnung. Was die Anbindung Deutschlands an diese Strategie angeht, so geschieht sie durch eine vielfache personelle Verflechtung. Unter den deutschen Mitgliedern der Atlantik-Brücke findet man Vertreter der Politik, so Kanzlerin Merkel oder Sigmar Gabriel, Männer aus der Großindustrie wie VW-Winterkorn oder Friedrich Merz, der chemischen Industrie, der Banken, so Andreas Dombret, Rothschild Bank oder Fitschen, Deutsche Bank, und natürlich Journalisten wie Claus Kleber, ZDF, Kai Diekmann, Ex-Chefredakteur der „Bild“- Zeitung, Tasso Enzweiler, der bei der „Welt“ oder im „Handelsblatt“ veröffentlicht und Stefan Kornelius von der „Süddeutschen Zeitung“. Soweit ein kleiner Ausschnitt aus der illustren Gilde der Atlantik-Brücke, zu der nicht nur die Großen Vier, sondern auch die öffentlich-rechtlichen Medien gehören, die auf diese Weise in dasselbe Lied einstimmen.

Wer nun meint, er könne der geballten Medien-Macht der vier Titanen und der Öffentlichen, gebündelt in der Atlantik-Brücke, dadurch entrinnen, dass er sich seinen Einblick ins Weltgeschehen durch örtliche Tageszeitungen verschafft, der geht fehl. Denn auch hier hat längst eine Konzentration stattgefunden, die wenig Bewegungsfreiheit erlaubt. Drei beliebig ausgesuchte Beispiele verdeutlichen das. So kontrolliert die Funke Mediengruppe zwölf Tageszeitungen, darunter die „Westfälische Allgemeine“, die allein 28 Lokalausgaben vertreibt. Insgesamt umfasst die Funke-Gruppe rund 700 Titel. Etwas kleiner ist da die Südwestdeutsche Medien Holding mit 16 Tageszeitungen und 166 weiteren Titeln, und wenn auch die Gruppe Ippen nur 14 Zeitungen herausgibt, so hat sie doch gebietsweise ein sicheres Regional-Monopol inne.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Führt man sich diese Struktur des deutschen Pressewesens vor Augen, so ist es mit einem Mal nicht mehr verwunderlich, dass es zu den entscheidenden, großen politischen Themen nur mehr jeweils eine Meinung gibt. Ob es sich ums Klima handelt, um Russland und Putin, um die transatlantische Bindung, um die Willkommenskultur, um die EU und den Euro und die Sinnhaftigkeit der in diesem Zusammenhang stehenden vielfachen Rettungs-Milliarden, zu all dem gibt es eine gültige Meinung und was davon als politisch korrekt und geboten ausgegeben wird, ist jeglicher Kritik enthoben. Es findet keine Prüfung der Tatbestände mehr statt und wer aus der Reihe tanzt, wird als nicht ernstzunehmend, als Verschwörungstheoretiker oder als Rechtspopulist gebrandmarkt und abgetan.

Wer gegen eine solche Übermacht stehen will, braucht mehrerlei. Zum einen muss er mutig sein, zum anderen darf er Spott und Verunglimpfung nicht scheuen. Ganz wichtig aber ist: Wer gegen die große Mehrheit redet, der muss etwas wissen, wer mit dem Strom schwimmt, darf beliebig dumm und ahnungslos sein. Argumente werden nur vom Außenseiter verlangt, niemals von dem, der sich in die allgemeine Informationspolitik fügt.

Und doch: Bei aller Dominanz der großen Informationsmonopole verschafft sich der Markt sein Recht. Angesichts der zahlreichen Verzerrungen, einseitigen Darstellungen oder auch des Verschweigens von Nachrichten wird die Nachfrage nach ehrlicher Information immer drängender und die Zahl der in den elektronischen Medien angebotenen unabhängigen Portale immer größer. Das allerdings führt zur Beunruhigung nicht nur des etablierten, mittelbar vom Staat oder von den Monopolen bestallten Journalismus‘, sondern auch der politischen Klasse. Erste Überlegungen, Nachrichtenportale, die nicht der etablierten Kontrolle unterliegen, einzuschränken oder gar abzuschaffen, sind bereits laut geworden. Dazu dient vorzüglich die Verwendung des Modewortes von den „fake news“, das geeignet ist, eine neue Gefahr für Staat und Gesellschaft zu suggerieren.

Dabei geht es um ein altbekanntes Problem, nämlich die Meinungsfreiheit, die im Grundgesetzt festgelegt und nicht einigen Monopolisten vorbehalten ist.

Gottes Wort auf dem Mond

Im Frühjahr laufen sich die Museen zum Reformationsjubiläum warm – Kleine Übersicht empfehlenswerter Luther-Präsentationen

War Martin Luther Zeit seines Lebens ein „Reformkatholik“? Und in welchem Flächenstaat etablierte sich die erste lutherische Landeskirche? Was macht Hessen zu einem Pionierland der Reformation? Wer war eigentlich Julius Pflug? Und wie kam das Wort Gottes auf den Mond? Die Antworten geben Ausstellungen in Maria Laach, Berlin, Marburg, Zeitz und Augsburg.

Neue Einblicke in ein spannendes Kapitel der europäischen Kulturgeschichte verspricht die im Berliner Schloss Köpenick laufende Ausstellung „Kreuzwege“ (siehe auch Seite 11). Die mit 160 einzigartigen Dokumenten und wertvollen Objekten ausgestattete Schau hebt die Hohenzollern als eine der prägenden Dynastien der Reformationszeit hervor. Eines der Höhepunkte der Präsentation ist das Messgewand des Kardinals Albrecht von Brandenburg, der einst einer der mächtigsten Kirchenfürsten des Heiligen Römischen Reiches war.

In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verlief die konfessionelle Differenz noch quer durch das Herrscherhaus. Für eine konfessionelle Neuorientierung sorgte Kurfürst Johann Sigismund: Er konvertierte 1613 zur reformierten Form des Protestantismus, stellte aber seinen Untertanen frei, Lutheraner zu bleiben. „Damit wurden die Weichen in Brandenburg-Preußen in Richtung einer konfessionellen Pluralisierung gestellt“, wie Ausstellungskurator Mathis Leibetseder betont.

Hessen stieg unter Landgraf Philipp dem Großmütigen zu einem Pionierland der Reformation auf. Philipp kam auf dem Marburger Landgrafenschloss zur Welt. Hier wird ab 7. Mai die Ausstellung „Bildungsereignis Reformation“ gezeigt. Zu den 100 Exponaten gehört ein sogenannter „Denkzettel“ des Landgrafen: „Item hi zu Marpurk eine univer-sität uffzurichten.“ Das Gründungsjahr 1527 weist sie als die älteste evangelische Universität der Welt aus. Im Jahr zuvor hatten die von Philipp in die Homberger Marienkirche eingeladenen Vertreter der Landstände den Übertritt Hessens zur Reformation beschlossen. Die Schau unterrichtet auch über das von Philipp 1529 auf das Landgrafenschloss einberufene Marburger Religionsgespräch, zu dem sich neben Luther und Zwingli fast alle bedeutenden Reformatoren einfanden. Weltweit Schule machte schließlich ein Punkt der 1539 verkündeten Ziegenhainer Kirchenzuchtordnung: Er legte fest, dass die Kinder Glaubensunterricht erhalten und anschließend konfirmiert werden.

Dem frühen Dialog der Konfessionen widmet sich eine ab 5. Juni in Zeitz laufende Ausstellung. Zu ihren Schauplätzen gehört Schloss Moritzburg, in dem einst die Naumburger Bischöfe residierten. Im Mittelpunkt steht der letzte Bischof: Julius Pflug. Er setzte bei seinen Bemühungen um die Einheit der Kirche auf Toleranz und gegenseitigen Respekt. Die mit bedeutenden Dokumenten und wertvollen Kunstwerken bestückte Schau stellt Pflug als einen von Melanchthon hoch geschätzten Gesprächspartner vor.



Das Neue Testament auch für Kopten: Die 1616 gedruckte zweisprachige Fassung auf Bohairisch-Koptisch und Arabisch wird im Rahmen der Ausstellung „Unser Buch“ präsentiert Bild: Irmgard Hoffmann

Pflug wurde 1541 vom Domkapitel zum katholischen Bischof gewählt. Doch Kurfürst Johann Friedrich, Schutzherr des Bistums, ernannte einen evangelischen „Gegenbischof“. Erst nach dem Sieg Kaiser Karls V. im Schmalkaldischen Krieg konnte Pflug 1547 sein Bischofsamt antreten. Er erwies sich als toleranter Katholik: Die Mehrheit der evangelischen Prediger beließ er im Amt. Ausstellungskurator Holger Kunde beurteilt ihn als einen der wichtigsten katholischen Vordenker der nach Einigung aller christlichen Konfessionen strebenden Ökumene.

Pater Augustinus Sander, Novizenmeister der Benediktinerabtei Maria Laach, macht sich seit vielen Jahren um die Ökumene- und Lutherforschung verdient. Er bewertet Luther nicht etwa als „Kirchenspalter“, sondern als „Reformkatholiken“. Der 1505 ins Erfurter Augustinereremitenkloster eingetretene Luther habe eine fast 20 Jahre währende monastische Prägung erfahren. Pater Augustinus stellt den „Reformkatholiken“ Luther in einer 40 Schriften umfassenden Ausstellung vor, die er vom 25. Juni an in der historischen Jesuitenbibliothek von Maria Laach präsentiert. Zu den bemerkenswerten Ausstellungsstücken gehören die „Korrekturbibeln“ von Hieronymus Emser und Johannes Eck, die Luthers deutscher Bibelübersetzung eine katholische „Richtigstellung“ entgegensetzten. Doch Pater Augustinus weist darauf hin, dass Emser und Eck tüchtig bei Luther abgeschrieben haben, der so unbemerkt Einzug in die katholische Kirche hielt.

Schauplätze der Augsburger Bibel-Ausstellung „Unser Buch“ sind vom 7. April an das Rathaus, die katholische Kirche St. Moritz und die evangelische Kirche St. Anna, der früher das Eremitenkloster angeschlossen war. In ihm fand der von Kardinal Cajetan 1518 zum Verhör bestellte Luther Unterkunft. Er weigerte sich, seine 95 Thesen gegen den Ablasshandel zu widerrufen, und flüchtete aus der Stadt. Zu den 120 Ausstellungsstücken gehören frühe Bibelhandschriften und sogar eine Heilige Schrift aus dem Besitz von Elvis Presley, die der „King“ des Rock 'n' Roll mit Unterstreichungen und Notizen versehen hat. Elvis selbst stellte übrigens einmal richtig: „Für mich gibt es nur einen ‚King‘, und das ist Christus.“

Sowohl die kleinste als auch die größte gedruckte Bibel der Welt gehören zum Aufgebot. Eine Reise zum Mond und zurück hat eine Bibel absolviert, die auf einen vier mal vier Zentimeter großen Mikrofilm gebannt ist. Sie ist eines von 100 Exemplaren, die der Apollo-14-Astronaut Edgar Mitchell im Auftrag der Apollo-Gebetsliga 1971 mit auf den Mond nahm. *Veit-Mario Thiede*

Luther-Ausstellungen auf einen Blick

Kreuzwege. Die Hohenzollern und die Konfessionen 1517–1540: bis 9. Juli im Schloss Köpenick, Berlin. Internet: www.smb.museum/ausstellungen/detail/kreuzwege-die-hohenzollern-und-die-konfessionen-1517-1740.html. **Bildungsereignis Reformation:** 6. Mai bis 31. Oktober im Landgrafenschloss Marburg. Internet: www.bildungsereignis-reformation.de und www.rotkaeppchenland.de. **Dialog der Konfessionen. Bischof Julius Pflug und die Reformation**: 5. Mai bis 1. November im Dom, Schloss Moritzburg, in der Stiftsbibliothek und Michaeliskirche in Zeitz, Internet: www.reformation-zeitz2017.de, www. investieren-in-sachsen-anhalt.de. **Luther in Laach**: 25. Juni bis 24. August in der Abtei Maria Laach, Jesuitenbibliothek. Weitere Station: 21. September bis 31. Oktober im Landesbibliothekszentrum/ Rheinische Landesbibliothek Koblenz. Internet: www.maria-laach.de und www.gastlandschaften.de. **Unser Buch:** bis 13. Mai im Rathaus, in der Kirche St. Moritz und Kirche St. Anna in Augsburg. Weitere Station: 22. Mai bis 10. September in Wittenberg, Schlossstraße 31, Internet: www.unser-buch-augsburg.de und www.augsburg-tourismus.de *V.-M. Thiede*

Beruf: Bildermacher

Museum Folkwang stellt Gerhard Richters sämtliche Editionen aus

Das Museum Folkwang präsentiert erstmals sämtliche Kunst-Editionen Gerhard Richters in einer seiner umfangreichsten Einzelausstellungen überhaupt. Die neue Edition „Schädel“, die Richter anlässlich der Ausstellung gefertigt hat, wird in Essen zum ersten Mal öffentlich gezeigt.

Seit 1965 befasst sich der Dresdner Künstler, dessen Werke auf dem internationalen Markt Rekordpreise erzielen, kontinuierlich mit Editionen. Die Auflagenwerke – Drucke, Fotografien, Objekte, Gemälde, Künstlerbücher und anderes mehr – sind damit zu einer wichtigen Gruppe im vielschichtigen Schaffen des Künstlers geworden. Die Ausstellung versammelt Richters insgesamt 173 Editionen erstmals vollständig und bietet damit einen einmaligen Überblick über sein mehr als fünf Jahrzehnte umfassendes künstlerisches Werk.

Richter nutzt das Konzept der Edition, um seine Bilderfindungen neu zu interpretieren und gleichzeitig zu verbreiten. Bereits die ersten Editionen zeigen, dass Richter Fragestellungen, die ihn in der Malerei beschäftigen, auch in der Druckgrafik formuliert, oftmals auf neue und überraschende Weise: Fragen nach dem Verhältnis von Original und Reproduktion, nach den Eigenschaften von Malerei und Fotografie und nach der Lesbarkeit der Motive. Der Künstler lotet mit den Editionen die Möglichkeiten unterschiedlicher Medien und Gattungen aus. Immer wieder hinterfragt er dabei auch sein Selbstverständnis als Künstler: „Manchmal denke ich, ich sollte mich nicht Maler nennen, sondern Bildermacher. Ich bin mehr an Bildern interessiert als an Malerei.“



Meister der Bild-Editionen: Gerhard Richter Bild: Museum Folkwang/Jens Nober

Im Oktober 1970 fand im Museum Folkwang Richters erste Ausstellung seiner Editionen statt. Es war zugleich die erste museale Einzelausstellung des Künstlers. Die heutige Ausstellung „Gerhard Richter. Die Editionen.“ stellt in zwölf Sektionen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten Richters Sujets, Konzepte und künstlerische Strategien vor. Aufgefächert wird der gesamte Werkkomplex von den frühen Druckgrafiken über die Landschaften und Porträts bis zu den zahlreichen Spielarten von Abstraktion (Farbfelder, Vermalungen, Rakelbilder, übermalte Fotografien) und den digital produzierten „Strips“ der 2010er Jahre. Eigene Kabinette sind den großformatigen Teppichen „Abdu“, „Iblan“, „Musa“ und „Yusuf“ (2009) sowie den grafischen Folgen „Elbe“ und „November“ (beide 2012) gewidmet. Richter hat schon immer Bildmaterial für eine spätere Verwendung gesammelt. So griff er zum Beispiel für die Edition „Ella“ von 2014 auf ein 2006 aufgenommenes Foto seiner Tochter zurück. *PAZ/tws*

Die Ausstellung läuft bis 30. Juli, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag und Freitag bis 20 Uhr, Eintritt: 8 Euro, Telefon (0201) 8845160, www.museum-folkwang.de

Stasi am Plattensee

ZDF-Dreiteiler über das Mallorca des Ostens

Bis zum Riss des Eisernen Vorhangs war der Plattensee mit seinen vielen Vulkankegeln am Nordufer ein Touristenmagnet – für DDR-Bürger. Der Balaton, wie er in Ungarn heißt, war so etwas wie das Mallorca des Ostens. In Keszthely mit seiner vom Jugendstil geprägten Badehaus-Architektur oder auf der idyllischen Halbinsel Tihany konnten die Touristen, die zu Hause sonst wenig zu feiern hatten, richtig Dampf ablassen. Der 1980 entstandene DDR-Film „Und nächstes Jahr am Balaton“ über eine Gruppe junger DDR-Tramper drückte diese Sehnsüchte schon im Titel aus.

Jetzt geht es im Fernsehen per Anhalter im Trabi wieder an den Plattensee. Im Dreiteiler „Honigfrauen“, den das ZDF an den Sonntagen, 23. und 30. April sowie 7. Mai, jeweils um 20.15 Uhr, zeigt, lebt DDR-Nostalgie noch einmal voll auf. Es geht um die Erfurter Schwestern Catrin und Maja Streesemann, die sich im Jahr 1986 voller Hoffnung auf ein unbeschwertes Leben fernab der heimischen DDR-Tristesse und unbeobachtet von ihren Eltern auf den Weg an den Plattensee machen. Dabei stehen sie dort unter Beobachtung! Die Stasi betreibt im Ferienparadies eine „Balaton-Brigade“, welche die Touristen ausspäht, damit nicht noch mehr DDR-Bürger Ungarn als Sprungbrett in den Westen nutzen.

Schwungvoll inszeniert lenkt der Film den Blick auf eine Urlaubsregion, die seit 1989 gut geeutelt ist und wo die Badestrände im Sommer wie leergefegt sind. Dann also dieses Jahr am Balaton? *H. Tews*



Reisende Schwestern: Catrin (Cornelia Gröschel, l.) und Maja Streesemann (Sonja Gerhardt, r.) suchen eine Mitfahrgelegenheit Bild: ZDF/Leo Pinter

Swing-Legende Ella Fitzgerald

Solange Ella Fitzgerald lebte, solange lebte der Swing. Das konnte man bei Auftritten in Deutschland erleben. 1980 in Hamburg zum Beispiel, als die damals 62-jährige schwer Diabeteskranke und halbblinde Jazzsängerin mit Count Basie sowie seinem Orchester auftrat und im Blitzlichtgewitter der Fotografen ein ergreifendes „Flashlights hurting my eyes“ improvisierte.

Überhaupt hat die vor 100 Jahren, am 25. April 1917, geborene und neben Billie Holiday sowie Sarah Vaughan größte US-Sängerin des Swing, immer gute Erfahrungen mit Deutschland gemacht. 1960 gab sie ein legendäres Konzert in der Berliner Deutschlandhalle, bei dem sie den englischen Text von Bertolt Brechts „Mackie Messer“ vergaß und den größten Teil lautmalerisch improvisierte. Dieser sogenannte Scatgesang („Dab dab du bi du ...“), den Louis Armstrong erfunden haben soll, machte sie zu ihrem Markenzeichen. Ihre Stimme, die drei Oktaven bewältigte, setzte sie dabei wie ein Jazzinstrument ein. Mit ihrem Berliner Konzertmitschnitt „Ella in Berlin: Mack the Knife“ gewann sie nicht nur einen Grammy, sondern gelangte posthum damit auch in die „Grammy Hall of Fame“.

Die Pianistin Mary Lou Williams schwärmte von Ellas Stimme, „die auf meinem Rücken Schauer rauf- und runtergehen ließ“. Am 15. Juni 1996 verstummte diese Stimme für immer. *Harald Tews*

Finale fatal in Stammheim

Häftlinge der »Rote Armee Fraktion« und deren Anwälte machten blutige Gewalt zur Farce

Mit jedem Auftritt im sogenannten Stammheim-Prozess versuchten die Angeklagten und deren Anwälte, den Rechtsstaat lächerlich zu machen. Der von ihnen als „System“ bezeichnete Staatsapparat der Bundesrepublik und seiner Länder ließ sich lange vorführen von den Anführern der „Rote Armee Fraktion“ (RAF), von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe, angeklagt des Mordes in vier Fällen, des versuchten Mordes in 54 Fällen.

Über die Morde und Mordversuche hinaus lautete die Anklage auf Bankeinbrüche, Raubdelikte und Passfälschungen sowie Sprengstoffanschläge auf das Hauptquartier des V. US-Korps, die Polizeidirektion Augsburg, das Landeskriminalamt München, den Bundesrichter Wolfgang Buddenberg in Karlsruhe, das Springer-Verlagshaus in Hamburg und das Europa-Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg.

Der bedrückenden Anklage zum Hohn versuchten die Beschuldigten, das Verfahren zur Farce zu machen. Sie verspotteten das Gericht, beleidigten den Vorsitzenden Richter als „faschistisches Arschloch“, verweigerten Angaben zur Person: „Ich lass mich doch nicht zwingen, du Arschloch“, provozierten ihren Ausschluss: „Mach schon, alter Affe“, beschimpften Pflichtverteidiger: „Wenn diese Schweine noch einmal die Schnauze aufmachen ...“ und drohten dem Justizpersonal: „Denken Sie an ihre Frau und ihre Kinder.“

Der Prozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart geriet vom Beginn an aus den Fugen, und er blieb es. Dabei war er in jeder Hinsicht der aufwändigste und mit seiner Dauer vom 21. Mai 1975 bis 28. April 1977 auch längste Prozess, den die Bundesrepublik bis dahin erlebt hatte. Eigens für das Verfahren war für zwölf Millionen D-Mark ein fensterloser Sicherheitsraum gebaut worden. Zu Beginn des Prozesses wurde der Luftraum über der Mehrzweckhalle gesperrt, Innenhof und Dach mit einem Stahlnetz überspannt. Zutritt gab es nur nach Leibesvisitation. Alles wurde kontrolliert – und geriet doch rasch außer Kontrolle.

Nichts war normal und doch sollte ein normales Verfahren geführt werden. Dagegen stand bereits der Versuch der Angeklagten und ihrer Verteidiger, aus dem Strafverfahren einen politischen Prozess zu machen. Der Verteidiger von Gudrun Ensslin und spätere Bundesinnenminister Otto Schily setzte sich nachdrücklich dafür ein zu zeigen, „was die politischen Ziele der Roten Armee Fraktion sind“. Die Angeklagten behaupteten, sich „im Krieg gegen den Staat“ zu befinden.

Die Wahlverteidiger Klaus Croissant, Kurt Gronewold und Hans-Christian Ströbele wurden zeitweise von der Verhandlung ausgeschlossen. Der Vorwurf: Sie unterstützten die Taten ihrer Mandanten. Wie sehr die Verteidiger sich auf ihre Mandanten einließen, zeigen Zitate. Schily zum Vorsitzenden Richter Theodor Prinzing: „Ihre Robe wird immer kürzer und das Krokodil darunter immer sichtbarer“; Rupert von Plottnitz: „Heil, Dr. Prinzing.“

Hungerstreiks erschwerten den Prozess. Die Dauer der Verhandlungen wurde verkürzt. Die Verteidiger versuchten, durch ständige Befangenheitsanträge ein geordnetes Verfahren unmöglich zu machen. Erst fünf Monate nach Eröffnung konnte mit der Beweisaufnahme begonnen werden. Die Verteidiger konstruierten ein Widerstandsrecht gegen die USA wegen des Vietnamkrieges. Es wurde gefordert, den US-Präsidenten Richard Nixon vorzuladen, den Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte, die

> Vor 40 Jahren, am 28. April 1977, wurden die Urteile im Stammheim-Prozess gesprochen

Bundeskanzler Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Schmidt, die Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Walter Scheel. Vor blutigem Hintergrund wurde absurdes Theater inszeniert.



Ein in jeder Hinsicht aufwendiger Prozess: Allein der eigens gebaute Gerichtssaal kostete zwölf Millionen D-Mark Bild: pa

Zwischen Ulrike Meinhof und den anderen Angeklagten kam es zu Spannungen. Am 9. Mai 1976 fanden Justizbeamte Meinhof tot in ihrer Zelle. Sie hatte sich an einem Strick aus Anstaltstüchern erhängt. Der Selbstmord wurde amtlich festgestellt. Die Mitangeklagten sowie deren Anwälte und Sympathisanten redeten fortan von Mord.

Der 85. Befangenheitsantrag schlug durch. Vorsitzender Richter Prinzig hatte Prozessunterlagen an Bundesrichter Albrecht Mayer gesandt, der für eine Revision zuständig gewesen wäre. Mayer hatte diese brisanten Papiere dem Chefredakteur der „Welt“ überlassen. Richter Prinzing wurde durch den Beisitzenden Foth ersetzt.

Der oberste Ankläger, Generalbundesanwalt Siegfried Buback, wurde am 7. April 1977 erschossen. Mit ihm starben sein Chauffeur und der Chef der Fahrbereitschaft. Ein „Kommando Ulrike Meinhof“ sandte ein Bekennerschreiben. Wer die Todesschüsse abgab, ist nicht geklärt.

Das Gericht in Stammheim verurteilte die Angeklagten nach 192 Verhandlungstagen zu lebenslangen Freiheitsstrafen. Am 5. September 1977 entführte die RAF den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Sie versuchte, ihre Gesinnungsgenossen freizupressen. Als die Bundesregierung nicht nachgab, entführte am 13. Oktober ein Kommando der mit der RAF verbündeten „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ das Lufthansa-Flugzeug „Landshut“. Der Flugkapitän wurde erschossen. Nach einem Irrflug stand die Maschine auf dem Flugplatz von Mogadischu. Die GSG 9 befreite am 18. Oktober die entführten Passagiere.

Um 0.40 Uhr hörte Häftling Raspe im Radio von der Erstürmung des Flugzeuges. Über eine heimlich gebaute Wechselsprechanlage informierte er seine Mithäftlinge. In der Todesnacht von Stammheim erschossen sich am 18. Oktober 1977 Andreas Baader und Jan-Carl Raspe mit Pistolen, Gudrun Ensslin erhängte sich. Die Waffen, insgesamt drei Pistolen, hatte Rechtsanwalt Arndt Müller ab 1976 in den Hochsicherheitstrakt geschmuggelt. Dazu hatte das spätere RAF-Mitglied Volker Speitel als „Kanzlei-Gehilfe“ Handakten dermaßen präpariert, dass die Waffen hineinpassten, ohne gesehen zu werden. Die Handakten wurden im Gerichtssaal übergeben und durften mit in die Zelle genommen werden. Den gleichen Weg nahmen eine Fotokamera, Kochplatten, ein Transistorradio und 650 Gramm Sprengstoff samt Zünder. Das wurde später in Mauernischen gefunden. Auch die elektronischen Kleinteile, aus denen die Häftlinge die Wechselsprechanlage gebaut hatten, waren in den Handakten versteckt gewesen. *Klaus J. Groth*

Guernica war kein Kriegsverbrechen

Im Gegensatz zum »Moral Bombing« der Alliierten diente der Luftangriff auf die Stadt vor 80 Jahren einem militärisch relevanten Punktziel

Während des Spanischen Bürgerkrieges bombardierten Flugzeuge der deutschen Legion Condor gemeinsam mit italienischen Maschinen Verkehrseinrichtungen unweit der baskischen Kleinstadt Guernica. Bei diesem Einsatz am 26. April 1937 im Rahmen der taktischen Unterstützung für Francisco Francos Truppen kam es zu Kollateralschäden, die seitdem immer wieder propagandistisch ausgeschlachtet wurden.

Im Sommer 1937 schrieb der britische Schriftsteller George Orwell, seit der Gräuelpropaganda zur Zeit des Ersten Weltkriegs habe es wohl keine solche Flut von Lügen mehr gegeben, wie nun im Bürgerkrieg zwischen Nationalisten und Republikanern in Spanien. Damit spielte er unter anderem auch auf den Fall Guernica an, der von der damals oft links-orientierten Presse in England genutzt wurde, um gegen Deutschland Stimmung zu machen. So verbreiteten die Blätter das bis heute immer wieder aufgegriffene Gerücht, die Legion Condor, eine Luftwaffeneinheit der Wehrmacht, die auf nationalspanischer Seite kämpfte, habe Guernica absichtlich bombardiert, um die gegnerische Zivilbevölkerung zu terrorisieren. Tatsächlich aber verfolgte der Luftschlag einen ganz anderen Zweck.

> Wer eine Stadt zerstören will, geht anders vor als die Legion Condor und die Aviazione Legionaria über Guernica

Um die Kontrolle über Nordspanien zu erlangen, plante der Kommandeur von Francos Armee im Baskenland, Brigadegeneral Emilio Mola Vidal, die Einnahme von Bilbao. In diesem Zusammenhang setzte er alles daran zu verhindern, dass sich die in der Defensive befindlichen rotspanischen Truppen hinter die Befestigungen des sogenannten Eisernen Gürtels um die Industrie- und Hafenstadt an der Biscaya zurückzogen. Deshalb ersuchte Mola V. die Legion Condor, die 25 Meter lange Renteria-Brükke über den Rio Oca sowie eine Straßengabelung am östlichen Rand von Guernica zu zerstören. Zu diesem Zeitpunkt war die Front nur noch sechs bis 15 Kilometer entfernt – und die ersten flüchtenden gegnerischen Einheiten hatten die Ortschaft auch bereits passiert.

Der Angriff begann um 16.30 Uhr nach der Freigabe durch Oberst Juan Vigón in Francos Hauptquartier in Burgos. An ihm beteiligten sich 27 zu Behelfsbombern umgerüstete Junkers Ju 52/3m und eine Dornier Do 17 sowie mehrere Staffeln Messerschmidt Bf 109 und Heinkel He 51, denen der Begleitschutz oblag. Dazu kamen drei Bomber des Typs Savoia-Marchetti SM.79 „Sparviero“ (Sperber) und einige Fiat-CR.32-Jäger der Aviazione Legionaria, also des italienischen Pendants zur Legion Condor. Diese Maschinen warfen rund 30 Tonnen Spreng- und Brandbomben ab und zerstörten hierdurch große Teile der Stadt. Dabei bleibt offen, ob einige der Explosionen nicht vielleicht auch auf eingelagerte Sprengstoffvorräte der Republikaner zurückgingen oder diese später gar noch Gebäude in die Luft sprengten, um dem Gegner bloß verbrannte Erde zu hinterlassen. Auf jeden Fall aber wurde die Brükke über die Oca verfehlt. Das resultierte aus dem Umstand, dass eine der allerersten Bomben die örtliche Olivenölfabrik getroffen hatte, woraufhin dichte Rauchwolken aufstiegen, die den anderen Flugzeugen die Sicht nahmen.

Die Zahl der Opfer des Angriffs wurde seinerzeit von der baskischen Regionalregierung mit 1654 angegeben, was jedoch viel zu hoch gegriffen war. Schließlich listete der amtliche Polizeibericht nur 266 getötete Zivilisten auf. Das hinderte manche Zeitungen später allerdings nicht daran, von bis zu 11000 Toten zu fabulieren.

Noch umstrittener als die Frage, wie viele Menschen in Guernica starben, ist freilich, ob der Angriff nun tatsächlich als Kriegsverbrechen beziehungsweise Völkerrechtsbruch gelten kann. Für linke Kreise steht das außer Frage. Deshalb versuchen sie auch immer wieder, das Ereignis hochzuspielen. So beantragten die Grünen im Dresdner Stadtrat 2012, eine Straße in der Elbestadt nach Guernica zu benennen, um die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 „in den historischen Zusammenhang“ zu stellen. Damit scheiterten sie zwar knapp, aber an der herrschenden Meinung hierzulande änderte das nichts. Immerhin hatte sich Bundespräsident Roman Herzog schon 1997 im Namen Deutschlands für den Angriff entschuldigt. Und das, obwohl die Aktion im Einklang mit den damals allgemein anerkannten Regeln für den Luftkrieg erfolgte.

Im Gegensatz zu dem, was die Alliierten später im Zweiten Weltkrieg mit ihrem „moral bombing“ (siehe *PAZ* Nr. 12), ihren Flächenbombardements deutscher Städte praktizierten, war es nämlich durchaus legitim, Punktziele von militärischer Relevanz wie eben die Brücke und den Verkehrsknotenpunkt bei Guernica zu bombardieren, auch wenn hierbei Kollateralschäden drohten. So stand es im Artikel 24 des letztlich zwar nicht formell in Kraft getretenen, aber doch international als verbindlich

> Primäres Ziel war die Zerstörung einer Brücke, um zu verhindern, dass sich der Gegner hinter den sogenannten Eisernen Gürtel zurückzieht

betrachteten „Haager Juristenentwurfs für Luftkriegsregeln“ von 1923. Ja, mehr noch: Die Abmachung erlaubte sogar Attacken gegen „Städte, Dörfer, Wohnungen und Gebäude ... in unmittelbarer Nähe der Landstreitkräfte“ des Gegners.

Die Art und Weise der Bombenabwürfe zeigt ganz eindeutig, dass keine Absicht bestand, die baskische Ortschaft dem Erdboden gleichzumachen. Vielmehr stellte eindeutig die Brücke das Ziel dar. Alle deutschen und italienischen Maschinen operierten in kleinen Formationen von nur drei bis sechs Flugzeugen und warfen ihre Bomben in schmalen Streifen statt großflächig ab. Wer eine Stadt zerstören will, geht definitiv anders vor. Außerdem kreuzten sich die beiden Anflugschneisen über der Brücke und nicht über den Wohngebieten, die dann aber unglücklicherweise bei Fehlwürfen getroffen wurden oder in Brand gerieten, als der Wind die Flammen vom östlichen Vorort Renteria nach Westen trug.

Aus all diesen Gründen gelangten zahlreiche renommierte Experten zu dem Schluss, dass der Angriff auf Guernica keine Verletzung des Kriegsrechts darstellte. So kann man es beispielsweise in den quellenbasierten Publikationen von Hans-Henning Abendroth, Paul Crook, James Corum, Noble Frankland, Hermann Hagena und Horst Boog, dem früheren Leitenden Wissenschaftlichen Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, nachlesen.

Dahingegen entbehren diesbezügliche Vorwürfe von Historikern wie Herbert Southworth und Antony Beevor jeder sachlichen Grundlage. Den in ihren Büchern konstruierten „Terrorangriff zur Brechung des Widerstandswillens der Basken“ hat es nie gegeben. Wozu hätte Franco die Legion Condor auch zu einem solchen veranlassen sollen? Schließlich wähnte der Nationalistenführer die katholische Stadtbevölkerung der Region auf seiner Seite. *Wolfgang Kaufmann*

Jeder nach seiner Fasson

Gelungene Ausstellung in Köpenick: Wie sich die religiöse Toleranz der Hohenzollern über die Jahrhunderte entwickelt hat

Sie vererbten nicht einfach ihre jeweilige Konfession. Jede Hohenzollerngeneration ging für sich eigene Wege, ihre „Kreuzwege", so der Obertitel einer soeben eröffneten historiografischen Gemeinschaftsausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und des Kunstgewerbemuseums der Staatlichen Museen zu Berlin im Schloss Köpenick.



Im Rahmen des Eröffnungsrundgangs präsentierte der Kurator Mathis Leibetseder den Ausgangspunkt und Höhepunkt der Ausstellung: Jacob Thanners Leipziger Thesendruck aus dem Jahre 1517/18

Bild: Vinia Rutkowski / GStA PK

Die Dynastie übte zwar das landesherrliche Kirchenregiment aus und reklamierte – mit Ausnahme des ungläubigen Friedrich II. – das Gottesgnadentum für sich, gleichzeitig aber machte sie Brandenburg-Preußen zum ersten europäischen Staat von Toleranz und Glaubensfreiheit. Ihre „Kreuzwege" führten durch ein Beziehungsgeflecht religionshistorischer und machtpolitischer Einflüsse.

Der gewählte zeitliche Spagat der Köpenicker Ausstellung von Luthers Thesenanschlag 1517 bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen 1740 umfasst zehn brandenburgisch-preußische Herrschergenerationen, darunter anfangs traditionelle Katholiken, aber auch gleichgültige Kirchenverächter, begeisterte Lutheraner wie bibeltreue Reformierte. Fürsten der Hohenzollerndynastie herrschten nicht nur in Franken und Brandenburg, sondern stellten auch den Hochmeister des Deutschen Ordens und den Mainzer Kurfürsten. Wie reagierten sie auf die vor 500 Jahren von Martin Luther angestoßene konfessionelle Pluralisierung Europas?

„Die Hohenzollern legten 1539 ein evangelisches Netzwerk über die katholischen Landschaften", das sagte Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, anlässlich der Ausstellungseröffnung am 6. April. Tatsächlich wurden sie zwar die führende protestantische Dynastie im Reich, auf kulturellem Gebiet waren sie aber weniger fortschrittsfreudig. Das verarmte Brandenburg-Preußen musste sich durch Kultur und Baukunst seinen Rang unter den etablierten europäischen Staaten erst erkämpfen: „Seht her, wir können es auch." Dazu hätte gepasst, wenn die absoluten Hohenzollernherrscher auch die Religionsausübung reglementiert hätten. Dem war aber nicht so: Sie vermieden den in Europa verbreiteten Fehler, Andersgläubige zu vertreiben, und sahen ein, dass Konfessionsvorschriften in dem künstlich zusammengefügten Patchwork-Staat nicht durchsetzbar waren. Insofern führten die „Kreuzwege" der Hohenzollern zielgerichtet zu konfessioneller Vernunft und religiöser Toleranz. Aber sie folgten auch Nützlichkeitserwägungen, denn die Aufnahme von Glaubensflüchtlingen wurde zusätzlich in den Dienst von Struktur- und Wirtschaftspolitik gestellt. Schon damals ging es um „Risiken und Chancen von Integration", wie Parzinger im Vorwort des fast 500-seitigen Ausstellungskataloges schreibt.

Die aufstrebenden brandenburgisch-preußischen Reichsfürsten hatten es bei der evangelischen Kirche mit der lutherischen Mehrheit und der reformierten Minderheit sowie mit der katholischen Kirche und ihren volksreligiösen Wurzeln zu tun. Es gab anfangs keine lutherische Grundstimmung in Brandenburg-Preußen. Selbst die Fürstenfamilien waren manchmal konfessionell durcheinandergewürfelt und alles andere als fromm-friedliche Familienidyllen. Ehefrauen, Brüder oder Kinder wichen schon mal vom Bekenntnis des Familienoberhauptes ab.

Die Hohenzollern zwischen Reformation und friderizianischer Aufklärung: Das waren zu Anfang die Kurfürsten von Brandenburg, wie der humanistische Katholik Joachim I. (Nestor) (reg. 1499–1535), der von 1517 an Luthers Reformation bekämpfte und 1530 auf dem Wormser Reichstag die Reichsacht gegen den widerspenstigen Mönch betrieb. Sein Nachfolger Joachim II. (Hektor) wurde 1539 Lutheraner und blieb es ebenso wie seine Nachfolger Johann Georg (reg. 1571–1598) und Joachim Friedrich. 1613 jedoch kam es zu einem unerhörten Schritt: Johann Sigismund (reg. 1608–1619) wurde 1613 Reformierter, und mit ihm alle nachfolgenden Hohenzollern. Die von der Dynastie bevorzugte calvinistische Lehre erntete allerdings kein nennenswertes Echo in der Bevölkerung, Stände und märkische Pfarrer wollten ihren lutherischen Staat beibehalten. Johann Sigismund überließ seinen Untertanen klugerweise die Konfessionswahl.

Der ihm folgende Georg Wilhelm hinterließ dem dann folgenden Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (reg. 1640–1688) ein durch den Dreißigjährigen (Religions-)Krieg verwüstetes Brandenburg-Preußen. Nachdem ab 1671 Juden einwandern durften, ermöglichte der Große Kurfürst 1685 mit dem „Edikt von Potsdam" den in Frankreich verfolgten evangelischen Hugenotten die Einwanderung. Ihm folgte Kurfürst Friedrich III., ab 1701 König Friedrich I. in Preußen, der das weltliche Königtum akzentuierte, gleichzeitig die tolerante Konfessionslinie fortsetzte. Das „suum cuique" (Jedem das Seine) auf dem von ihm gestifteten Schwarzen Adlerorden stand auch für konfessionelle Freizügigkeit.

Der streng religiöse, fast pietistische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (reg. 1713–1740) verordnete Preußen moderne Staats- und Militärmacht, baute fürsorglich Kirchen, Krankenhäuser, Waisenhäuser und so weiter und nahm an die 40 000 protestantische Glaubensflüchtlinge auf. Friedrich der Große (reg. 1740–1786), selbst ein gottloser Aufklärer, überließ mit großer Toleranz dem Volk seine Religionen. Es durfte jeder „nach seiner Fasson selig werden".

Der interessierte Besucher, der sich zum Schloss Köpenick im Berliner Südosten auf den Weg macht, stellt sich die Frage, wie die Ausstellungskuratoren die ausgewählten zweieinviertel Jahrhunderte Religionsgeschichte begreifbar gemacht haben. Wo liegen die theologischen Unterschiede zwischen dem seit 1613 praktizierten reformierten Glauben des Hauses Hohenzollern und dem lutherischen Glauben ihrer Untertanen? Kann man die konfessionelle Eigenwilligkeit der Hohenzollernfürsten überhaupt durch Museumsstücke in Bilder übersetzen? Was hat der preußische Staat hinterlassen?

Ohne ganz besondere Geschichtskenntnisse über die Zeit, über Luthers Theologie und ihre Folgen geht bei dieser Ausstellung nichts. Jürgen Kloosterhuis, Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, war von vorn herein klar, dass sich die „vorwiegend schriftlichen Quellen ... nicht ohne Weiteres vermitteln lassen". Jacob Thanners Leipziger Thesendruck aus dem Jahre 1517/18 ist Ausgangspunkt und gleichzeitig Höhepunkt der Ausstellung. Mit dem Kunstgewerbemuseum der Staatlichen Museen zu Berlin fand Kloosterhuis „einen kongenialen Begleiter" für Museumsexpertise und Vermittlung. Und der brachte neben exzellenten Zeugnissen der angewandten Kunst, der viel bewunderten Buch-, Goldschmiede- und Textilkunst, auch noch den Ausstellungsort ein.

Das Ausstellungsschloss ist ebenso Kunst wie es Kunst ist, eine Ausstellung zu präsentieren. Seit der sogenannten Wende ist Schloss Köpenick eine Dependance des Berliner Kunstgewerbemuseums der Staatlichen Museen zu Berlin. Es passt inhaltlich zur Ausstellungsepoche, darüber können sich die Organisatoren glücklich schätzen. Der zum Luthertum konvertierte Joachim II. hatte das Köpenicker Vorgängerschloss bauen lassen. Er starb 1571 auch dort, übrigens im Beisein von Luthers jüngstem Sohn. Das heutige Schloss entwarf der aus Holland herbeigeholte Architekt Rutger van Langervelt 1677 bis 1681 für den Großen Kurfürsten beziehungsweise für dessen Sohn Kurfürst Friedrich III., ab 1701 König Friedrich I. in Preußen, in kühlem nordeuropäischen Barock, einem Stil, der spröder, sparsamer und protestantischer geprägt ist als der glanzvolle südeuropäisch-katholische Barockstil. Es ist das älteste erhaltene Schloss im Berliner Raum.

Für diese Ausstellung wurde dessen Erdgeschoss zur Verfügung gestellt. Das erlaubt allerdings keinen Rundgang. Zusammenfassende Raumtexte orientieren, geben durch Karten, Tabellen und Abbildungen grafische Informationen, leiten zu Themen, Personen oder Orten und führen zu authentischen Artefakten und Kostbarkeiten. Bei der inhaltlichen Sortierung sind Musik, Kirchenordnung und Astrologie ebenso bedacht wie bebilderte Biografien der Hohenzollern und die Kirchenarchitektur. Was die spannende Sakraltopographie Berlins angeht: Um 1750 gab es in der damaligen 100 000-Einwohner-Stadt sieben lutherische, drei reformierte und sechs Simultankirchen, dagegen wurde erst 1747 bis 1773 mit St. Hedwig die erste und einzige katholische Kirche nach der Reformation gebaut. Abbildungen und Pläne von Sakralarchitektur aus Preußen führen die konfessionelle Pluralisierung greifbar vor Augen.

Räumliche Inszenierungen machen den Ausstellungsbesuch zu einem Erlebnis von emotionaler Kraft: Beispielsweise das tiefschwarze Kabinett, in dem Satzfetzen das Geschehen des Dreißigjährigen Krieges zu Gehör bringen. Emotional berührend sind zwei besondere Ausstellungsräume: Holzvertäfelte Renaissancezimmer in fränkischem und schweizerischem Stil. Und natürlich die Stuckdecken mit ihren Barockmalereien.

Die 1682 bis 1685 von Johann Arnold Nering geschaffene Schlosskirche, eine der ersten von Beginn an evangelischen Kirchen Berlins überhaupt, ist in ihrer klaren Innendekoration ein Brückenschlag zum Ausstellungsinhalt. Die für die Reformierte Schlossgemeinde und ab 1688 auch für die Französisch-Reformierte Gemeinde geschaffene Kirche darf von den Ausstellungsbesuchern besichtigt werden.

Was ist das Besondere dieser Ausstellung? Zwei „Gedächtnisinstitutionen", wie Parzinger sie nannte, haben archivalische, bibliothekarische und museale Objekte aus ihren Einrichtungen zusammengetragen. Eine spartenübergreifende gemeinsame Aktion unter dem Dach der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, wie es sie bisher im Schloss Köpenick erst einmal gegeben hatte: 2011 mit der Ausstellung „Kriegsgericht in Köpenick!" Am selben Ort, an dem der fromme, zeitweise pietistische Soldatenkönig 1730 das Kriegsgericht tagen ließ, um Hans Hermann von Katte zum Tode zu verurteilen. Diese Ausstellung setzt die begonnene Zusammenarbeit erfolgreich fort. Den Kuratoren Mathis Leibetseder und Lothar Lambacher ist zu danken. Welch ein Verlust, man hätte diese Ausstellung in einem beliebigen Museumsgebäude aufgebaut. Der Funke spränge wohl kaum über.

Ingo Sommer

Die Ausstellung „Kreuzwege. Die Hohenzollern und die Konfessionen 1517–1740" im Schloss Köpenick, Schloßinsel 1, 12557 Berlin kann bis zum 9. Juli dienstags bis sonntags zwischen 11 und 18 Uhr besucht werden.



Bild: Ingo Sommer

Ergänzung der Exponate: Stuckdecke mit Barockmalereien



Wurde eigens zur Ausstellung für Besucher geöffnet: Die reformierte Schlosskirche Köpenick

Bild: Ingo Sommer



Foto: pa

Der Moment der Woche

Ob auf der Agrar-Messe (oben), beim Staatsbesuch auf Ministerebene oder im Umgang mit verstorbenen Vierbeinern: Deutschlands Rindviecher erhalten höchste Aufmerksamkeit. Landwirtschaftsminister Christian Schmidt handelte am vergangene Wochenende beim Iran-Besuch ein millionenschweres Geschäft über Rindersperma aus. Der Qualitätssamen made in Germany soll sozusagen im wortwörtlichen Sinne die persische Rinderzucht befruchten. Eutergesundheit, hohe Wirtschaftlichkeit, Fitness und Schönheit zeichnen die Nachkommen der deutschen Bullen aus, heißt es bei den hiesigen Züchtern.

Einer, der mit unerschöpflicher Bullenkraft – 500 Portionen Samen pro Sprung – am Zuchterfolg mitgewirkt hat, ist allerdings gerade abgetreten: Waldbrand (kl. Foto) lebt nicht mehr. Das Dahinscheiden des elfjährigen „Kultbullen“ regt die Branche jetzt zu hymnischen Nachrufen an. „Eine Fleckvieh-Ära geht zu Ende“, heißt es beim Besitzer, der Besamungsstation „Bayern Genetik“ in Grub. „Legendär“ sei sein Auftritt beim letzten Zentrallandwirtschaftsfest in München gewesen, seufzt ein trauerndes Branchenmagazin, und der „Münchner Merkur“ lässt ehrfurchgebietende Zahlen sprechen: „Der erfolgreiche Bayer hinterlässt 63 Söhne und rund 150 000 Töchter.“ FH

Multi-Kulti mit Trauerflor

Deutschlands Gedenkveranstaltungen für Terroropfer sind erbärmlich

War da was? Tod? Terror? Ein Allah-gläubiger Unmensch, der mit einem Lkw zwölf Menschen auf einem Berliner Weihnachtsmarkt aus dem Leben riss? War das letztes Jahr? Dieses Jahr? Oder vielleicht sogar 2015?

Man solle möglichst schnell wieder zur Normalität übergehen, fordern die deutschen Politiker nach jedem Anschlag. Die Terroristen hätten schon gewonnen, wenn es nicht so wäre. „Weiter so wie bisher“, lautet die Parole. Man kennt sie zur Genüge, schließlich gab es schon so schrecklich viele Anschläge.

Eilig, unwillig und unbeteiligt wirken denn auch die Gedenkveranstaltungen, die sich der Politikbetrieb für die ermordeten Menschen abringt. Wie anders, wie aufwendig, wie warmherzig trauert man dagegen in England, Frankreich oder jüngst in Schweden, wenn dort fanatisierte Muslime morden. In Deutschland fand erst auf Druck der Öffentlichkeit eine Gedenkveranstaltung im Bundestag für die Toten und Verletzten des Weihnachtsmarkt-Anschlages auf dem Berliner Breitscheidplatz statt. Vier Wochen dauerte es, bis man sich dazu durchringen konnte, 15 Sekunden dauerte die Schweigeminute. Bundespräsident Norbert Lammert klärte in seiner vorhergehenden Rede über das Verhältnis von Sicherheitsanspruch und Freiheitsversprechen auf. Außerdem lobte er die bemerkenswerte Besonnenheit der Bevölkerung auf den Terror. Hat er sonst noch etwas gesagt? Ach ja, die tiefe Trauer der Angehörigen teile man natürlich auch, war irgendwann zu hören.

Zuviel Pomp und Pathos in Frankreich?

Das klingt eher nach Verdrängungskult statt nach Trauerkultur. Der Verdacht liegt nahe, dass die Verantwortlichen es möglichst vermeiden, die blutigen Folgen ihrer Regierungsentscheidungen etwa in der Einwanderungspolitik öffentlich zu zelebrieren. „Den Deutschen geht es gut wie nie zuvor, und Multi-Kulti ist prima“, heißt die allein seligmachende Botschaft. Mit Trauerflor lässt sie sich nicht predigen.

Die regierungstreue Presse feierte den Akt im Bundestag trotzdem. Eine Redakteurin der „FAZ“ mokierte sich gar über Pomp und Pathos der Trauerzeremonien anderer Länder. Der reinste „Schlamassel“ wäre es hierzulande, eine „Art Standard des Gedenkens zu etablieren“. Diskretion sei wichtig. Deutschland solle stolz darauf sein, dass es gelungen sei, die Opfer der Angehörigen so gut vor der Öffentlichkeit abzuschirmen.

Das ist richtig und falsch zugleich. Terroranschläge sind „man-made disaster“, erklärt die Psychologin Jutta Helmerichs. Wer mit Mord und Totschlag konfrontiert werde, trage ein wesentlich höheres Risiko, langfristige psychische Störungen zurückzubehalten als die Betroffenen einer Naturkatastrophe. Linderung der traumatischen Folgen verschafft das Wissen um eine konsequente Aufklärung der Tat. Übergroße mediale Aufmerksamkeit, rücksichtlose Journalisten, denen es um die Story und nicht um die Menschen geht, bewirken das Gegenteil. Ganz anders aber verhält es sich mit der öffentlichen Würdigung durch staatliche Instanzen. Als Signal des Zusammenhalts und Beistands sei dies für die Betroffenen, so Helmerichs, von zentraler Bedeutung.

Die Psychologin wäre eine ausgezeichnete Ratgeberin für die deutschen Politiker. Sie leitet das Referat Psychosoziales Krisenmanagement im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastro-

Ziemlich beste Feinde

Die Türkei und Deutschland – Dutzende Streitpunkte trennen derzeit beide Länder – Das war nicht immer so

So geht's: Manchmal werden aus dicken Freunden die schlimmsten Feinde. Zwischen Türken und Deutschen kriselt es gerade gewaltig. Erdogans jüngster Abstimmungserfolg in Sachen Verfassungsänderung scheint die Gräben zwischen beiden Nationen noch zu vertiefen. Das war nicht immer so, weiß *PAZ*-Autor Ingo von Münch. Er blickt auf die spannende Beziehungshistorie der beiden Länder zurück. Deutlich wird dabei auch, wer tatsächlich die Schuld am heutigen Zerwürfnis trägt.

„Die Türken vor Wien“ war im Jahr 1683 eine panische Angst. Spricht heute jemand über „die Türken in Berlin“, ist es nicht mehr als eine alltägliche Situationsbeschreibung. Trotzdem befinden sich die türkisch-deutschen Beziehungen zurzeit auf einem Tiefpunkt.

Das war nicht immer so – im Gegenteil: Im 18. Jahrhundert pflegte man in Europa die „Turquerie“, ein intensives europäisches Interesse an der Kunst und Kultur des Morgenlandes. Das führte zu freundschaftlichen Beziehungen vor allem mit Preußen. Die Karriere des Christian Friedrich Aly zeigt, wie aufgeschlossen man damals dem Orient und seinen Menschen gegenüberstand. Aly war ein in Kriegsgefangenschaft geratener osmanischer Soldat. Sein ursprünglicher Name ist unbekannt. 1711 brachte es der strebsame Immigrant unter Friedrich I. bis zum „Stadthauptmann“ in Charlottenburg (*PAZ* 47/2016, Seite 11).

Friedrich der Große, auf den die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794 zurückgeht, etablierte ein Kavallerieregiment aus muslimischen Tataren. Die Hansestädte schlossen 1839 einen „Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag“ mit dem Osmanischen Reich. Neben dem Handel entwickelten sich intensive Beziehungen auf militärischem Gebiet: Auf Bitten von Sultan Abdülhamid II. entsandte Bismarck 1883 Colmar Freiherr von der Goltz als Fachmann für das Militärbildungswesen an den Bosporus mit dem Auftrag, die Kadettenschulen und Kriegsakademien grundlegend zu modernisieren.

Der Erste Weltkrieg sah die Türkei als einen der Verbündeten des Deutschen Reiches. Vom türkischen Kriegsgeschehen in Erinnerung geblieben sind insbesondere die Schlacht von Gallipoli mit dem deutsch-türkischen Oberbefehlshaber Otto Liman von Sanders und die Kampfeinsätze der zwei deutschen – der türkischen Marine unterstellten – Kriegsschiffe „Goeben“ und „Breslau“ im Schwarzen Meer. Auf dem Kleinen Kreuzer „Breslau“ hat der spätere Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Karl Dönitz als Wachoffizier gedient und später die Fahrten beschrieben.

Im Zweiten Weltkrieg blieb die Türkei neutral und bot zahlreichen während der NS-Zeit verfolgten deutschen Wissenschaftlern Zuflucht und Beschäftigung, zum Beispiel dem späteren Regierenden Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter und dem späteren Rektor der Freien Universität Berlin Ernst E. Hirsch. Der Beitrag der deutschen Exilwissenschaftler zur türkischen Kultur, insbesondere auch zur Rechtskultur, kann nicht überschätzt werden. Erwähnenswert auch: 1945 schlug sich die Türkei im Gegensatz zu vielen anderen Ländern nicht auf die Seite der Siegermächte, um sich wohlfeil an deutschen Reparationsleistungen zu bedienen.

16 Jahre später, am 30. Oktober 1961, unterzeichneten Vertreter beider Staaten dann Vereinbarung über die Vermittlung türkischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik. Türkische Gastarbeiter strömten nach Deutschland. Beendet wurde der Zuzug erst durch den sogenannten Anwerbestopp von 1973.

Beendet scheint zurzeit auch die traditionelle Freundschaft. Die früheren wechselseitigen Bekundungen dieser innigen Beziehung lesen sich heute wie Sprüche in einem vergilbten Poesiealbum. Anlässlich von deutsch-türkischen Kreditverhandlungen schrieb der damalige türkische Staatspräsident General Camal Gürsel 1961 an Bundeskanzler Konrad Adenauer: „Ich hebe auch gern die Tatsache hervor, dass die zwischen der türkischen Regierung und der Bundesregierung bestehenden engen freundschaftlichen Beziehungen auf den Gefühlen der Sympathie, der Brüderlichkeit und der gegenseitigen Wertschätzung beruhen.“ Die so gepriesene Freundschaft hielt lange. Mesut Yilmaz, Ministerpräsident der Türkischen Republik resümierte 1997: „Es gibt kein Land, mit dem die Türkei intensivere, vielfältigere, umfangreichere und komplexere Beziehungen hat als mit Deutschland.“

Deutsche prägten im 20. Jahrhundert die türkische Kultur

„Die schönen Tage in Aranjuez sind nun zu Ende“ heißt es in Schillers „Don Carlos“, und so könnte wohl auch das gegenwärtige Verhältnis der Staatsspitzen in unseren beiden Ländern zueinander beschrieben werden Die tiefgreifende Krise schwelt bereits seit einigen Jahren. Gezündelt hatte Erdogan schon in seiner umstrittenen Kölner Rede vor 16 000 Türken und türkischstämmigen Deutschen im Februar 2008. Darin warnte er seine Zuhörer, „sich einer Assimilation zu unterwerfen“. Sie wäre „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Von deutscher Seite wurde Öl ins Feuer gegossen mit den offiziellen Stellungnahmen zum 100. Jahrestag des Beginns des Massakers an den Armeniern 1915. Nachdem Bundespräsident Gauck in einer Rede im Berliner Dom das Massaker als „Völkermord“ scharf kritisiert hatte, entgegnete das türkische Außenministerium, der Bundespräsident habe „kein Recht, die türkische Nation eines Verbrechens zu beschuldigen, das sie nicht begangen hat“. Das türkische Volk werde Gaucks Äußerungen „nicht vergessen und nicht vergeben“.

Weitere Streitanlässe sind hinzugekommen: Zu nennen sind das unselige Böhmermann-Gedicht sowie die Verhaftung des Journalisten Deniz Yücel (*PAZ* 9/2017, Seite 1). Hinzu kommen die fortdauernden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union, die Kontroversen um öffentliche Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland, der Vorwurf geheimdienstlicher Tätigkeit bei der Bespitzelung türkischer Oppositioneller hierzulande und die Androhung der Kündigung des mit der EU geschlossenen Flüchtlingspakts. Die von Erdogan angestellten Vergleiche deutschen Handelns mit Nazi-Methoden sorgen für zusätzliche Schärfe.

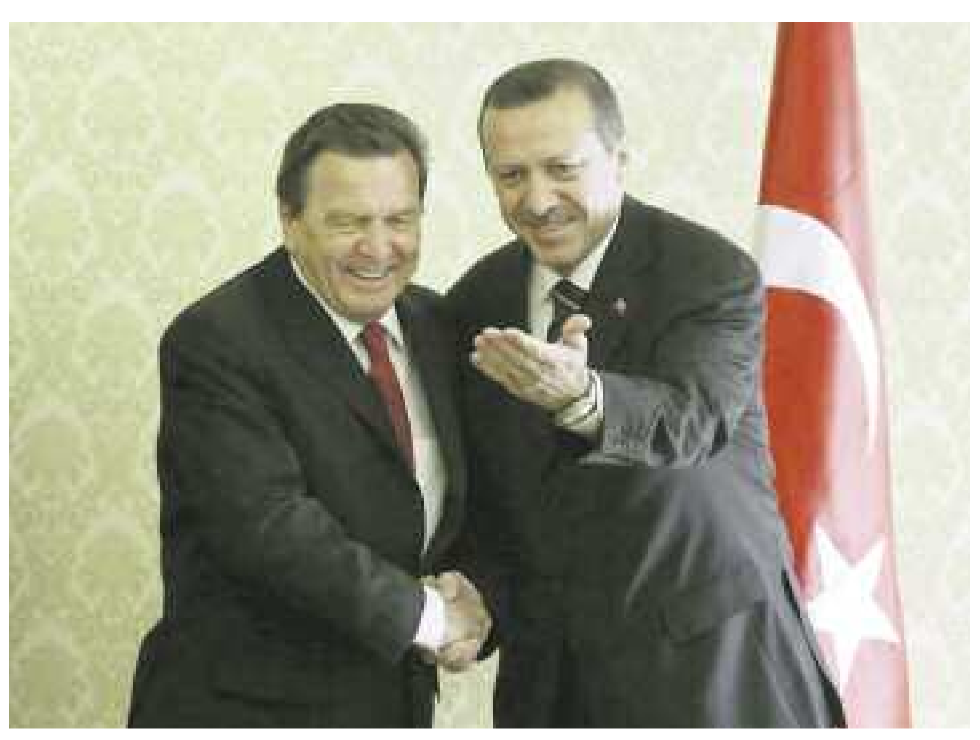
Kein Zweifel: Die Staatsspitzen – nicht die Völker – der Türkei und Deutschlands liegen miteinander im Streit. Was ist zu tun? Das Völkerrecht kennt einen ganzen Katalog von Mitteln zu friedlicher Streitbeilegung, ohne dass die Angelegenheit vor einem Gericht ausgetragen wird. Es gibt Verhandlungen, Gute Dienste, Vermittlung, Untersuchung und Vergleich.

Die Verhandlungen können schriftlich, durch sogenannte Noten, oder mündlich erfolgen. Als Gute Dienste bezeichnet man das Anerbieten eines Dritten am Streit nicht Beteiligten, die Streitparteien zur Aufnahme von Verhandlungen zu bewegen und ihnen dabei technische Hilfe zu gewähren, zum Beispiel indem ein Konferenzort bereitgestellt wird.

Bei der Vermittlung unterbreitet ein wiederum am Streit nicht selbst Beteiligter einen Lösungsvorschlag. Eine Untersuchungskommission stellt aufgrund einer Beweiserhebung die dem Streitfall zugrundeliegenden Tatsachen fest, ohne daran rechtliche oder politische Folgerungen zu knüpfen. Beim Vergleich stellt eine Kommission, der Mitglieder der Streitparteien selbst angehören, zunächst die Tatsachen des Streitfalles fest und unterbreitet sodann den Steitparteien einen – sie nicht bindenden – Vergleichsvorschlag.

Der Überblick zeigt allerdings, dass alle diese Instrumente – übrigens ebenso wie eine richterliche Streitbeilegung – nicht geeignet sind, das türkisch-deutsche Verhältnis zu normalisieren; denn es geht hier nicht um den üblichen völkerrechtlichen Streitfall eines Gebietsanspruches oder einer finanziellen Forderung sondern um Atmosphäre und um Vertrauen. Beides ist nicht justiziabel. Auch die „Einbestellung“ des Botschafters hilft erfahrungsgemäß nicht. So bleibt wohl nur: Ruhe bewahren und auf die Heilkraft von Zeitablauf hoffen.

Der Autor: Als Jurist, Publizist und Politiker (FDP) ist Ingo von Münch (84) bekannt. Der emeritierte Professor für Verfassungs- und Völkerrecht hat sich unter anderem als Kommentator des Grundgesetzes einen Namen gemacht hat. Vom 2. September 1987 bis zum 26. Juni 1991 war er Senator für Wissenschaft und Kultur sowie Zweiter Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Sein Buch „Frau, komm! Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45“ brach erstmals das Schweigen zu einem deutschen Tabu-Thema.



„Gefühle der Sympathie, der Brüderlichkeit und der Wertschätzung“: Der damalige Kanzler Gerhard Schröder mit Recep Tayyip Erdogan bei einem Türkeibesuch im Jahr 2005

Bild: action press



Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 21. April 2017

MELDUNGEN

Memeler Schlossträume

Memel – Auch in Memel wird darüber beraten, das Schloss der Stadt, die einstige Mümmelburg, wieder zu errichten. Einstweilen denkt man freilich angesichts knapper Kassen lediglich an eine optisch rekonstruierende Fassadenplane, die ähnlich wie beim inzwischen bereits im Wiederaufbau befindlichen Berliner Schloss Werbung für das Schlossprojekt machen soll. Wenn das alte Stadtbild ankommt, will man Gelder für einen echten Wiederaufbau einwerben. Nach aktuellen Schätzungen sollen sich 85 Prozent der Architektur des Schlosses anhand der vorhandenen Unterlagen entsprechend dem Vorkriegszustand wiederherstellen lassen. *T.W.W.*

Zu viele Elche

Allenstein – Die Population der Elche im südlichen Ostpreußen hat sich im Laufe von zehn Jahren verfünffacht. Zurzeit leben in dieser Region ungefähr 3000 dieser Tiere. Die Landwirte bemühen sich darum, das Moratorium aus dem Jahre 2001, wonach es verboten ist, die Tiere zu schießen, aufzuheben. Im Laufe der letzten zehn Jahre sind die durch die Elche verursachten Schäden um das Sechsfache gestiegen. Jährlich beträgt im südlichen Ostpreußen die Entschädigung, die der Staat auszahlen muss, 600 000 Zloty (rund 141 000 Euro). In Allenstein findet zurzeit die Hauptversammlung der ermländisch-masurischen Landwirtschaftskammer statt. Die Landwirte möchten eine Begrenzung der Population der Wildtiere, darunter auch die der Elche, sowie einen größeren Einfluss auf die Anfertigung der Jagd-Pläne. Das Aufstellen von Jagd-Plänen ist Aufgabe der Kammer. *PAZ*

Protest wegen Schweinestall

Treuburg – Die Treuburger Stadtverordneten nahmen einstimmig eine Resolution an, mit der sie gegen den Bau eines großen Schweinestalles nur zwei Kilometer von der Stadt entfernt protestieren. Ein privater Investor will im nahegelegenen Imionken 24 000 Schweine züchten. Die Stadtverordneten befürchten, dass durch eine solche Investition Treuburg viel von seiner Attraktivität verlieren wird. Mit der Resolution wenden sie sich daher an die Woiwodschaftsbehörden, damit ihr Protest bei der Umweltentscheidung berücksichtigt wird. Bürgermeister Waclaw Olszewski meint, dass die Touristen um die Stadt einen Boden machen würden, wenn sich in ihrer Nähe ein großer stinkender Schweinestall befindet. Zunächst muss nun die regionale Umwelt-Direktion gegenüber dem Investor eine Umweltentscheidung treffen. Erst danach sind die Behörden der Stadt Treuburg zuständig. *PAZ*

Planetarium im Eisenbahntor?

Nach erneuter Ausschreibung: Investor pachtet die Königberger Befestigungsanlage für fünf Jahre

Es ist wenig bekannt und doch eines der sieben Königsberger Stadttore, das Kriegsbeschädigungen und Verfallserscheinungen überstand: Das Eisenbahntor auf dem Deutschordenring. Ein neuer Investor will dort ein Planetarium unterbringen.

Ganz in der Nähe des Mahnmals für die 1200 Gardisten am Deutschordenring [Gwardejskij Prospekt] gibt es eine Sehenswürdigkeit, die bis vor Kurzem den meisten heutigen Königsbergern unbekannt war. Viele hatten bislang dem Eisenbahntor keine Beachtung geschenkt oder wussten einfach nichts von seiner Existenz. Während die anderen Stadttore wie das Friedländer, das Königsoder das Sackheimer Tor allen Städtern und Touristen wohl bekannt sind, fristete das Eisenbahntor ein eher tristes Dasein.

Das auch Eisenbahntor genannte Bauwerk ist eines der sieben erhaltenen Tore von Königsberg. Auf dem Tor ist eine Inschrift erhalten geblieben mit dem Baudatum 1866 bis 1869. Konzipiert hatte es der Architekt Ludwig von Aster. Es hat zwei Durchfahrten, gekrönt von Bögen, und die Portale der Tore sind mit Kunstziegeln verziert. Eine Besonderheit des Tores ist das Vorhandensein von Reliefs. Die Festung verfügte über einen Mechanismus, bei dem feste Balken wie eine Gardine im Falle einer Verteidigung in Mauernischen hineingelegt werden konnten, die ein Eindringen von außen verhinderten.



Bild: J.T.

Wenig beachtet, aber kein hoffnungsloser Fall: Bald könnten Touristen den Weg zum Eisenbahntor finden

Über das Eisenbahntor führte einst die Bahnlinie nach Pillau, doch als die Festungen im Stadtzentrum abgebaut wurden, verlegte man über den ehemaligen Wall die Straße Deutschordenring. Da ein neuer Eisenbahnzweig nach Pillau gebaut worden war, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Strecke über das Eisenbahntor nicht mehr benötigt. Allerdings wurden die Schienen zunächst nicht abgebaut, sondern blieben an Ort und Stelle. Mit den Jahren waren sie von Gras und Gestrüpp überwuchert. Die Eisenbahnschienen wurden erst entfernt, als der Park mit dem Denkmal der 1200 Gardisten angelegt wurde. Zu dieser Zeit wichen die Schienen einem Gehweg.

Im Frühjahr 2007 wurde das Tor der einstigen Stadtbefestigung dem Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst übergeben. Seit dieser Zeit wurde das Eisenbahntor restauriert und mit einer Beleuchtung versehen. Im Park wurden Laternen und Toilettenhäuschen aufgestellt. Letztere sind jedoch die meiste Zeit geschlossen und ähneln eher Schaustücken als funktionierenden Einrichtungen für den Gebrauch.

Vor Kurzem fand endlich eine Ausschreibung für die Unterbringung von Kulturobjekten auf dem Gelände des Tores statt. Vier Kandidaten hatten ihre Bewerbung eingereicht. Am Ende blieb allerdings nur ein einziger übrig, der als konkurrenzloser Teilnehmer dann auch den Zuschlag bekam. Es war der Privatunternehmer Konstantin Guskow, der sich im Bereich von Filmvorführungen betätigt. Er erhielt einen Pachtvertrag für das Eisenbahntor als Objekt des kulturellen Erbes von regionaler Bedeutung. Das Gebäude hat eine Größe von über 170 Quadratmetern. Guskow kann es für eine Pacht in Höhe von umgerechnet knapp 36 000 Euro fünf Jahre lang nutzen. Dem neuen Pächter schwebt vor, ein Planetarium in der Festungsanlage einzurichten. *Jurij Tschernyschew*

Elbing verleiht Kulturpreise

Vor allem junge Förderer der Stadt erhielten Auszeichnungen

Anfang April 2017 fand die Verleihung des Elbinger Kulturpreises für das Jahr 2016 im Altstadtrathaus statt. Ihr Zweck ist die Auszeichnung und die Unterstützung von Elbinger Künstlern, die außergewöhnliche Leistungen für das kulturelle Leben der Stadt erbracht haben.

Im Rahmen der Elbinger Kulturpreise wurden Stipendien, der Preis des Präsidenten von Elbing, der Preis für das „Event des Jahres“ und der Preis eines „Kulturschöpfers“ vergeben. Für die einzelnen Auszeichnungen durften sich sowohl Privatpersonen als auch Institutionen bewerben.

Ein Stipendium erhielten in diesem Jahr 20 künstlerisch talentierte Personen. Die meisten waren Schüler der Staatlichen Musikschule von Elbing. Unter den Empfängern eines Stipendiums war Kamil Zimnicki. Er ist Mitorganisator der Initiative „ziElbing“ und des Zyklus "Ich bin kulturell". Er initiiert und koordiniert viele Projekte im Bereich des Tourismus und der Geschichte von Elbing. Ebenso ist er Regisseur und Drehbuchautor des Films „Die Elbinger Fasanerie“ (2014). Er ist mit der Polnischen Touristischen Landeskundlichen Gesellschaft in Elbing professionell verbunden. Das Stipendium in Höhe von 1000 Euro wird für einen Kurzfilm mit Beteiligung der Bewohner von Elbing eingesetzt. Der Film wird sich mit Fragen über die lokale Identität beschäftigen. Es sollen unter anderem Aufnahmen mit Eigentümern und Mitarbeitern von Unternehmen durchgeführt werden, die auf dem lokalen Markt tätig sind und zur Förderung der Stadt Elbing beitragen. Neben dem Film wird es eine fotografische Dokumentation geben. Die Fotos werden während der Dreharbeiten aufgenommen. Von den interessantesten Bildern soll anschließend eine Fotoausstellung mit insgesamt 50 Aufnahmen gezeigt werden.

> Zu den Preisträgern gehörte auch die Stadtbibliothek

Carolina Kardas erhielt die Auszeichnung des Präsidenten von Elbing. Sie ist Absolventin der Fakultät für Malerei an der Akademie der Bildenden Künste in Danzig und Doktorandin des Promotionsstudiums an der Akademie der Schönen Künste in Krakau. Sie malt, erschafft Objekte, Kurzfilme und sogenannte site-specific Installationen. Ihr Abenteuer mit der Kunst begann im Jugendkulturhaus im Studio von Catherine Smeja-Skulimowski. Kardas' Arbeiten können bereits am 12. Mai in der Galerie EL während des Elbinger Salons bewundert werden.

Den Preis des „Kulturschöpfers“ erhielt Wojtek Minkiewicz, Gründer des Musikklubs „Mjazzga“. Der Klub ist eine der angesagtesten Institutionen des privaten Sektors. Sein Ziel ist es, das kulturelle Angebot in Elbing zu erweitern. In „Mjazzga“ treten Künstler auf, deren Stil als außergewöhnlich gilt und die schon mit polnischen Kulturpreisen ausgezeichnet wurden. 2016 zählte der Klub im Stadtführer von Filip Springer zu den empfohlenen Orten Elbings. Minkiewicz hat bereits im Jahr 2011 den Preis des Präsidenten von Elbing für seine Kulturpolitik erhalten.

Im Rahmen der Elbinger Kulturpreise wurde auch der Lorbeerkranz in der Kategorie „Event des Jahres“ vergeben. Er ging an die Elbinger Bibliothek, die im vergangenen Jahr eine Reihe von Treffen für Senioren unter dem Titel „Grünsommer in der Bibliothek“ organisiert hatte. Die Veranstaltungen galten Kräutern und ihrer Verwendung in der Küche. *Leszek Chaburski*

Machtkampf-Opfer

Königsberger Domorganist entlassen

Der bisherige Direktor des Königsberger Doms, Arkadij Feldmann, ist von seinem Posten zurückgetreten. Zu seiner Nachfolgerin bestellte Gouverneur Anton Alichanow Vera Tariwerdijewa, die Witwe des bekannten armenisch-georgischen Filmkomponisten der Sowjetära, Mikael Tariwerdijew. Die Musikwissenschaftlerin hat bereits angekündigt, wegen ihrer Verpflichtungen als Vorsitzende der Tariwerdijew-Stiftung und Künstlerische Leiterin des Tariwerdijew-Wettbewerbs für Organisten nur zehn Tage im Monat in Königsberg verbringen zu können. Ihr Gehalt spendet sie dem Dom-Museum.



Bild: Kulturbrücke/Archiv PAZ

Vielen Ostpreußen von Besuchen im Königsberger Dom bekannt: Artjom Chatschaturow

Mit Feldmans Rücktritt verlor auch der bisherige langjährige Domorganist Artjom Chatschaturow, der schon zu Zeiten des früheren Domdirektors Igor Odinzow fest angestellt war, bereits mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 seine Stelle. Vorausgegangen war offenbar ein Machtkampf zwischen Odinzow und seinen Nachfolgern, denen Chatschaturow zum Opfer fiel. Vermutlich war es seine Loyalität gegenüber seinem früheren Chef Odinzow, die ihn bei dessen Nachfolgern unbeliebt machte.

Als nun die neue Domdirektorin Tariwerdijewa Anfang März einen Wettbewerb für zwei neue Domorganisten ausschrieb, wurde Chatschaturow als Bewerber ausgeschlossen. Mit der Stelle verlor der Ex-Domorganist auch seine Zwei-Zimmer-Wohnung, die ihm der damalige Domherr verschafft hatte. Im Königsberger Gebiet findet Chatschaturow keine Anstellung als Organist mehr und muss sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser halten. *T.W.W./PAZ*

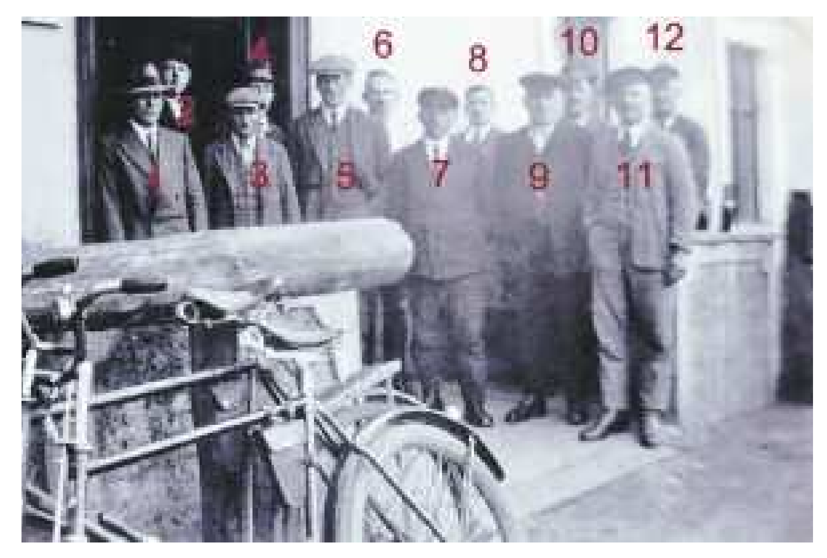


Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da hatte ich richtig vermutet, als ich in Folge 14 meinte: Da wird Herr Höhne wohl sehr überrascht sein, wenn er die schnelle und ausführliche Beantwortung seiner vielen Suchfragen liest. **Manfred Höhne** hatte sich als „letzte Instanz“ an uns gewandt, weil er auf seiner Suche nach Angaben über mehrere Gutshäuser im nördlichen Ostpreußen mit Schwerpunkt Remontezucht nicht weiter kam. Wir hatten diese präzise gestellten Fragen in Folge 12 veröffentlicht und ebenso präzise kamen die Antworten – aus der Schweiz, wo unser Landsmann **Walter Betschart** lebt, der seine fundierten Kenntnisse über dieses Thema an den Suchenden weitergeben konnte. Er hatte uns auch seine Ausführungen zugesandt, und so konnten wir bereits kurz nach der Veröffentlichung den Erfolg in unserer Kolumne vermelden. Wenig später kam dann die E-Mail von Herr Höhne, in der er sich für die hilfreiche Unterstützung bedankt, die eine unerwartete Reaktion erbracht hätte: „Ein kenntnisreicher Ostpreuße hat mir mehrere ausführliche Berichte geschickt, die mich in die Lage versetzten, wesentlich kompetenter die Geschichte des Ortes dazustellen. Darüber habe ich mich sehr gefreut und möchte Sie gerne als Urheber an dieser Freude teilhaben lassen. Nochmals vielen Dank.“ Und wir wünschen Manfred Höhne weiterhin Erfolg für seine selbstgewählte Aufgabe, auf seiner Website „ostpreussen.net“ das alte Ostpreußen bis in die kleinsten Dörfer hinein zu erfassen.

Und irgendwie hatte ich auch vermutet, dass sich unser „Königsberger Wanderer“ melden würde, wenn er die Abbildung der Orang-Utan-Skulptur des Bildhauers Arthur Steiner in Folge 12 entdeckt. Denn wenn diese erhalten geblieben und noch heute in Königberg irgendwo zu sehen ist, hätte sie **Joern Pekrull** längst abgelichtet. Hat er auch, denn das Kunstwerk existiert tatsächlich und dazu an einem dafür prädestinierten Platz. Aber das soll Joern Pekrull selber erzählen: „Die Ausführungen von Herrn **Johannes Fellner** zu den Besuchen des Bildhauers Arthur Steiner im Hause seines Großvaters und den Eindruck dieser Besuche auf seine Mutter haben mir sehr gefallen. Dank für Frau **Renate Fellner** für die Mitteilung ihrer Erinnerungen. Es sind Details wie diese, welche die heute noch in Königsberg vorhandenen Zeugnisse wie die Skulptur „Kind mit Katze“ sprechen lassen. Sie tragen uns zurück in das Seelenleben der Stadt, lassen es weiter leben und bestätigen einmal mehr, wie bedeutsam es ist, auch kleinste Erinnerungen zu bewahren. Die Ausführungen enden mit der Frage nach dem Verbleib eines von Arthur Steiner modellierten Affen. Dazu haben Sie ein schönes altes Foto gestellt, das den Orang-Utan zeigt, der vor dem Haus des Künstlers in der Krausallee stand. Deshalb interessiert es Sie und die Leserinnen und Leser zu wissen, dass dieses Kunstwerk nun im Königsberger Tiergarten einen Platz gefunden hat. Es steht inmitten eines schön angelegten Blumenbeetes vor dem Affenhaus, also nicht weit entfernt von seinen lebenden Artgenossen. Ich traf ihn auf einer Wanderung, und er war sogleich damit einverstanden, für die Ostpreußische Familie Positur einzunehmen.“ Das hat er dann auch getan, vielmehr hat Joern Pekrull ihn in das rechte Licht gerückt und übersendet uns nun zwei Aufnahmen, auf denen die Skulptur an ihrem jetzigen Platz zu sehen ist. Leider können wir nicht so kurz hintereinander Bilder mit dem gleichen Motiv bringen – die Physiognomie des Affen hat sich ja nicht geändert – so müssen also die Aufnahmen noch etwas warten, und da es sich um schöne Sommerbilder handelt, sparen wir sie uns für die Reisezeit auf mit einem kleinen Hinweis für Königsbergfahrer, bei einem Besuch im Königsberger Tiergarten auf dieses Werk des Königsberger Bildhauers besonders zu achten. Frau Feller aber wird nun beruhigt sein, denn sie hat jetzt die Gewissheit, dass diese monumentale Skulptur des Freundes ihres Großvaters noch immer vorhanden ist und ihren adäquaten Platz gefunden hat. Ein herzliches Dankeschön an den „Königsberger Wanderer“:

Auch Frau **Karin Matray** geht regelmäßig auf Wanderschaft – aber sie hat einen langen Weg bis zu den Wäldern ihrer Kindheit, denn die liegen in Masuren, und Frau Karin lebt in Frankreich. Trotzdem zieht es sie seit 30 Jahren immer wieder dorthin, wo ihr Vater Förster war: nach Gortzen, 12 Kilometer von Arys entfernt. Über alle Grenzen hinweg hat sich eine Freundschaft angebahnt, die gar nicht so selbstverständlich ist, denn sie verbindet die alten und neuen Bewohner der Försterei nicht nur in der Liebe zu der masurischen Landschaft, sondern auch in der gemeinsamen Aufarbeitung der Vergangenheit: Karin Matray und die polnische Försterfrau **Milka Jung** betreiben gemeinsam Heimatkunde. Das Försterkind Karin, 1940 geboren, kann sich natürlich kaum noch an die Kinderzeit in den masurischen Wäldern besinnen, aber ihre Familie hat die Erinnerung wach gehalten und sie an die Tochter weiter gegeben, die sie nun an Milka Jung übermittelt. So hat sie auch die geretteten Aufnahmen vom „Wolfsnest“, dem alten Forsthaus von Gortzen und Wolfsheide, bereits der polnischen Förstersfrau überlassen. Aber die beiden Frauen beschränken sich nicht nur auf die Försterei, sondern ziehen auch das weitere Gebiet mit ein. „Wir machen zusammen Ortskunde von Dörfern, die es nicht mehr gibt“, schreibt Karin Matray aus dem französichen Pouilly, und da ihr zu einer bestimmten Angelegenheit noch Angaben fehlen, die sie von ihrem jetzigen Wohnort aus nicht bearbeiten kann, wendet sie sich an unsere Ostpreußische Familie. Ihre Hoffnung stützte sich auf Erfahrungen, die sie und Frau Milka auf ihrer gemeinsamen Spurensuche bereits gewonnen haben. So bekamen sie Fotos und Berichte über einige Familien, die bis zur Flucht dort gelebt hatten, sogar aus England.



Männergruppe aus dem masurischen Gortzen Bild: Geede

Und nun erhielt Frau Matray ein Foto, das eine Gruppe Männer aus Gortzen zeigt, die vermutlich vor dem Gasthaus Schlimm stehen. Es wurde wohl Anfang der 30er Jahre aufgenommen und die darauf Abgebildeten sind Männer „im besten Alter“, die wohl gerade von einer Gemeindesitzung kommen. Sie selber werden als Zeitzeugen nicht mehr zu Verfügung stehen, ihre Nachkommen sind nun angesprochen, obgleich es für die Enkel auch nicht leicht sein wird, den Opa auf dem alten Foto zu erkennen. Da helfen vielleicht die Namen weiter, von denen einige vermerkt sind und den abgebildeten Personen zugeordnet werden können. Dazu gehören: Pogorzelski (1), Franz Reisenauer (3), Hans Rostejus(4), Leopold Posegga(5), Fritz Kulinna (6), Gastwirt Schlimm (8), Hermann Reisenauer (9), Leopold Rostejus (10), Johann Hoffmann (11). Die Namen der mit den Nummern 2, 7 und 12 gekennzeichneten Männer sind unbekannt. „Es würde für mich eine große Freude sein, die fehlenden Namen zu erfahren“, schreibt Karin Matray, die über diese spezielle Frage hinaus die Leserinnen und Leser aus ihrem alten Heimatkreis bittet, ihr alles mitzuteilen, was sie noch über Gortzen wissen, wobei sie sich über die Schilderung von besonderen Ereignissen besonders freuen würde. Vielleicht leben noch Angehörige der Familien Kirsch und Salamon – zwei Namen, die ihre Mutter immer genannt hatte. Ich hoffe, dass unsere Ostpreußische Familie die selbstgewählte Heimatkunde der beiden Frauen mit so unterschiedlicher Herkunft und Lebensweise unterstützen kann. (Karin Matray, 390 Chemin de la Plaine, 69400 Pouilly le Monial, France.)

In Folge 14 hatten wir kurz über die Königsberg-Ausstellung berichtet, die das Heimatmuseum in Krokow im ehemaligen Westpreußen zurzeit veranstaltet. Dieser Hinweis war aber nicht der alleinige Grund gewesen, dass sich die Kustodin des Museums, **Grazyna Patryn**, an mich wandte. Sie möchte die Ausstellung noch mit Material über den Reichssender Königsberg erweitern und lud mich ein, als eine der Letzten aus dem alten Mitarbeiterstamm über die Arbeit am Sender zu referieren. Das musste ich ja leider aus verständlichen Gründen ablehnen, aber ich übersandte ihr entsprechendes Material, darunter meinen im Jahr 2001 im *Ostpreußenblatt* erschienenen Bericht über ein damals im Ostheim stattgefundenes Seminar über den Reichssender Königsberg. Die Kustodin war sehr angetan und bat um weiteres Material, das sich für eine Ausstellung eignen würde. Da kann ich ihr helfen, denn ich besitze zum Glück mehrere Kassetten mit Vorträgen und Arbeitsproben von ehemaligen Mitarbeitern, die das Programm damals gestalteten. Es gab übrigens zwei Seminare, das erste fand 1998 statt und weil es so erfolgreich war, konzipierten wir ein zweites für 2001. Auszüge aus beiden Seminaren finden sich auf den Kassetten, die mir Frau **Friederike Preuß**, Wetzlar, aus dem Nachlass ihres Ehemannes **Hans-Jürgen Preuß**, dem versierten Referenten vieler Seminare, überließ. Nun kann ich Frau Grazyna Patryn einige Kassetten für die Ausstellung überlassen, und ein „reitender Bote“ hat sich auch schon eingefunden: Unser alter *Ostpreußenblatt*-Kollege **Horst Zander**, der jetzt auf dem „Lindenhof“ in Schimmerwitz-Wald in Hinterpommern lebt, wird sie Frau Patryn persönlich überbringen. Das ist eben unser „Netzwerk Ostpreußische Familie“.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de



Bild: Pawlik

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Nicht mehr als ein Alibi-Gedenken

800. Gründungsjubiläum der Stadt Oppeln ohne deutsche Akzente

Die historische Hauptstadt Oberschlesiens, Oppeln, ist heute Woiwodschaftshauptstadt und feiert dieses Jahr ihren 800. Geburtstag. Informationen zu dem Ereignis findet man auf der extra dafür eingerichteten Internetseite opole800.pl – übrigens auch in deutscher, wenn auch etwas holpriger Sprache: „Die Feierlichkeiten, die mit dem 800. Jubiläum der Stadt Oppeln verbunden sind, stellen eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Vorstellung einer der ältesten polnischen Städten, ihrer reicher Geschichte, Kulturvielfalt, darunter der polnischen, tschechischen, österreichischen, deutschen, jüdischen Kultur“ dar“, so der Einführungstext zum Gedenkjahr.

Wenn man jedoch die deutsche Kultur an vorletzter Stelle erwähnt, die böhmische Zeit als tschechische ausklammert, kann man ahnen, dass das Deutsche auch einen ebenso dürftigen Stellenwert im Veranstaltungsprogramm einnimmt.

Zwei Leuchttürme der Kulturlandschaft werden besonders hervorgehoben. Der Piastenturm, das Wahrzeichen der piastischen, und damit „urpolnisch“ gedeuteten Stadt und das „Festival des Polnischen Liedes“, das seit 50 Jahren im Oppelner Amphitheater daran erinnern soll, dass das „Oppelner Schlesien“ ewig polnisch bleibt. Übrigens wurde das „1000. Jahrestag-Amphitheater“, wie es auf opole800.pl auf Deutsch wörtlich übersetzt wird, 2015 durch Heinos Auftritt und das Erklingen des Schlesierliedes „Kehr ich einst zu Heimat wieder“ aus polnischer Sicht quasi entweiht. Aber wer hat das in der polnischen Mehrheitsbevölkerung schon mitbekommen?

Der einseitigen Darstellung seitens der Stadtverwaltung will die Organisation der Deutschen in der Woiwodschaft entgegenwirken. „Viele herausragende Persönlichkeiten lebten und wirkten in Oppeln, als die Stadt deutsch war. Bis heute finden wir hier viele Spuren deutscher Kultur und Architektur, viele Denkmäler“, so Rafal Bartek, Chef der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln. Die Jahresfeier sei eine gute Gelegenheit, diese Persönlichkeiten zu ehren und Kulturdenkmäler, die überdauerten, zu sanieren und mit Informationstafeln zu versehen.

> Bis heute finden sich viele Spuren deutscher Kultur

Bartek schlägt vor, das Mahnmal für Soldatenopfer des Ersten Weltkrieges, das der bedeutende Beuthner Bildhauer Thomas Myrtek schuf, zu renovieren. Des Weiteren wünscht sich Bartek eine Informationstafel an Felix Kupsch‘ Mahnmal für die Gefallenen der Oberpostdirektion und eine weitere am Eingangstor zur Oppelner Kathedrale, die von ehemaligen Gemeindemitgliedern gestiftet wurde. Ein ausgewiesener Stadtrundgang, der an Wohn- und Geburtshäusern bekannter Persönlichkeiten vorbeiführt, ist ein weiterer Vorschlag der Deutschen in Oppeln.

Die deutsche Oberschlesierin Joanna Rostropowicz, Herausgeberin zahlreicher kulturgeschichtlicher Publikationen über das deutsche Kulturerbe der Region, sieht im stetigen Verschwinden deutscher Spuren aus der Öffentlichkeit eine gezielte Politik. „Wir Oberschlesier hatten unsere Landschaft. Die Steine, Bäume, Gebäude – das alles bildete unsere Heimat. Und nun verschwindet ständig irgendetwas aus dieser Landschaft. Wir müssten doch einen Einfluss darauf haben, was bewahrt wird und was nicht“, so die Dozentin für antike Geschichte an der Universität Oppeln. Als Beispiel eines verschwindenden Kulturerbes nennt sie die ehemaligen Militärspeicher an Stadtrand. Von vier dieser Meisterstücke der Baugeschichte blieben zwei übrig, doch ihr Zustand ist katastrophal.

Seit Jahren versucht die resolute Professorin, im Stadtamt Verbündete zu finden, um die Speicher zu retten. Vergebens. „Wenn jemand mit diesem Land und seiner Geschichte und Kultur emotional nicht verbunden ist, dann stellt es für ihn keinen Wert dar. Deshalb fällt es diesen Menschen so leicht zuzulassen, dass Gebäude oder Denkmäler verfallen oder gar vernichtet werden. Ich nenne es Vernichtung unserer Kultur“, betont Rostropowicz.

Es bleibt abzuwarten, ob das überlieferte Erscheinungsbild des 800-jährigen Oppelns noch eine Chance hat. Schließlich wolle man einige Vorschläge der Deutschen umsetzen, versichert Katarzyna Oborska-Marciniak, Pressesprecherin der Stadt. Hoffentlich bleib es nicht bei der Informationstafel am gespendeten Eingangstor zur Kathedrale, wo doch die Stadt Heimat von Koryphäen wie dem Koran-Übersetzer Eduard Schnitzer (Emin Pascha) oder Theodor Kaluza hervorgebracht hat, der mit mehrdimensionalen Rechenkünsten als Wegbereiter der String-Theorie gilt. Die Stadt hat nun eben die Chance, eine deutsche Nebensächlichkeit als Alibi abzuarbeiten.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kowalzik, Erwin, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. April
Schneider, Ingeborg, geb. **Soergel**, aus Lyck, am 27. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Rohde, Carla, geb. **Schween**, aus Wehlau, am 26. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Martzian, Edith, geb. **Urban**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. April
Zachau, Marianne, geb. **Verbrüggen**, aus Wehlau, am 27. April
Ziemen, Walter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Biallowons, Erika, geb. **Tanski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 26. April
Fröhlich, Edith, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April
Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, v. Mackensen-Straße 2, am 25. April
Kelch, Gerda, geb. **Wollgramm**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 25. April
Kürten, Liesbeth, geb. **Bombor**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 21. April
Montro, Hildegard, geb. **Slembek**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April
Siese, Margarete, geb. **Nowotzin**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Trappe, Gerhard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Armstrong, Gerda, geb. **Mahrenholz**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 21. April
Babst, Erna, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. April
Bald, Irmgard, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 25. April
Eybe, Egon, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 27. April
Gorray, Johanna, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Kantereit, Herbert, aus Ragen, Kreis Angerapp, am 26. April
Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April
Peter, Anneliese, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 22. April
Sondermann, Else, geb. **Lusga**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April
Weber, Hildegard, aus Talken, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Benner, Eva-Maria, geb. **Desens**, aus Försterei-Damerau, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Bork, Waltraud, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 27. April
Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April
Herrmann, Albert, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. April
Koslowski, Ernst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. April
Salamon, Hildegard, aus Lyck, am 24. April
Trier, Erika Emmy, geb. **Mallwitz**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brey, Hedwig, geb. **Czichowski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 26. April
Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. April
Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. April
Herrmann, Ruth, geb. **Metzdorf**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 26. April
Hühn, Jutta, geb. **Kroehnert**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 22. April
Kammholz, Ursula, geb. **Preuß**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 24. April
Müller, Waltraud, geb. **Goetzie**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 27. April
Neumann, Gertrud, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. April
Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. April
Pottkämper, Elfriede, geb. **Bodemann**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Richter, Maria, geb. **Hill**, aus Rostken, Kreis Lötzen, am 26. April
Riedel, Emma, geb. **Gusek**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Schneider, Dorothea, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 21. April
Woller, Erika, geb. **Presszenk**, aus Madalenz, Kreis Neidenburg, am 25. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baltruschat, Hanni, geb. **Bloch**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Berger, Dorothea, geb. **Engelhardt**, aus Ebenrode, am 23. April
Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April
Bradke, Herta, geb. **Hoffmann**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 21. April
Bratsch, Ursula, geb. **Pauloweit**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Damitz, Werner, aus Bartenstein, am 26. April
Dorka, Helmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Dworrak, Heinz, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 27. April
Gräper, Gertrud, geb. **Topeit**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April
Kupfer, Erna, geb. **Schwarzlos**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 27. April
Laupichler, Willi, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 27. April
Müller, Renate, geb. **Loch**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Nemetz, Helmut, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 22. April
Obermüller, Eva, geb. **Wolff**, aus Wehlau, am 27. April
Puhlmann, Ursula, geb. **Hollwitz**, aus Wehlau, am 26. April
Schmidtmann, Friedhelm, aus Ortelsburg, am 27. April
Strick, Lotti, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 26. April
Sulewski, Bruno, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 26. April
Volkmann, Sieglinde, aus Treuburg, am 27. April
Wohlgemuth, Gertrud, geb. **Ijewski**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 27. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barzik, Reimund, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 22. April
Bossy, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. April
Brakemeier, Irmgard, geb. **Schmiegel**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. April
Brüllinger, Renate, geb. **Hundrieser**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 22. April
Cott, Erika, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 25. April
Edenhofer, Waltraud, geb. **Petereit**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 21. April
Felsch, Eleonore, geb. **Stankewitz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 25. April
Gratz, Elisabeth, geb. **Veit**, aus Buchholz, Kreis Preußisch Eylau, am 25. April
Jarchow, Irmgard, geb. **Kowalzik**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. April
Kloss, Irmgard, geb. **Demski**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 21. April
Lischensky, Charlotte, geb. **Mertsch**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 22. April
Noetzel, Bruno, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 23. April
Ott, Eva, geb. **Mittag**, aus Neidenburg, am 25. April
Peters, Edith, geb. **Stephan**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Pfeffer, Christa, geb. **Lüpke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 27. April
Rudnik, Helga, geb. **Hundrieser**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 22. April
Schachtschneider, Gertud, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 24. April
Schäfer, Christel, geb. **Feuersenger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 26. April
Schichel, Waltraud, geb. **Skwarra**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 24. April
Schmitz, Marie, geb. **Liss**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 24. April
Schubert, Elsbeth, geb. **Riethmüller**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 24. April
Schulz, Otto, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 24. April
Suchowitz, Adeltraut, geb. **Turner**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. April
Woydak, Frieda, geb. **Paul**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 26. April
Zilz, Ursula, geb. **Rasokat**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 103, am 23. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bellmann, Elfriede, geb. **Wessel**, aus Wehlau, am 24. April
Bertram, Adelheid, geb. **Mrotzek**, aus Treuburg, am 21. April
Bessel, Anita, geb. **Falk**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 27. April
Bürgel, Waltraud, geb. **Prygodda**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Czeczinski, Irene, aus Nickelshorst, Kreis Sensburg, am 26. April
Czinczel, Reinhard, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April
Dempke, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 25. April
Dorowski, Edith, geb. **Friedrich**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. April
Gerlach, Horst-Werner, aus Lyck, am 26. April
Harder, Gerhard, Kreisgemeinschaft Lyck, am 21. April
Hösel, Gerda, geb. **Franz**, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 22. April
Jendrysiak, Renate, aus Nieden, Kreis Johannisburg, am 23. April
Kuhr, Klaus, aus Königsberg, am 26. April
Lange, Helene, geb. **Auringer**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 23. April
Leitner, Margarete, aus Lyck, am 21. April
Minne, Vera, geb. **Krause**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. April
Oprotkowitz, Reinhold, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 22. April
Packheiser, Regina, geb. **Otto**, aus Wehlau, am 26. April
Palluck, Ulrich, aus Sieden, Kreis Lyck, am 27. April
Pentzek, Ingrid, geb. **Dannowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April
Ponelis, Elly, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 27. April
Pries, Erna, geb. **Bernecker**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 21. April
Ruhs, Doris, geb. **Wenk**, Kreisgemeinschaft Elchniederung, am 21. April
Schmitz, Gertrud, geb. **Salewsky**, aus Neidenburg, am 24. April
Selz, Rita, geb. **Anischewski**, aus Dunkeiken, Kreis Treuburg, am 26. April
Synowzik, Gerhard, aus Wehlau, am 27. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baumgart, Egon, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 21. April
Ihde, Elfriede, geb. **Kaulitzki**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 25. April
Kött, Renate, geb. **Carl**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 23. April
Kraska, Brigitte, geb. **Kleebaum**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Przygodda, Ingrid, geb. **Leimann**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 25. April

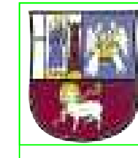
TERMINE DER LO

2017
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

29. April, 14.30 Uhr, Hotel-Restaurant Eynck, Petronilla-Platz 9, **48157 Münster:** Kirchspieltreffen Braunwalde. Informationen: Julius Wermter, Ginsterweg 48, 45149 Essen, Telefon 0177/5515972.



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Gespräche

22. April, Würselen: Nachbarschaftsgespräch der Elchniederung, Tilsit und Tilsit-Ragnit (nur Vorstandsmitglieder).



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Eydtkuhnen

1. bis 8. Mai, Hotel Augustin, Schwabthal 3, **96231 Bad Staffelstein:** 48. Eydtkuhner Treffen. Anmeldung und Informationen bei Wolfgang und Gisela Raeder, Telefon (2302) 800931.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Pillauer Heimatfreunde

22. April, 17 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 2, **24340 Eckernförde:** „Traumatische Erlebnisse auf Grund von Krieg und Vertreibung" – ein Mediziner und ein Historiker berichten. Ansprechpartner: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.

Neukuhren

6. Mai, Hotel Gorch Fock (Telefon 04503/8990), Strandallee 152, **23669 Timmendorfer Strand:** 24. Ortstreffen Neukuhren. Informationen: Dieter Weiß, Telefon/Fax (04763) 7275.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

28. April bis 2. Mai, DRK-Landesschule, Jägerweg 1, **Bad Pyrmont:** Stadttreffen Gerdauen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gumbinner zeigen Gumbinnen

Immer wieder hören wir von Landsleuten, die nach Ostpreußen gereist sind: „Es war alles gut, aber wir waren zu kurz in Gumbinnen!“

Nun planen wir im Vorstand der Kreisgemeinschaft vom 10. bis 18. August eine achttägige Busreise in die Heimat, die eine intensive Begegnung von Stadt und Kreis ermöglicht und die auch Gumbinner Nachkommen interessieren könnte, weil Zeit für eine intensive Begegnung mit Stadt und Land eingeplant ist. Wir möchten Zeit haben zum Verweilen, zum Plachandern, zum Sehen und zum Erinnern. Wir wollen auch die noch vorhandenen Kirchspieldörfer aufsuchen, um Altes zu suchen und zu finden, aber auch um Neues zu entdeken. Geleitet wird die Reise von Zeitzeugen, die sich besonders gut auskennen!

Die Organisation, die Fahrt und die Durchführung des Aufenthaltes sowie die Beschaffung des Visums liegen in den bewährten Händen des Reiseunternehmens Partner-Reisen – Grund-Touristik in Lehrte. Die Fahrt im modernen Reisebus beginnt und endet in Hannover. Geplant ist eine Zwischenübernachtung in Thorn inklusive Stadtführung. Es gibt sechs Übernachtungen mit Halbpension im Gumbinner Hotel Kaiserhof (Es ist renoviert, leider gibt es immer noch keinen Fahrstuhl!). Zum Programm zählen Busfahrten in die Stadt und in die Umgebung. Individuelle Taxifahrten werden organisiert. Auf der Rückreise wird in Schneidemühl übernachtet. Dort besteht die Möglichkeit einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal. Hier weitere Details zum Programm:

In Gumbinnen: Stadtbesichtigung, Besuch des Museums mit den „Deutschen Räumen“, der Salzburger Kirche und der Diakonie, Treffen mit der evangelischen Kirchengemeinde, Besuch in der Friedrichsschule mit dem großen Fresko, Besichtigung der neuen russisch-orthodoxen Kathedrale (auf dem Platz der ehemaligen Altstädter Kirche), Erkunden des Friedhofsgeländes mit dem heutigen Sportkomplex, Schlendern durch die renovierten Straßen und entlang der Pissa, Besuch des neuen Industriegebiets und des neuen Stadtteils mit dem Erinnerungspark. Auch den neuen Stadtpark Fichtenwalde wollen wir uns anschauen.

Im Kreis: Zu den Kirchspieldörfern fahren, und schauen was noch da ist, eine evangelische Landgemeinde besuchen, ebenso das Altenheim Carl-Blum-Haus, das von der Kirchengemeinde Gusev betreut wird, das gewaltige Rinderprojekt im Südkreis besichtigen, die romantischen Flüsse Angerapp und Rominte erleben, nach Wunsch halten.

Zusätzlich: Eine Visite bei den Helfern der Kriegsgräberfürsorge, die im Gumbinner Raum tätig sind, ein Besuch des Gottesdienstes in der Salzburger Kirche, eine Reise in die Rominter Heide mit Besichtigung des neuen Waldmuseums, das vom bewährten Reiseführer Sergej Pogudin betreut wird, ein zünftiges russisches Essen im Forsthaus Warnen, eine Fahrt zum ehemaligen Gestüt Zitzewitz in Weedern oder zum Deutschen Museum von Juri Userzow in Breitenstein. Kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte oder Folkloreaufführungen werden eingeplant. Fahrten nach Königsberg oder Tilsit sind möglich.

Weitere Auskunft bei Walter Fenselau, Telefon (05136) 2854, E-Mail: walter.fenselau@kreis-gumbinnen.de.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zinten-Land

21. bis 23. April, Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, **38707 Altenau/Harz:** Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Teutonen, Osnabrück: Frühjahrstreffen am 22. April, 14 Uhr. Ort; Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43. Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Heimatgruppe Köln: Treffen am Mittwoch, 26. April. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Hamburg: Monatstreffen mit buntem Programm am 3. Mai. Beginn ist um 12 Uhr. Ort: Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Kiel: Frühjahrsveranstaltung im Mai/Juni (Einladung erfolgt schriftlich), Veranstaltungsort: Matthias-Claudius-Kirche, Alte Dorfstraße 53, Kiel-Suchsdorf. Im September oder Oktober Neuauflage des „Ostpreußischen Nachmittags“. Weitere Monatstreffen finden bei Bedarf nach Ankündigung in der Kieler Presse statt. Nähere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

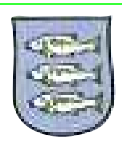


JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistreffen

1. Mai, 11.15 Uhr (Einlass), Gasthof Goldener Ring, Burgplatz 21, **Düsseldorf:** Kreistreffen. Anmeldung bei Paul Sobotta, An der Wardtpumpe 22, 46562 Voerde, Telefon (0281) 45657.

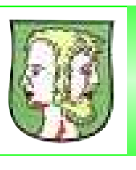


LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag über Siegfried Lenz

Sonnabend, 22. April, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt **Neumünster,** Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung): Ab 10 Uhr ist Gelegenheit, die Sonderausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff“ zu besuchen. Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag von Klaus Papies, Bremen, über „Siegfried Lenz – ein Lebensbild“. Klaus Papies veröffentlichte im Herbst 2016 nach langen Jahren des Sammelns und Forschens sein „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“ – mit einem Lob von Siegfried Lenz. Auch dieses Buch wird vorgestellt, angeboten und auf Wunsch vom Autor signiert. Der Eintritt in den Ausstellungsraum und zur Veranstaltung ist wie immer frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Regionaltreffen Nord

Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher (Telefon 0451/33517, www.burgfeldrestaurant.de), Am Burgfeld 1, **23568 Lübeck:** Regionaltreffen Nord. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Amtsbezirke

23. April, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten, Wildenau, Deutschheide, Wilhelmsthal, Rheinswein, Farienen, Friedrichshof, Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg.

6. Mai, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Kobulten, Steinhöhe, Mensguth und Willenberg.

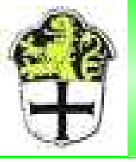


PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Kulturnacht

6. Mai, 18 Uhr, **Itzehoe:** Das Haus der Heimat nimmt Teil an der 15. Itzehoer Kulturnacht.,



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries.

Bilder, Fotos, Dokumente

Alle Bilder, Fotos und Dokumente, die in Verden in unserem Archiv bereits archiviert sind, haben wir dem Bildarchiv Ostpreußen zur Verfügung gestellt. Die Unterlagen wurden dort gescannt und soweit dieses möglich war, online gestellt.

So ist es möglich, dass alle unsere Landsleute, die Nachfolge-Generationen, Freunde und andere Interessierte an unserer Heimat diese Bilder unter www.bildarchiv-ostpreussen.de im Internet ansehen und kommentieren können.

Diese Art der Archivierung ist sehr sinnvoll, da solche Dokumente dann für alle Personen zugänglich und einsehbar sind und nicht in irgendwelchen Archiven vergessen werden – auch wenn diese haltbar in säurefreien Kisten verpackt sind.

Wir sind Dr. Schwarz und seinen ehrenamtlich arbeitenden Mitarbeitern sehr dankbar, dass Sie diese Arbeit für unsere Kreisgemeinschaft übernommen und inzwischen abgeschlossen haben. Alle Bilder und Dokumente befinden sich inzwischen wieder in unserem Archiv in Verden, wo sie auch während unseres Kreistreffens am 30. September in unserer Heimatstube in Verden eingesehen werden können.

Evelyn v. Borries



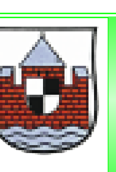
SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Ortstreffen und Kirchspieltreffen

22. April, 10 Uhr, Gaststätte „Zum Türmchen“, Oststraße 41, **45891 Gelsenkirchen-Erle:** Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden.

29. April, 8.30 Uhr, Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1, **59505 Bad Sassendorf:** 22. Kirchspieltreffen Sorquitten.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Kreistreffen

13. Mai, 10 bis 17 Uhr, Stadthalle Neuss: Treffen der Kreisgemeinschaft im Rahmen des Jahrestreffens der Landsmannschaft. Wer bereits am Freitag anreisen möchte, dem sei das Dorint-Hotel n unmittelbarer Nähe zur Stadthalle empfohlen. Die Adresse: Selikumer Straße 25, 41460 Neuss, Telefon (02131) 2620. Am Vorabend der Veranstaltung, am 12. Mai, treffen wir uns im Restaurant Essenz, Mühlenstraße 27 in Neuss.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

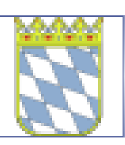
Landesgruppe – Zusammen mit der ADM bietet die Landesgruppe zwei Reisen an.

– **Reise I** –

Vom 26. Juli bis 8. August eine kombinierte Bus- und Schiffsreise ins Memelland. 26. Juli Abfahrt ab Mannheim mit Zusteigemöglichkeiten in Frankfurt, Kassel, Hannover und Hamburg nach Kiel. Dort geht es auf die Fähre zur Überfahrt nach Memel. Die Unterbringung erfolgt in Zwei-Bett-Außenkabinen mit zwei unteren Betten. Am 27. Juli gegen 16.30 Uhr Ankunft in Memel und Fahrt mit dem Bus zum Hotel „Amberton“ (früher Hotel „Klaipeda“), in dem die Reisegruppe bis zur Abreise am 7. August in den neu renovierten Zimmern untergebracht ist. Am 28. Juli Schifffahrt auf die Ostsee zur traditionellen Blumenübergabe in die Ostsee zum Gedenken aller Todesopfer aus Anlass des jährlichen Meeresfestes. Vom 28. bis 30. Juli findet das Meeresfest statt. Diese Tage stehen zur freien Verfügung. Am 1. August wird der 765. Geburtstag der Stadt Memel gefeiert. Vom 31. Juli bis 4. August diverse Busfahrten durch das Memelland, wie Polangen, Plicken, Dawillen, Prökuls, Heydekrug, Russ, Pogegen, Willkischken, Schmalleningken, Kinten und Minge sowie auf die Kurische Nehrung nach Schwarzort und Nidden. Außerdem steht eine Schiffahrt von Nidden über das Kurische Haff in das Memeldelta und eine Tagesfahrt nach Königsberg auf dem Programm. Für Königsberg wird ein Reisepass benötigt. Das Visum wird kurzfristig in Memel ausgestellt. Am 5. oder 6. August ist ein Treffen aller Memelländer in Heydekrug oder Memel geplant. Am 7. August geht es gegen Abend wieder auf die Fähre zur Rückfahrt nach Kiel, wo wir am 8. August gegen 16 Uhr ankommen, anschließend Rükkfahrt nach Mannheim. Der Reisepreis für Busfahrt, Fähre, elf Übernachtungen mit Frühstück und alle Rundfahrten beträgt pro Person im Doppelzimmer 1280 Euro (EZ-Zuschlag 330 Euro). Anmeldungen bitte schnellstens bei Uwe Jurgsties, Telefon (06203) 43229 oder per E-Mail: memelland@admheddesheim.de Es sind nur noch wenige Plätze für die Reise frei.

– **Reise II** –

Vom 19. bis 24. September Busreise nach Schwerin zum Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. An der Veranstaltung werden Gesangsgruppen aus dem südlichen Ostpreußen, wie auch die Chöre aus Heydekrug und Memel mit dem Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums teilnehmen. Abfahrt am 19. September ab Göppingen über Stuttgart, Mannheim, Frankfurt nach Wismar, wo wir im Steigenberger Hotel „Stadt Hamburg“ untergebracht sind. Vom 20. bis 22. September Ausflüge unter anderem nach Schwerin, an den Müritzsee, Rostock und Warnemünde. Am Samstag, 23. September Teilnahme am Ostpreußen-Treffen in Schwerin. Der Preis für die Fahrt inclusive Aller Rundfahrten und fünf Übernachtung mit Frühstücksbuffet beträgt im Doppelzimmer 490 Euro im Einzelzimmer 680 Euro. Anmeldungen bitte schnellstens bei Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229 oder bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 28. April, 19 Uhr. Saal, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen anschließend ein Vortrag von Edith Richter und Dr. Jürgen Danowski zum Thema „Die Reformation in Preußen und Pommern – Luther, Bugenhagen, Osiander“.

Ansbach – Sonnabend, 22. April, 15 Uhr, Orangerie: Vortrag zum Thema „Berühmte Persönlichkeiten aus Pommern“.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Hof – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Muttertag.

Landshut – Dienstag, 2. Mai: Mai-Ausflug.

München – Freitag, 12. Mai, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Weiden – Zum Heimatnachmittag konnte der Erste Vorsitzende Norbert Uschald zahlreiche Mitglieder und Gäste im Cafe Mitte willkommen heißen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats April. Danach berichtete der Vorsitzende über die Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ostpreußen im ehemaligen Schloss des Deutschen Ordens in Ellingen.

Interessante Themen waren ein Vortrag über die gesellschaftliche Situation in Königsberg um 1900, die Eröffnung einer Ausstellung über die Stadt Tilsit, ein Vortrag über den ostpreußischen Dichter Johannes Bobrowski, eine virtuelle Rekonstruktion der ostpreußischen Schlösser Friedrichstein und Schlodien, sowie das Zeitzeugenprojekt „Neue Nachbarn“, welches die schwierige Situation und Unterdrückung der heimatverbliebenen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchtet.

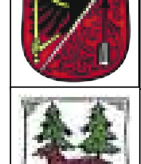
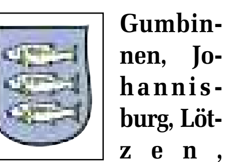
Im Anschluss daran lud der Vorsitzende zum traditionellen Maibaumaufbau am 1. Mai um 14 Uhr vor dem Alten Eichamt ein. Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Kreisgruppe am Maibaumfestzug. Die Moderation übernimmt wieder Norbert Uschald. Zum Thema Ostern trugen Ingrid Uschald und Andreas Uschald Gedichte vor. Anita und Norbert Uschald stimmten mit Flöte und Melodika bekannte Frühlingslieder an und sorgten so für die entsprechende Frühlingsstimmung. Norbert Uschald erinnerte noch an einige Osterbräuche, zum Beispiel an das Schmücken von Osterbrunnen. Danach wurden die Landsleute und Gäste mit einem Ostergeschenk überrascht.

Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zur Muttertagsfeier am Sonntag, 7. Mai, um 14.30 Uhr im Cafe Mitte.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

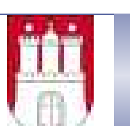


Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 25. April, 13 Uhr. Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 54 29 917, Lötzen Gabriele Reiß: Telefon (030) 75635633.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Ein österliches Haus der Heimat lud am 8. April in Hamburg-Neustadt, Teilfeld 8, zum traditionellen Ostermarkt ein. Blauer Himmel und strahlender Sonnenschein bewogen viele Besucher dazu, sich auf den Weg zu machen. Den fast 300 Besucherb bot sich ein buntes Bild mit Leckereien und Spezialität aus Schlesien, Ostpreußen und vielen anderen Regionen der deutschen Vertreibungsgebiete.

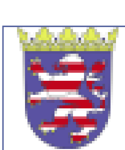
Nach der Eröffnungsrede von Hamburgs BdV-Vorsitzenden Willibald Piesch begeisterte Christel Neumann in Ostpreußentracht mit Gedichten und ließ die Besucher an vergangene Ostermärkte in Hamburg zurückdenken. Manch älterer Besucher erinnerte sich auch gerne an die Ostermärkte in Königsberg, Breslau, Stettin, Danzig und anderen heimatlichen Orten im Osten Deutschland. Zu einer Ostersingrunde bat dann der Westpreuße Dietmar Neumann. Seine Einladung wurde begeistert und stimmenstark angenommen.

Zum Ausklang trug M. Weinhold in „Hirschberger Tracht“ das Mundartgedicht „Der Weg nach Poppelwitz“ in Würdigung des unvergeßlichen Ernst Schenke vor und erntete wahre Beifallstürme. Mit „Kein schöner Land...“ klang dann der Ostermarkt aus...

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamem Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 26. April, 15 Uhr, Cafe Eckstein, Königsberger Straße; Monatsversammlung. Der Kreisvorsitzende und Pfarrer im Ruhestand Dietmar Balschun wird zu Bildern von Lovis Corinth und zu Werken aus der Rembrandt-Bibel fragen „Wie sah ich Ostern?“

– **Bericht** –

Bei der letzten Monatsversammlung sprach Hans-Joachim Naujoks über das „Alte Masuren“. Dazu las er aus dem Buch des Förstersohns Fritz Skowronnek „Lebensgeschichte eines Ostpreussen“, erschienen 1925, vor. Skowronnek lebte von 1858 bis 1939. Seine Heimat Masuren lag in seiner Jugend mehr als 100 Jahre hinter der wirtschaftlichen Entwicklung im übrigen Deutschland zurück. Es gab nur eine einzige Eisenbahn in Ostpreussen, die über Dirschau und Königsberg bis Eydtkuhnen führte. Das war 20 Meilen von Masuren entfernt. Es gab keine befestigten Straßen. Die russische Grenze im Süden wirkte wie eine Chinesische Mauer. Es gab keinen nachbarschaftlichen „Kleinen Grenzverkehr“ wie in anderen Grenzregionen. Die Leute waren insgesamt sehr arm. Aus dem Getreide, das in Masuren wuchs – Hafer, Gerste und Buchweizen – wurde auf jedem Bauernhof Grütze hergestellt, die täglich auf den Tisch kam.

Wenn im Winter mit dem Schlitten zum Markt in die Stadt gefahren wurde, nahm der Bauer außer Grütze noch Butter, Eier und Speck mit, um es zu verkaufen. Auf dem Rückweg brachte er dann für den nächstgelegenen Kaufmann Dinge mit, die es in Masuren nicht gab. Die beste Einnahmequelle war Leinwand. Es wurde Flachs angebaut, den die Frauen ernteten, spannen und webten. Später wurde die Leinwand auf dem Markt in Heiligelinde verkauft, und die Händler zahlten gut. So kam etwas Bargeld ins Haus, das man für die Steuer brauchte. Handwerker konnten in Masuren nichts verdienen. Das meiste machte man selber, wenn etwas zu reparieren war. Schuster und Schneider kamen ins Haus und wurden mit Kost und Naturalien bezahlt.

Außerordentlich fleißig waren die Masuren: Die Arbeit begann im Morgengrauen und dauerte bis in den Abend. Das Getreide wurde noch mit der Sichel geschnitten. Zur Mittagszeit wurde das Essen aufs Feld gebracht. Das Ende der Ernte wurde dann mit einem großen Fest gefeiert. Hauptfest des Jahres war der Plon, nach dem Einbringen des Roggens. Von den letzten Ähren wurde eine Erntekrone geflochten, die unter Absingen eines langen Liedes dem Bauern überreicht wurde. Am Abend wurden dann die Schnitter und ihre Familien mit Fladen, Fleisch und vor allem Branntwein reichlich bewirtet, bevor der Tanz losging, der bis in die Morgenstunden dauerte. In jedem Dorf gab es Musikanten, die mit Geige, Bass, Ziehharmonika und Klarinette zum Tanz aufspielten.

Die evangelischen Masuren waren fleißige Kirchgänger, glaubten aber trotzdem an Geister, Gespenster und Kobolde. Jede Krankheit war „angehext“, deshalb wurde fast nie ein Arzt geholt oder erst, wenn dem Kranken nicht mehr zu helfen war. Fritz Skowronnek schreibt, dass er das alles bis zu seinem 13. Jahr bewusst erlebt hat und sich an alles gut erinnere.

Erst mit dem Krieg 1870/71 gegen Frankreich änderte sich manches. Die masurischen Landwehrleute erlebten zum ersten Male die Eisenbahn, mit der sie bis ins Feindesland fuhren. Sie sahen die großen Städte Köln, Berlin, vielleicht sogar Paris, und fanden den Unterschied zwischen ihrer so armseligen Heimat und anderen Gegenden heraus. Bis dahin hatten sie in ihrer Heimat nur masurisch gesprochen, vermischt mit polnischen und deutschen Wörtern. Jetzt bemühten sie sich, nur noch deutsch zu reden, und sie brachten es auch ihren Kindern bei, wobei sie von der Schule unterstützt wurden.

Innerhalb von drei Jahrzehnten änderte sich vieles, auch mit den Errungenschaften der Neuzeit in der Landwirtschaft. Es wurden feste Straßen angelegt, Eisenbahnen gebaut, und wohlhabende Bauern ließen ihre Söhne studieren oder die landwirtschaftliche Hochschule besuchen. Die Mädchen wurden in die Stadtschule und später in die Stadt „in Dienst“ geschickt. Dann kam der erste Weltkrieg und mit ihm der Russeneinfall, wobei in Masuren fast alles zerstört wurde. Aber kaum hatte Hindenburg die Russen aus Ostpreußen verjagt, da kamen auch schon die Masuren zurück und bauten fleißig wieder auf, auch mit Hilfe des preußischen Staates. 1915 war das meiste Akkerland wieder bebaut, und 1916 gab es eine reiche Ernte. 1920, nach dem Krieg, stimmten die meisten Masuren für einen Verbleib bei Deutschland.

Hans- Joachim Naujoks erhielt für seinen Vortrag viel Beifall. Der Nachmittag endete mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied. *Ingrid Nowakiewitsch, Schriftführerin*

Wiesbaden – Sonnabend, 22. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung mit 1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellen der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten drei und vier, 7. Entlastung des Vorstandes und 8. Verschiedenes. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Raderkuchen. – Dienstag, 2. Mai, 8.30 Uhr, Busbahnsteig 1 Hauptbahnhof: Die Frauengruppe ist „Mit dem Omnibus unterwegs“. An der Fahrt ins Ahrtal mit Besichtigung einer „Straußenfarm“ können auch Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft teilnehmen. Zu Mittag gegessen wird in Ahrweiler, Dort steht auch ein kurzer Stadtrundgang auf dem Programm. Die Fahrt kostet 20 Euro. Information und Anmeldung bei Helga Kukwa, Telefon, (0611) 373521.

– **Neue Mitglieder** –

Die Kreisgruppe begrüßt Hagen Paluschtzik aus Wiesbaden und Heinrich Georg Becker aus Mecklar in ihren Reihen,

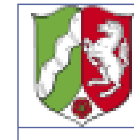


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 26. April, 15 Uhr: Treffen im Stadtpark. Zur Information: Bei der Generalversammlung im März wurden der Vorsitzende Fritz Folger, der stellvertretende Vorsitzende Hagen Mörig und die Schriftführerin Monika Bötticher wieder gewählt.

Osnabrück – Freitag, 21. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 2. Mai, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 25. April, 15 Uhr, GHH: „Weißt Du noch“ – Geschichten und Anekdoten aus 60 Jahren „Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus“. Mittwoch, 26. April, 15 Uhr, GHH: „Reisender durch ein Jahrhundert“ – Vortrag über den im ostpreußischen Johannisburg geborenen Dirigenten Kurt Sanderling. – Freitag, 28. April, 18 Uhr, Neanderkirche, Bolkestraße: Ökumenischer Gottesdienst zur Feier des 60-jährigen Jubiläums des GHH. – Sonnabend, 29. April, 10.45 Uhr, GHH: Festakt „60 Jahre Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus“. – Mittwoch, 3. Mai, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 4. Mai, 8.30 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt zum ehemaligen Kloster Dahlheim in Lichtenau. – Sonnabend, 6. Mai, 11 Uhr, Infostand, Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff..

Neuss – Sonntag, 30. April, 15 Uhr (Beginn 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen. – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.

Witten – Montag, 24. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde, Lutherstraße 6–10: Vortrag über „Martin Luther und sein Wirken“, danach „Thüringen von oben“



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonntag, 23. April, St. Matthäus Kirche, Zinzendorferstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelichen Ostpreußen mit der Landesgruppe Sachsen. Mit einem gemeinsamen Gottesdienst um 9:30 Uhr soll das Treffen beginnen. „Die Auswirkung der Reformation auf Ostpreußen“ sollen das Thema des Tages sein. Wir wollen an diesem Tag Martin Luthers gedenken und laden alle Interessierten recht herzlich ein. Im Anschluss des Gottesdienstes werden wir an unserem Gedenkstein der Toten gedenken. Nach der Mittagspause wird der Pfarrer im Ruhestand Klaus Plorin sprechen. Bei Kaffee und Kuchen wird der Kindergarten „Kirchenmäuse“ das Treffen mit einem kleinen Rahmenprogramm abschließen.

– **Bericht** –

Der Landesvorsitzende Alexander Schulz feierte seinen 60. Geburtstag. Viele Freunde und Verwandte hatten sich bei herrlichstem Wetter zur Feier eingefunden. Der Gemeindesaal der Matthäuskirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Alexander Schulz begrüßte alle recht herzlich. Viele interessante Gespräche über die alte Heimat Ostpreußen folgten.

Der Sohn von Alexander Schulz hatte mit viel Liebe einen Filmbeitrag über das Leben des Jubilars von Geburt bis zu seinem Ehrentag

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Mit den Sudetendeutschen nach Kärnten



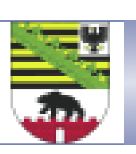
Zur „Sudetendeutschen Ferienwoche gemeinsam mit den Ostpreußen“ geht es auch 2017 wieder für eine Woche nach Seeboden am Millstätter See. Der Luftkurort an der Westbucht des zweitgrößten Gewässers in Kärnten wird diesmal vom 25, Juni bis 1. Juli das Urlaubsziel sein. Auf dem Programm stehen unter anderem eine Seenrundfahrt, ein Treffen mit dem Bürgermeister, ein Besuch des Gedenksteins, eine Hüttenfahrt, ein Heimatabend und vor allem das Zusammensein in heimatlicher Verbundenheit. Weitere Informationen: Susanne Kuttin, Hauptplatz 1, 9871 Seeboden am M. S., Telefon 0043 (4762) 8125512, E-Mail: susanne.kuttin@ktn.gde.at

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

vorbereitet. Dabei kam auch die Arbeit für die Ostpreußen nicht zu kurz. Die kleinen Enkelkinder führten ein buntes Programm für ihren Opa auf. Kinderlieder von damals und heute wurden vorgetragen. Viele nutzten die Gelegenheit, um fröhlich einzustimmen. Den musikalischen Teil der Feier rundete ein Opernsänger ab. Begleitet von einer Klavierspielerin rührten seine gefühlvollen Lieder manchen zu Tränen. Zum Abschluss versprach Schulz auch weiterhin und trotz beruflicher Verpflichtungen seine ganze Kraft für die Belange der Ostpreußen einzusetzen.

Hannelore Kedzierski



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 28. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag zur Frühlingszeit.

Magdeburg – Dienstag, 25. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 12. Mai, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Malente – Dienstag, 9. Mai, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39: Gemeinsames Treffen mit Besichtigung des Pflanzencenters. Anmeldung bis Mittwoch, 3. Mai, im Blumenhaus Franck, Bahnhofstraße 26.

Mölln – Mittwoch, 26. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit gemeinsamen Frühlingssingen. Günther Marschke wird die Stükke mit seinem Musikinstrument begleiten. Auch Gedichte und Geschichten sollen vorgelesen werden. Eingeladen sind alle Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien, alle Möllner, Freunde und Bekannte.

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 21. April. 19 Uhr. Café Ehlers, Oldenburger Straße 8, Kasseedorf: Jahreshauptversammlung.

Uetersen – Freitag, 12. Mai, 15 uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Treffen unter dem Motto Frühling und Muttertag mit gemeinsamem Singen. Sabine Mennerich begleitet am Flügel. Dazwischen lesen Teilnehmer passende Texte.



Sachsen: Auch die Enkel gratulierten dem Landesvorsitzenden Alexander Schulz zum 60. Bild: privat

Vom Überleben der Hungerkinder

In Wetzlar stellte ein junger Historiker seine Arbeit über ostpreußische Kriegswaisen vor

Nach dem verlorenen Zweiten Krieg sind in Ostpreußen noch 20000 Frauen, Alte und Kinder zurück geblieben. Sie litten unbeschreiblichen Hunger. Jeder Zweite starb an den Folgen der Mangelernährung. Auf dieses Schicksal hat der Bremer Historiker Christopher Spatz bei einem Vortrag im Kloster Altenberg im hessischen Wetzlar hingewiesen. An der Veranstaltung nahmen auch etliche Mitglieder der Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen teil.

Diakonie-Vorstand Pfarrer Jörn Contag von der Königsberger Diakonie erinnerte daran, dass seine Einrichtung ein Flüchtlings-Mutterhaus auf dem Altenberg gewesen ist. Von 1953 bis 1955 bauten die aus Ostpreußen geflüchteten Diakonissen die ausgebrannten Gebäude auf dem Altenberg wieder auf und haben von hier aus ihre Arbeit in Deutschland koordiniert. Unter ihnen waren auch Diakonissen, die in den Nachkriegsjahren ihre einstige Heimat auf Drängen der russischen Besatzungsmacht verlassen mussten. Zu dem Vortrag hatten die Königsberger Diakonie und ihr Freundeskreis eingeladen.

Mit 50 ehemaligen Wolfskindern geredet

Spatz, der sich in seiner Promotionsarbeit mit Menschen unterhalten hat, die als Kinder schlimmen Hunger litten, las aus seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“. Darin schildert er das Schicksal von 50 ostpreußischen Kindern, die nach dem Krieg zu Waisen wurden oder bereits vorher in Heimen lebten. Sie hätten sich von Kartoffelschalen, Abfällen, Kadaver, Katzen, Hunden, Vögeln, Igeln und anderen essbaren Dingen ernährt, um zu überleben. Oftmals hätten Kinder entscheiden müssen, wer zu schwach war und sie dem Sterben überlassen. Die Kälte, Seuchen und der Hunger hätten im zweiten Nachkriegswinter zu Hunderttausenden von Toten geführt, so Spatz. Menschen hätten in der ehemaligen Kornkammer Deutschlands nichts mehr zu essen gefunden. „Der Hunger kam heimlicher und stiller als die Gewalt im Krieg“, resümierte Spatz. Pflege- und Adoptivkinder seien von ihren Familien weggejagt worden, weil sie nicht genug zu essen hatten. Der Arzt Schubert vom Krankenhaus der Barmherzigkeit, dem einstigen Mutterhaus der Königsberger Diakonie, notierte damals, dass er ganze Herden von Kindern um das Krankenhaus sah. „Onkel, gib uns doch ein bisschen Brot“, hatten sie ihn angebettelt.

Vor 70 Jahren, im Frühjahr 1947, tat sich für die Hungernden von unerwarteter Seite eine Tür auf: Litauens Bauern nahmen die Kinder auf und gaben ihnen zu essen. Dafür arbeiteten die Mädchen und Jungen auf deren Höfen und Feldern. Schätzungen gehen davon aus, dass sich 1948 rund 5000 deutsche Kinder und

Weitere Ausstellung ist in Planung

Jugendliche in Litauen aufhielten. Für sie schienen die Überlebenschancen dort größer zu sein. Diese Kinder wurden Wolfskinder genannt, in Anlehnung an Romulus und Remus oder Caspar Hauser, die von der Natur aufgezogen wurden.

Von 1947 bis Ende der 90er Jahre kehrten etliche dieser nach Litauen geflüchteten Menschen in die deutsche Gesellschaft zurück. Einige leben noch heute in Litauen, wo sie sich in der Gruppe Edelweiss organisiert haben. Räumlich, kulturell und sozial seien sie entwurzelt. Meist verfügten sie nicht über Schulbildung und kennen keine Heimat. Mit der politischen Wende seien auch für sie neue Möglichkeiten aufgebrochen. Viele Jahrzehnte hätten sie nicht über das Schreckliche gesprochen, das ihnen widerfahren ist. Spatz begab sich auch auf politisches Terrain, denn er bedauerte, dass ihr Schicksal bislang in Form von Entschädigungen durch die Bundesrepublik unberücksichtigt geblieben sei.

Der Referent hatte auch eine Ausstellung zu den Hungerkindern auf 14 Informationstafeln mitgebracht. Darauf ist die Geschichte der Kinder dargestellt und einzelne Hungerkinder kommen als betagte Zeitzeugen zu Wort. Contag kündigte an, dass die Königsberger Diakonie angesichts der Tatsache, dass es immer weniger Zeitzeugen aus Flucht und Vertreibung gebe, die Historie in einer eigenen Ausstellung aufarbeiten wolle.

Lothar Rühl



Historiker Spatz und Pfarrer Jörn Contag, Vorstand der Königsberger Diakonie. Im Hintergrund: Bilder der Ausstellung, die Spatz mitgebracht hatte Bild: Rühl

Kreuzworträtsel

schwedischer Filmstar (Greta) · scherzhaft: altes Auto · eine Zahl · Fachmediziner (HNO) · unberührte Landschaft · glänzend, hervorragend · ausgeruht, entspannt · Ansammlung kleiner runder Steine · senkrechter Dachabschluss · Bewohner e. österr. Bundeslandes · Begeisterung, Schwung · Nachlassempfänger · unterstützende Expertenrunde · täuschen, irreführen · Misstrauen, Verdacht · unverheiratet · Medizinerin · Rätselfreund · Dotter · Gebirge zwischen Europa u. Asien · bayer. Benediktinerabtei · antike Stadt in Kleinasien · Kleidungsstück · Dieb · Pflanze mit ölhaltigen Samen · Lobrede · mehrmals, wiederholt · Zaubergewalt über Personen · mutig, furchtlos · Vergeltung für Unrecht · Vermerk, kurze Aufzeichnung · Singstimme · Fluss durch München · männlicher Nachkomme · das Paradies · Klavierteil; Druckhebel · Maschine für Erdarbeiten · schnell davonlaufen · Söller, balkonartiger Vorbau · Abk. für Bildunterschrift · Vorderasiat, Perser · eine der Kanarischen Inseln · Klosterfrau · Dummkopf (ugs.) · Betrieb, Unternehmen · regionale Stundenangabe · Riemenwerk der Reit- und Zugtiere · Stofffärbeverfahren · Kfz-Zeichen Neuss · Gebühr; Schätzwert · konzentrierte Lösung · Impfstoff · Altersruhegeld · Brauchbarkeit, Befähigung · student. Organisation (Abk.) · Fleiß, Beflissenheit · Anhänglichkeit, Loyalität · Freiheitsentzug, Haft · spanische Inselgruppe · Autobahngaststätte · Waschfass · lat.: innen, inwendig · Ostslawe · Lake, Salzlösung · Hersteller, Fabrikant · Schaukelreck; geometr. Figur · Drama Frank Wedekinds · Windschattenseite e. Schiffs · Bruder Jakobs im A. T. · englisch: eins · Farbton · Grundmuster, Konzept · hoffen, warten auf · Babyspeise · alkoholfreies Mischgetränk · sich aufrecht auf d. Füßen halten · Hunnenkönig Attila (dt. Name) · Teil der mechanischen Uhr · Wohlwollen · Säugetierordnung · deutsche Ostseeinsel · Fischfanggerät · geneigte Stelle · bevor · Schwur · Kurzwort für Jugendliche(r) · früherer Lanzenreiter · eine Europäerin · chem. Zeichen für Germanium · lobende Beurteilung, Empfehlung · schwierig, gefährlich · ruhelos, rastlos · Tagesabschnitt · schottisch: See, Fjord · Fechthieb

PAZ17_16

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CEHLMSTUZ · CRUX · AEHMT · DEIT · AENOZ · BEER · AEIL · EIMN · EEGIR · ABI · AEEMNX · ADEINS · EER

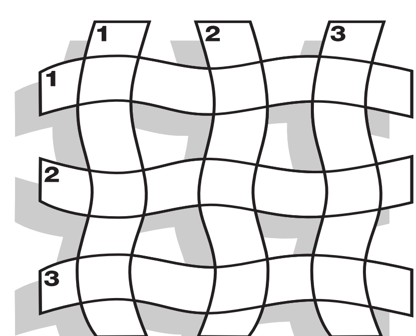
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort eine Art von Tanzveranstaltung.

Nr.	links	Mittelwort	rechts
1	HUMMER		SALAT
2	HOCH		TOR
3	KISSEN		PLAN
4	WASSER		BOOT
5	GAS		UMZUG
6	HERD		SEE
7	HOLZ		ZAUN

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 gebackenes Hefeteiggebäck
2 technisches Gerät
3 Ton-, Töpferware

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: T, O, SCHUTZHELM, REGIE, BAI, UM, DASEIN, EXAMEN, REE

Mittelworträtsel: 1. Krabben, 2. Garagen, 3. Schlacht, 4. Schlauch, 5. Laternen, 6. Platten, 7. Bretter – Ballett

Magisch: 1. Krapfen, 2. Apparat, 3. Keramik

Ostpreußen steuerten positive Beispiele bei

Aus ganz Deutschland reisten die Teilnehmer an, um im Haus Schlesien über den Erhalt der Heimatstuben zu diskutieren

Die Zahl ist beeindruckend: Mehr als 500 Heimatsammlungen aus zwanzig ehemals ostdeutschen Regionen ergänzen derzeit das in großen Landesmuseen oder landsmannschaftlich geführten Institutionen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengetragene Kulturgut. Die zunächst als soziale Stuben, Archive und Patenschaftsräume bezeichneten Einrichtungen gelten als Schaufenster der jeweiligen Herkunftsregion und informieren über deren historische und aktuelle Bedeutung in Europa.

Die Heimatsammlungen fortzuführen wird allerdings immer schwieriger – sei es aus Kostengründen oder Raummangel, vor allem jedoch vor dem Hintergrund der älter werdenden, meist ehrenamtlich tätigen Betreuerinnen und Betreuer. Das Schicksal des ostdeutschen Kulturgutes stand jüngst gleich zweimal im Fokus von Tagungen im Haus Schlesien, einem Kulturzentrum im nordrhein-westfälischen Königswinter. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit Sitz in Bonn unterstützte beide Veranstaltungen. Die *PAZ* berichtet bereits über die erste Tagung (*PAZ* 49/16, Seite 20).

An der Fortsetzung des Projektes unter dem Motto „Erhaltung von ostdeutschem Kulturgut und Unterstützung der ostdeutschen Heimatsammlungen“ beteiligten sich aus ganz Deutschland angereiste Betreuerinnen und Betreuer von Sammlungen. Es hat sich auch bei diesem Treffen einmal mehr gezeigt, dass nach wie vor großer Informations- und Beratungsbedarf besteht und der Dialog mit Experten und Gleichgesinnten gerne angenommen wird. Auch wenn einige Teilnehmer über die Perspektive ihrer Sammlungen besorgt waren, gab es mitunter Vertreter von gut funktionierenden Häusern, die mit ihren Berichten für eine optimistische Stimmung sorgten. Wichtig war allen, mit ihren Sammlungen zur Bewahrung der Identität der jeweiligen Volksgruppe beizutragen sowie das gesammelte ostdeutsche Kulturerbe den nachkommenden Generationen fachgerecht zu überlassen.



Ortelsburger Heimatstube in Herne: Schaufenster ostdeutschen Kulturgutes. Eine von 500 ähnlichen Einrichtungen Bilder (3): Göllner

Ein positives Beispiel stellte Ute Eichler, verantwortlich für Archiv, Heimatmuseum und Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster, vor. In ihrem Vortrag bot sie einen Rückblick auf die ersten 50 Jahre der Lötzener Heimatsammlung, auf die Neuordnung des Sammlungsbestandes sowie nicht zuletzt auf die guten Kontakte zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und zum Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Mit Blick in die Zukunft verwies die Rednerin auf das umfangreiche Veranstaltungs- und Begegnungsprogramm des Jahres 2017, das sie gemeinsam mit ihrem Ehemann Dieter Eichler vorbereitet. Allerdings, so Ute Eichler, haben auch die Lötzener in Zukunft finanzielle Hürden zu bewältigen.

Im Vortrag „Patenschaft und Partnerschaft, ein Gegensatz?“ informierte Damian Spielvogel von der Landsmannschaft Schlesien in Königswinter über die erfolgreich geführte Hindenburger Heimatsammlung in der Patenstadt Essen. Die Kultur- und Erinnerungsstätte mit den Schwerpunkten „Hindenburg OS gestern – Zabrze heute“ spricht mit ihrem modernen Ausstellungs-Konzept sowohl Vertriebene und Aussiedler als auch deren Nachkommen und nicht zuletzt die Einwohner des Ruhrgebietes an.

Zu den Referenten, die für die Tagung gewonnen werden konnten, gehörte Klaus Mohr von Sudetendeutschen Archiv in München, der in seinem Vortrag auf „Aktuelle Probleme der Sudetendeutschen Heimatsammlungen“ verwies. Anhand von Beispielen aus seinem Wirkungskreis sprach Mohr Schwierigkeiten an, die auch andere Heimatsammlungen bewältigen müssen. Er bot Hinweise und Lösungsansätze zum fachgerechten Umgang mit den Sammlungsstücken – von der systematischen Erfassung und Inventarisierung bis hin zur Aufbereitung für die Präsentation im Internet.

Um „Angewandte Museumsdidaktik für Heimatsammlungen“ ging es im Vortrag von Maike Trentin-Meyer, der Leiterin des Deutschordensmuseums in Bad Mergentheim. Aufgrund ihrer Erfahrung mit der Neugestaltung der Ausstellungskonzeption im eigenen Haus konnte die Referentin den Tagungsteilnehmern konkrete Anregungen für die Arbeit in ihren Heimatstuben bieten. Ausschlaggebend für eine gelungene Präsentation seien – so Trentin-Meyer – drei „Schlüsselwörter“: Zielgruppe, Kommunikation und Identifikation.

Der ehemalige, langjährige Leiter der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, Wolfgang Kessler, hat erkannt, dass einige Sammlungsbetreuer trotz der theoretischen Anregungen aus der ersten Beratungstagung sich in der Praxis dennoch oft als „Einzelkämpfer“ behaupten müssen. Um dem entgegenzuwirken, hat der Referent im Vortrag „Erschließung von Sammlungen über die museale Präsentation hinaus“ eine einfache Methode für die Gestaltung einer systematischen Übersicht vorgestellt. Neben der Erfassung und Gewichtung der Objekte und Schriftstücke sei es vorteilhaft – so Kessler – auch die Geschichte hinter den vorhandenen Gegenständen zu notieren und zu kommunizieren.

Ernst Gierlich, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn, stellte im Rahmen der jüngsten Informations- und Begegnungstagung die Publikation „Handreichung für die Betreiber ostdeutscher Heimatsammlungen“ vor. Die von Elke Wilming herausgegebene Broschüre enthält interessante Fachvorträge rund um die Thematik der Sammlungen sowie Ergebnisse einer aktuellen Fragebogenaktion zur Lage der Heimatstuben. Das Handbuch kann bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen kostenlos angefordert werden (E-Mail: kulturstiftung@t-online.de).

Nicola Remig, die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums Haus Schlesien, hob die Aspekte der vielfältigen „ostdeutschen Szene“ hervor. Da es für die Perspektive der Heimatstuben kein allgemeingültiges „Rezept“ geben kann, setzte Remig auf die Erarbeitung unterschiedlicher Lösungswege und thematischer Ansätze, die in die Zukunft weisen.

Am Tagungsprogramm waren auch Mitarbeiterinnen von Haus Schlesien beteiligt. So erhielten die Heimatstubenbetreuer praktische Tipps für eine effektive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Bernadett Fischer. Silke Findeisen, die Kuratorin der aktuellen Sonderschau „Zu Hause und doch fremd – Vom Umgang mit Entwurzelung und Heimatverlust am Beispiel Schlesien“, verwies auf die gute Zusammenarbeit mit vier polnischen Museen. Nur dank der grenzübergreifenden Kontakte konnte eine so facettenreiche Präsentation zustande kommen.

Fazit: Es ist davon auszugehen, dass die Betreuerinnen und Betreuer von Heimatsammlungen im Rahmen der zwei Tagungsveranstaltungen viel Wissenswertes zum Umgang mit dem gesammelten Kulturerbe und zur Weiterführung ihrer Häuser erfahren haben, dass jedoch auch der lebendige Dialog und der rege Erfahrungsaustausch unabdingbar sind. *Dieter Göllner*



Maike Trentin-Meyer, Leiterin des Deutschordensmuseums: „Zielgruppe, Kommunikation und Identifikation sind die Schlüsselwörter für eine gelungene Präsentation.“



Wolfgang Kessler, ehemals Leiter der Martin-Opitz-Bibliothek: „Vorteilhaft ist es auch die Geschichte hinter den Gegenständen zu kommunizieren“

Ein Minus vor der nationalen Klammer

Zu: „Jeder Witz ist eine Revolution“ (Nr.13)

Es ist ein interessantes Phänomen, dass die bundesdeutsche Gesellschaft zum erheblichen Teil durch das antinationale Denken zusammengehalten wird. Es steht praktisch ein Minus vor der Klammer. Der Zusammenhalt erscheint mir teilweise stärker zu sein als in Staaten mit einem nationalen Konsens. Man könnte also sagen, es ist eigentlich egal, nach welchen Überzeugungen das Bewusstsein der Massen ausgerichtet wird, entscheidend ist lediglich, dass sie gläubig bleiben und politisch führbar sind.

Das Auftauchen einer Opposition führt zur Verstärkung des allgemeinen Konsenses, da Gewissheiten infrage gestellt werden und die Meinungsführer um ihren Einfluss fürchten. Solange das herrschende System Brot und Spiele zur Verfügung stellen kann, wird sich daran wenig ändern. Die wirtschaftliche und finanzielle Stärke der Bundesrepublik ist natürlich die eigentliche Basis des Konsenses. Sollte es hier Einbrüche geben, dann ist die Klammer schnell aufgelöst und alle Vorzeichen drehen sich um. Das ist der politischen Elite sehr bewusst.

Wenn die Opposition eine gewisse Stärke nicht überschreitet, kann sie als Ventilfunktion sogar systemstabilisierend wirken, wobei sie eine Art Sündenbockfunktion übernehmen muss. Ob hier ein Engagement anzuraten ist, erscheint mir fraglich zu sein. Die Dinge müssen sich von selbst entwickeln, die inneren Widersprüche des Systems nach einem neuen Lösungsansatz rufen. Dies scheint mir derzeit nicht der Fall zu sein.

Norbert Schadel, Gerhardshofen

Ruinierter Ruf

Zu: 30 Jahre Lüge und Vertuschung (Nr. 14)

Es ist höchst anerkennenswert, dass Sie in der Sache Barschel die Wahrheit hervorgeholt haben. Es war nicht nur unglaublich, dass deutsche Spitzenpolitiker von CDU, SPD und FDP die kriminellen Behauptungen Pfeifers akzeptiert haben. Viel schlimmer: Sie haben die Ermordung Barschels durch einen ausländischen Geheimdienst gedeckt und abgesichert. Sie haben die Untersuchungen des leitenden Oberstaatsanwalt Heinrich Wille behindert und ihm Beweisstücke vorenthalten. Sie haben damit den Ruf eines unbescholtenen Mannes ruiniert, und sie haben Frau Barschel und deren Kinder in tiefen Kummer gestürzt. Denn was ist schlimmer als der ruinierte Ruf eines Vaters, den man noch dazu zum Meineid-Kriminellen erklärt hat?

Die ganze Sache zeigt einmal mehr, dass Demokratie und Rechtsstaat nicht identisch sind, wie immer behauptet wird. Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Strategisch gewählt

Zu: Unerwartet klarer Sieg (Nr. 13)

Das Wahlergebnis an der Saar interpretiere ich anders: Viele Wähler entschieden – wieder einmal – aus strategischen Überlegungen und nicht aus Parteipräferenz. Sie wollten auf keinen Fall eine R2G-Regierung (Rot-Rot-Grün, d. Red.). Das ging hauptsächlich zulasten der AfD. Die FDP hatte ja nach ihrem Verschwinden aus dem Bundestag die Chance abgelehnt, auf ihr großes Erbe aus der Zeit Erich Mendes zurückzugreifen und diesen bedeutenden historischen Strang völlig gekappt und beschwiegen – was auch so bleiben dürfte. Gewürdigt sei, dass Frau Kramp-Karrenbauer den Bürgern eine Wahlentscheidung aus strategischen Gesichtspunkten leicht gemacht hat.

Gudrun Schlüter, Münster

Nicht so schlimm

Zum Leserbrief: NATO betreibt gefährliches Spiel mit dem Feuer (Nr. 12)

Auf den ersten drei Vierteln habe ich dem Leserbrief über die NATO-Manöver im Osten ja noch zustimmen können, sehr sogar, aber zum Schluss nicht mehr. Zweifellos sind die USA in den letzten Jahrzehnten erheblich vom geraden Weg abgewichen, aber so früh wie der Autor schreibt, direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, fing es damit nicht an. Ich glaube nicht, dass viele Südkoreaner ihm darin zustimmen, den Koreakrieg als Verlust zu bewerten und sich Kim Jong-un herbeiwünschen.

Meine Eltern waren beide Studenten im Berlin der Blockade. Wir haben Amerika viel zu verdanken und sollten das nicht schnell vergessen. Warten wir lieber ab, welchen Weg die USA unter Donald Trump in den nächsten vier Jahren einschlagen werden. Ich zumindest blicke zuversichtlich nach vorn.

Axel Berger, Düsseldorf

Lässt sich von politischen Gärtnern nur schwer bekämpfen: Wie der Islam treibt der Giersch überall seine Wurzeln Bild: Colourbox

Miese Geld-Taktik

Zu: Versuch gescheitert (Nr. 14)

Die Abschaffung des Bargeldes zur Bekämpfung der Kriminalität ist wieder so eine Politiker-Lüge. Denn wäre dies zutreffend, müsste man auch das Telefon abschaffen, mit dem man sich zu Verbrechen verabreden kann, sowie auch Autos, die man zur Flucht nach dem Verbrechen benutzen kann. Nein, alles Politiker-Lügen!

Richtig ist vielmehr: Mit „Buchgeld“ kann man Negativzinsen oder Schlimmeres viel besser durchsetzen – gegen die Schlaumeier, die mit Bargeld die Wertaufbewahrungsfunktion nutzen, indem sie dieses vergraben oder es unter die Matratze legen.

Wolfgang Joos, Vaihingen

Der Islam wuchert im Land wie der Giersch im Garten

Zu: Ungehörter Weckruf (Nr. 13)

Natürlich wissen wir, die Leser dieser Zeitung, was auf uns zukommt. Wir wissen es auch schon etwas länger. Nur, was nützt es uns, wenn keiner etwas dagegen (die Islamisierung des Landes, d. Red.) tut, und was ist mit den anderen?

Denjenigen, denen es an Information und Aufklärung dieser Art fehlt. Wer, wie die überwiegende Mehrheit, beginnend in den Schulen, in Lehranstalten und Universitäten jahrzehntelang von linken Meinungsmachern berieselt worden ist, kann sich etwas anderes kaum noch vorstellen. Und unsere öffentlich-rechtlichen und privaten Medien hauen in die gleiche Kerbe. Davon leben sie, die gelehrigen Schüler von Marx und Engels.

Aber unsere gewählten Vertreter in Berlin (nicht meine) schauen dem Treiben in Seelenruhe zu. Sie denken sowieso nur in Legislaturperioden, viel weiter reicht deren Horizont nicht, vielleicht noch bis zur nächsten Wahl. Was aber in 30 oder 50 Jahren in Deutschland sein wird, danach fragen sie nicht.

Alles fängt einmal klein an. Wenn erst mal der Grundstein gelegt ist, wächst das Haus stetig weiter. So verhält es sich auch mit der Islamisierung. Zuerst sind es drei Muslime, dann 30, bald 3000 plus eine Moschee und in einigen Jahrzehnten 30 Millionen. So wird es kommen, so wie der Giersch im Garten. Wenn er nicht bekämpft wird, hat er mit seinen unterirdischen Wurzeln und dem Samen bald den ganzen Garten im Besitz.

Erdogans Weckruf fällt auf fruchtbaren Boden, das ist sicher. Sicher ist auch, dass mit rechtsstaatlichen Mitteln deutscher Prägung eine Abwehr unmöglich ist. Leider! Wir befinden uns schon heute im Würgegriff des Islam, und es wird Zeit, dass wir uns davon befreien. Ein Weckruf unsererseits könnte eine befreiende Wirkung haben. Manchmal genügen nur zwei Worte. Sie wissen schon: Wer zu lange geschlafen hat, sollte zügig erwachen.

Was bleibt, ist die Hoffnung auf die Wiederkehr von Kaiser Rotbart aus dem Heiligen Land. Es ist wohl auch die einzige Hoffnung.

Wilhelm Jäckel, Damme

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Konsumrausch an der Grenze

In der Excalibur City an der tschechisch-österreichischen Grenze gibt es alles: vom Markenkleid bis zum Selbstmord in Tüten

Was nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit einer kleinen Bude direkt an der Staatsgrenze begann, entwickelte sich mitten im strukturschwachen Randbereich zwischen Österreich und Tschechien zu einer Konsummetropole. An Wochenenden wird die an der Landstraße von Hollabrunn nach Znaim auf tschechischem Gebiet liegende, sogenannte Excalibur City von Österreichern regelrecht überrannt.

Gleich hinter der Grenze boomt der Kommerz. Die Kunststadt des österreichischen Hasardeurs und ehemaligen Musikproduzenten Ronnie Seunig lockt nicht nur mit günstigen Preisen, sondern auch mit einer Geschäftsdichte, die es selbst mit großen städtischen Einkaufszentren aufnehmen kann. 15 Restaurants befinden sich hier, ein Fabrikverkaufs- und ein Einkaufszentrum, vier Kasinos, mehrere Tankstellen, eine Tierhandlung sowie ein „Asia-Bazar“ – alles dicht gedrängt auf einem Areal von mehr als 20 Hektarn mitten in einem Feld.

Nicht nur Seunig profitiert hier von einem lukrativen Zusammenspiel aus steuerlicher Begünstigung, sehr niedrigem Lohnniveau und Synergieeffekten, sondern auch seine zahlreichen Kunden, die es sich hier für zwölf Euro richtig schmecken lassen. Die kleine Stadt gibt mehr als 2000 Menschen Lohn und Brot – eine Glanzleistung, die in dieser strukturschwachen Region ihresgleichen sucht. Natürlich, reich werden sie nicht, die Excalibur-Mitarbeiter. Aber sie haben eine sichere und geregelte Arbeit und sehen dabei nicht gerade gestresster aus als Aldi-Frauen oder Amazon-Mitarbeiter.

Ronnie Seunigs eigene Stadt, hochgezogen und selbstverwaltet wie unter einem Lokalfürsten im Wilden Westen, zeigt auch stilistisch, was dabei herauskommt, wenn ein Mann machen kann, was er will. Hier gibt es keine Auflagen hinsichtlich der Ortsbildpflege: Erlaubt ist, was gefällt (und Geld bringt). So können sich die Besucher in eine riesige, der Artus-Sage nachempfundenen Ritterburg begeben. Daher auch der Name Excalibur: So heißt das Schwert aus dieser Gralserzählung. Speisen kann man in einem Ritter-Restaurant oder in einem ausgedienten Flugzeug. Für Kinder gibt es eine Spielewelt mit Nonstop-Kino, Dschungelfahrt und einem Außenbereich voller Attraktionen.

Zu einem der Einkaufsgebäude hin steht eine Bank, hier sitzen gelegentlich ein oder zwei Friseurinnen aus einem der Kosmetiksalons. Einen Herrenschnitt mit Waschen ziehen sie in 15 Minuten durch, dabei arbeiten sie besser und genauer als ihre österreichische Konkurrenz. Das kostet lächerliche acht Euro. Wer drei Euro Trinkgeld gibt, was hier wirklich viel ist, zahlt noch immer weniger als in einem sozialpädagogischen Lehrbetrieb jenseits der Grenze, der seine zwölf Euro auch schon preiswert findet. Auto-Komplettreinigung, zwei Mann, sechs Stunden? 95 Euro und fertig.

Fraglich ist, ob die im Asia-Bazar zahlreich vertretenen Asiaten in den Genuss des modernen Arbeitnehmerrechts kommen – es sind oft junge Familien, sie haben kleine Kinder dabei. Im Winter, wenn hier in manchen Dekorationsartikeln das Wasser gefriert, stehen sie in dicken Jacken da und hauchen sich in die Hände. Gelegentlich gab es hier schon Schlägereien – der Verfasser wurde einmal Zeuge, wie einer einem anderen einen Plastikstuhl auf dem Kopf zertrümmert hat.

Besonders riskant ist das, weil an sehr vielen Ständen ein ganzes Arsenal an Waffen feilgeboten wird, viele davon sind in Österreich und Deutschland illegal, beispielsweise Stahlruten, Wurfsterne und asiatische Nahkampfwaffen. Taser bekommt man hier für 50 Euro, und auch die Droge Crystal Meth ist ein Problem, weil sie von hier nach Österreich geschmuggelt wird.



Überfluss in strukturschwacher Grenzregion: Einkaufshalle in der Excalibur-City *Bild: Glück*

Oft wissen das die Schmuggler nicht: Sie fahren mit dem Auto nach Hause, ohne zu bemerken, dass jemand an ihrem Auto eine kleine Box befestigt hat. Inzwischen decken sich auch die Konsumenten öfters direkt hier ein. Wer sich die gefährliche Substanz beschaffen will, die in kürzester Zeit Körper und Psyche zernagt, lässt im Verkaufsgespräch mit den Asiatinnen einfließen, dass er eigentlich gar kein Ladekabel benötigt, sondern mehr an „Piko“ interessiert ist. Das ist der Deckname, der die Vorhänge zu kleinen Hinterzimmern öffnet. Diesen sympathischen Mädchen ist es ganz egal, ob sie gefälschte Markenkleider, gefährliche Springmesser oder den Selbstmord in Tüten verkaufen.

Ronnie Seunig hat sich in letzter Zeit aber noch auf andere Weise einen Namen gemacht. Mit „Alles Roger“ bringt er eine Zeitschrift heraus, die von vielen Lesern inzwischen als das einzige geistig wirklich unabhängige Blatt angesehen wird, weil es die politischen heißen Eisen anfasst, sich dabei keine ideologischen Scheuklappen aufsetzt und niemanden aus der Recherche ausgrenzt. Während die österreichischen „Qualitätsmedien“, allesamt in ihrer Linie regierungskonform, laufend sinkende Leserzahlen hinnehmen müssen, befindet sich „Alles Roger“, das österreichweit kostenlos verschickt wird, auch aus inhaltlichen Gründen auf einem regelrechten Höhenflug.

Seunig, der in Australien eine Ranch besitzt, ist durch seine Excalibur City schwerreich geworden. Gelegentlich kann man sein Auto entdecken, einen ungemein protzigen Rennschlitten mit Schaltknauf aus einem Plexiglas-Kristall. Am wenigsten haben dafür die Menschen übrig, die in Kleinhaugsdorf wohnen, dem letzten österreichischen Nest vor der Grenze. Kleinhaugsdorf war schon früher weltverlassen, inzwischen ist es eine Geisterstadt. Der Sog der Einkaufsmetropole zieht alles an sich, da haben solche Örtchen keine Chance.

Ein Viertel des Einkaufszentrums ging Ende 2006 in Flammen auf, als eine Explosion von Feuerwerkskörpern zu einem Großbrand führte. Menschen kamen dabei nicht ernsthaft zu Schaden, aber der Sachschaden betrug 3,6 Millionen Euro. Stück für Stück wurden die verlorenen Bereiche wieder errichtet und neueröffnet. Überhaupt ist Excalibur City im ständigen Wandel: Hier verschwindet ein Bereich von Verkaufsbaracken, dort wird eine Halle neu errichtet, da das Spielecenter um einen weiteren Bereich erweitert. Und so bleibt die Seunig-Stadt für ihre Besucher attraktiv: Die einen wollen sehen, was es Neues gibt, andere haben mit Verkäufern und Personal Freundschaft geschlossen, wieder andere schätzen den Vorzug, sich hier für geringes Geld komplett runderneuern lassen zu können. *Alexander Glück*

Trockengelegtes Nadelöhr

Wochenlang kam auf der Donau rund um Regensburg der Schiffsverkehr zum Erliegen – Eine wichtige Schleuse musste gewartet werden

Gut drei Wochen war die Donau-Schleuse in Regensburg zuletzt wegen Inspektionsarbeiten gesperrt. 22 Tage lang gab es keinen Schiffsverkehr, gleichzeitig gab es ein emsiges Treiben und viel harte Arbeit in der trockengelegten Schleuse. Alle sechs Jahre prüft die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes ihre Schleusenanlagen.

Sechs Staustufen verwaltet das Regensburger Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt. Bei den Schleusen Bad Abbach, Geisling und Straubing liefen aber die Inspektionsarbeiten ohne Trockenlegung, und die Doppelkammerschleusen Jochenstein und Kachlet waren während der Schleusensperre zumindest mit einer Kammer zu befahren. Von Österreich kommend waren so Schifffahrten bis Straubing möglich. Aber nach Norden – Richtung Main und Rhein – war in dieser Zeitspanne bis Offenbach alles gesperrt, da auch die anderen Schleusen durch die WSV oder andere Behörden geprüft wurden.

„Diese strengen und regelmäßigen Checks haben ihre Ursache auch im Einsturz der Eishalle in Bad Reichenhall im Jahr 2006“, erklärt Paul-Marcus Schäfer, derzeit Amtsleiter in Vertretung des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Regensburg. Nach diesem Unglück wurden die Sicherheitsvorschriften und die Überprüfung öffentlicher Anlagen verschärft.

Natürlich spielt die Sicherheit eine große Rolle. Aber auch die wirtschaftlichen Aspekte sind nicht zu vernachlässigen, ist die Wasserstraße doch für den Transport von Waren und Personen (Tourismus) ein nicht zu unterschätzender Faktor. Daher wird der Termin der Schleusensperrung zwei Jahre im Voraus fixiert, damit die Unternehmen entsprechend planen und reagieren können. Der Zeitpunkt zu Beginn des Frühjahrs hat sich auch aus dem Grund bewährt, da zu dem Zeitpunkt bei der Personenschifffahrt noch wenig Betrieb ist.

> Inspektion kurz vor der Kreuzfahrtsaison

Startschuss war am 16. März um 6 Uhr. Zunächst erfolgte die komplette Trockenlegung der Schleuse. Das viele Wasser wurde weggepumpt, damit alles sichtbar und zugänglich wurde: Schleusenwände, Schleusenhäupter, Schleusentore und die Schleusenantriebe. Nächster Schritt war die Reinigung der Kammer. Diese Phase dauerte etwa eine Woche. Dafür und für die weiteren Arbeiten wurden diverse Maschinen, Hebebühnen, Kräne und Bagger an die entsprechenden Stellen gebracht. „Wir versuchen natürlich, so viele Reparaturen wie möglich während des laufenden Betriebes zu machen. Aber ganz genau inspizieren können wir das Bauwerk nur bei der leeren Schleuse“, sagt Schäfer.

Die Regensburger Schleuse ging im Jahr 1977 in Betrieb. Sie ist 230 Meter lang, zwölf Meter breit und hat bei einer Fallhöhe des Wassers von fünf Metern eine Höhe von elf Metern. Im Norden hat sie ein Hubtor, im Süden ein zweiflügeliges Stemmtor. Während des Schifffahrtsbetriebes bedienen zwei Personen in mehreren Schichten rund um die Uhr die Schleuse gemeinsam mit den Schleusen Bad Abbach, Geisling und Straubing, wobei die meisten Abläufe mittels Fernsteuerung bei sieben Kamerapositionen erledigt werden. Doch allein die zwei Schleusentorarten vermitteln einen Eindruck, wie viel unterschiedliche Technik es nicht nur in den Schleusentoren, sondern in der gesamten Anlage gibt. Alle Teile, Motoren, Elektronik für Signalübertragung wurden inspiziert, auf Schäden hin untersucht und – wenn nötig – repariert. Um ein Schleusentor zu heben, wird ein Spezialautokran benötigt.



Empfindliches Nadelöhr: Leergepumpte Schleusenkammer *Bild: Bauer*

Ein weiterer Faktor ist der hohe Betonanteil, wo etwa durch Auskalkung Risse unterschiedlicher Größe oder auch Dellen, die von „aufgelaufen“ Gegenständen verursacht werden können, zum Vorschein kommen. All diese Schäden wurden mit verschiedenen Farben und Kürzeln markiert und in vier Schadensklassen eingeteilt. Dann wurde intern besprochen und entschieden, wie im Einzelfall verfahren werden sollte. Bei akuten Schäden (Note 4) wurde sofort repariert – oder die technischen Teile wurden erneuert. Weniger bedeutsame wurden kartiert, das heißt in die Pläne der Anlage eingetragen. Beim nächsten Generalcheck werden diese dann gezielt geprüft.

Die gut drei Wochen der Schleusenstilllegung wurden auch dazu genutzt, um aktuelle Vermessungen vorzunehmen. Denn auch im Vermessungswesen hat sich die Technik verändert und verbessert in Richtung höherer Digitalisierung. Die ermittelten Daten stehen schnell via Datenleitung zur Verfügung.

Flussschleusen sind grundsätzlich auf mehrere Jahrzehnte Lebens- und Funktionsdauer gebaut. „Die Halbzeit der Schleuse ist abgelaufen“, stellte bei der Führung der Anlagensachbearbeiter des WSA Regensburg, Wolfram Wittmann, fest. Andererseits haben sich in den vier Jahrzehnten seit Inbetriebnahme der Regensburger Schleuse Größe und Technik sowohl der Personen- wie auch der Lastschiffe verändert.

> »Die Schleuse ist gut beieinander«

Natürlich fahren – auch aufgrund des Donauabschnittes unterhalb Straubing, der naturbelassen ist – keine Ozeanriesen à la „Traumschiff“.

Aber nicht selten schöpfen Schiffe die Längen- und Breitenmaße der Schleuse bis auf wenige Zentimeter aus – und dann kann es zu Berührungen kommen, die Schäden nach sich ziehen. Daher sind – wenn möglich – sofortige Reparaturen und die regelmäßigen kleinen und großen Prüfungen nötig. Dennoch zieht Schäfer ein positives Fazit: „Die Schleuse ist gut beieinander!“

Am 4. April um 12 Uhr endete die Schleusensperre, der Schiffsverkehr konnte Regensburg nun wieder passieren. Und auch in Richtung Norden geht es wieder volle Kraft voraus. *Markus Bauer*

Reformer oder engstirniger Revolutionär?

Umstrittener Theologe: Vor 500 Jahren schlug Martin Luther seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg

Anlässlich des 500. Jahrestags der Reformation sind eine Vielzahl von Büchern erschienen, die sich mit dem Thema befassen. Eine erste Auswahl stellt die *PAZ*-Autorin Dagmar Jestrzemski unseren Lesern im Folgenden vor:

Luther – sein Leben und seine Zeit

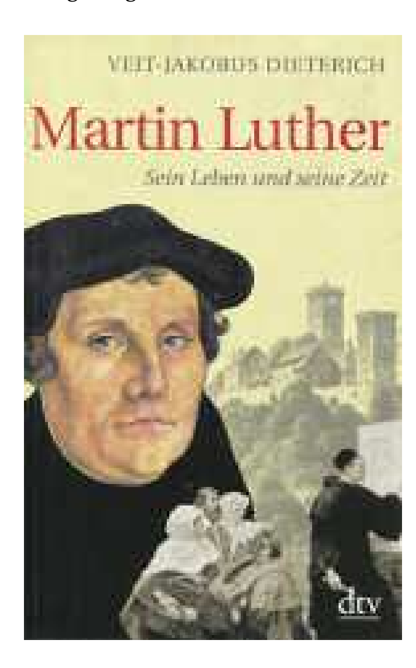
Seit Ende vergangenen Jahres präsentiert der Buchhandel eine kaum übersehbare Flut von Werken über den 1483 in Eisleben geborenen und 1546 dort gestorbenen Reformator Martin Luther, der mit seinen Schriften die Reformation in Gang setzte und damit die Weltgeschichte nachhaltig veränderte. So ist es sinnvoll, auf ein Buch wie die bebilderte Biografie von Veit-Jakobus Dieterich mit dem Titel „Martin Luther. Sein Leben und seine Zeit" hinzuweisen, die prägnant und zugleich flott lesbar über Luther und die Theologie der Reformation informieren möchte. Anders als im Titel angekündigt werden die politischen und kulturellen Rahmenbedingungen aber nur in Umrissen skizziert.

Dieterich, geboren 1952, lehrt an der Universität Ludwigsburg als Professor für Theologie und Religionspädagogik. Dreh- und Angelpunkt in dem bibliophil gestalteten Band sind großenteils die Standardwerke Luthers und der Reformationszeit, angefangen mit der Veröffentlichung seiner 95 Thesen am 31. Oktober 1517 in Wittenberg. Gemäß der Legende hat Luther seine Thesen an die Tür der Schlosskirche angeschlagen, so wie es damals übliche universitäre Praxis war. Die sogenannten Tischreden Luthers aus seinen letzten 15 Lebensjahren sind eine interessante Ergänzung und bieten Einblicke in die Persönlichkeit und das Denken Luthers. Themen-Texte und zahlreiche Zitate wurden in farbigen Info-Kästen sowie separaten Textblöcken untergebracht. Teilweise stammen die Zitate von prominenten Persönlichkeiten des 20. und 21. Jahrhunderts, womit der Verfasser durchgehend Brücken bis in die jüngste Vergangenheit schlägt.

Luther besaß das herausragende Talent, seine Ideen verständlich für seine Zeitgenossen in Worte zu fassen. Niemand hat die Entwicklung der deutschen Sprache mehr beeinflusst als er, auch hat niemand in den ersten beiden Jahrhunderten seit der Erfindung des Buchdrucks so viele Drucke in deutscher und lateinischer Sprache publiziert wie er. 1521/22 übersetzte der als Junker Jörg untergetauchte Mönch Martin Luther auf der Wartburg in wenigen Wochen das Neue Testament ins Deutsche. Im September 1522 erschien das gedruckte Werk in 3000 Exemplaren und war schon kurz darauf vergriffen. Die Übersetzung wirkte in großen Teilen Deutschlands wie ein Befreiungsschlag. 1534 wurde auf der Leipziger Messe die erste, mit 118 Holzschnitten aus der Werkstatt von Lucas Cranach d. Ä. geschmückte Gesamtausgabe mit dem Titel „Biblia das ist die ganzte Heilige Schrift Deudsch" vorgestellt. Eine von vielen schönen Abbildungen im Buch ist das Titelblatt der ersten Luther-Bibel.

Erstaunlich rasch setzte sich die Reformation im Norden und Südwesten Deutschlands bis in die Schweiz durch, was als Ergebnis geistiger und kultureller Gärprozesse im späten Mittelalter zu verstehen ist. Kaum noch nachvollziehbar ist heute der erbittert geführte sogenannte Abendmahlstreit zwischen Luther und dem Zürcher Theologen Ulrich Zwingli. Dieterich erklärt den Aufbau der protestantischen Landeskirchen während der Reformationszeit und die mühsame Abgrenzung ihres Verständnisses von Gott, Glaube und Vernunft. Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung Philipp Melanchthons. Luthers engster Verbündeter formulierte 1530 das „Augsburger Bekenntnis", das zentrale Gründungsdokument der lutherischen Kirchen.

Der Verfasser entwirft ein vielschichtiges Bild von der Persönlichkeit des streitbaren Augustiner-Mönchs und Professors zu Wittenberg, des Pfarrers, Ehemannes und Vaters Martin Luther. Luthers Gewaltaufrufe aus Anlass der Bauernrevolte 1525 und bei der Verfolgung radikaler Formen der Reformation gaben Wegbereitern via Gegnern Anlass zur Distanzierung. „In seinen letzten Lebensjahren verstärkt sich noch einmal das zur Schwarzweiß-Malerei tendierende, von Gewalt durchdrungene Weltbild, das Schattenbild des großen Reformators", urteilt Dieterich in seltener Schärfe. Hier habe sich gerächt, dass Luther frühzeitig auf kritische Distanz zum Humanismus gegangen sei. Das Schlusskapitel „Luther gestern und heute" gibt eine Übersicht darüber, wie die Leistungen des großen Reformators in späterer Zeit gedeutet wurden. Das Buch ist mit einem umfangreichen Anhang ausgestattet.



*Veit-Jakobus Dieterich: „**Martin Luther. Sein Leben und seine Zeit**", durchgesehene, aktualisierte Neuausgabe, dtv Verlagsgesellschaft, München 2017, broschiert, 240 Seiten, 15,40 Euro*

Wäre Luther nicht gewesen

Aus Anlass des Gedenkens an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren griffen erwartungsgemäß auch etliche Autoren mit einer kritischen Sicht auf Martin Luther zur Feder. Der Münchener Schriftsteller Michael Lösch schließt sich in seinem inhaltlich weit ausgreifenden Buch mit dem Titel „Wäre Luther nicht gewesen. Das Verhängnis der Reformation. Ein Thesenbuch" der Auffassung an, Luther habe mit seiner Theologie eine „gnadenlose Prädestinationslehre" festgeschrieben.

Gemeint ist die traditionelle kirchliche Lehre von der freien Gnadenwahl Gottes. Nicht minder hart geht der Autor mit dem Menschen Martin Luther ins Gericht. Für ihn war Luther kein friedfertiger Reformer, sondern ein engstirniger Revolutionär, der die Konfrontation riskierte und dadurch Glaubenskriege und namenloses Leid heraufbeschworen habe.

Lösch ist der Sohn eines lutherisch-orthodoxen Pfarrers. Er hat



sich mit Luther und der Reformation intensiv auseinandergesetzt. Seinen Thesen muss man nicht im Einzelnen folgen, man kann sie aber mühelos akzeptieren. In seinem Buch stellt er zahlreiche Freidenker und Reformatoren des späten Mittelalters bis zur Lutherzeit vor. Im Vergleich mit dem Humanisten Erasmus von Rotterdam und anderen fortschrittlichen Denkern seiner Zeit steht Luther aus seiner Sicht als sturer Prinzipienreiter da.

Löschs zentrale These lautet, dass die Geschichte der frühen Neuzeit ohne Luther friedlicher verlaufen wäre. Die Ausgleich suchenden Reformatoren der zweiten Riege mit Erasmus und Philipp Melanchthon an der Spitze hätten das kirchliche Reformwerk ebenfalls erfolgreich durchgeführt, jedoch ohne die Mächtigen in Staat und Kirche gegeneinander in Stellung zu bringen, lautet sein Credo. Lösch stößt sich an Luthers Selbstgewissheit in jeglichen Belangen. Von seiner Bereitschaft, unter bestimmten Umständen Gewalt zu befürworten, fühlt er sich abgestoßen. Luthers Mordaufrufe gegen die revoltierenden Bauern im Frühjahr 1525 und sein 1543 verfasstes Hasspamphlet gegen die Juden repräsentierten nur die Spitze des Eisbergs, meint der Autor.

Zunächst wird im ersten Kapitel des Buches ein schillerndes Zeitpanorama des 14. bis 16. Jahrhunderts entfaltet. Technische Neuerungen ermöglichten den Europäern Entdeckerfahrten und damit die Expansion auf andere Kontinente. Die Welt veränderte sich nachhaltig, doch es war eine „janusköpfige Zeit". Verheerende Katastrophen wie die Pestepidemien hatten zu einer Abnahme der Glaubensgewissheit geführt, desgleichen die weltliche Prachtund Machtentfaltung des Papsttums. Schwärmer und Häretiker, die eine große Anhängerschaft fanden, wurden von der Kirche verfolgt und hingerichtet. Wäre Luther zeitgleich mit Jan Hus, Wilhelm von Ockham oder John Wycliffe in die Welt getreten, hätte er trotz seiner Sprachmacht auch nur eine begrenzte Wirkung gehabt, glaubt Lösch.

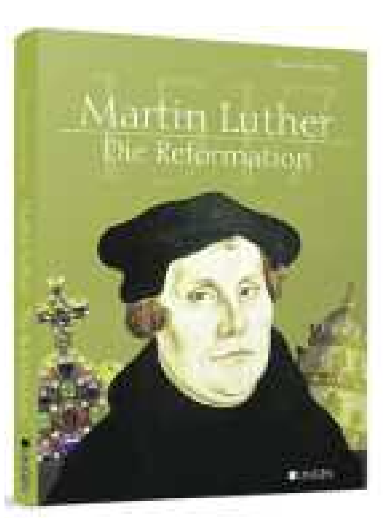
Im letzten Drittel des Buches beschäftigt er sich mit „Luthers Werden". Dass dieser in seinen 95 Thesen die angemaßten Vollmachten des Papstes anprangerte, wirkte wie ein Türöffner. Die Ablass-Tournee des Dominikaners Tetzel im Deutschen Reich hatte vielen die Augen geöffnet. Mit dem Mittel des Buchdrucks und dank seiner „gläubigen Unduldsamkeit" habe ein großer, in der Provinz wirkender Prediger der Welt die Pistole auf die Brust setzen können. Im Übrigen sei ihm der Zufall zur Hilfe gekommen: Er trat zur rechten Zeit am rechten Ort in die Öffentlichkeit. Durch die Unterstützung mehrerer Fürsten gelang es ihm sogar, eine neue Kirche zu gründen, was ursprünglich gar nicht seine Absicht gewesen war.

Schließlich verweist Michael Lösch auf Luthers Reformationswerk als Auslöser der Gegenreformation, was ihn zur Überlegung veranlasst: Hätte es ohne Luther die Inquisition nicht gegeben? Mögen solche Fragen auch manchem zu weit gehen, so ist das Buch doch eine anregende Lektüre zum Eintauchen in die Epoche der heraufdämmernden Neuzeit.

*Michael Lösch: „**Wäre Luther nicht gewesen. Das Verhängnis der Reformation. Ein Thesenbuch**", dtv Verlagsgesellschaft, München 2017, broschiert, 239 Seiten, 15,40 Euro*

Luther – Die Reformation

Mit der Reformation veränderten sich seit 1517 Kirche und Gesellschaft. Mittelfristig bereitete die Reformation in Europa den Weg zu einer neuen Toleranzkultur mit einer friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Konfessionen und Religionen. Zunächst aber nahm die konfessionelle Intoleranz in der Frühneuzeit noch einmal zu, was zu den langen, desaströsen Glaubenskriegen mit der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges als Tiefpunkt führte. Eine umfassende Darstellung von Luthers Leben und des Geschehens infolge seines Abfalls von der katholischen Kirche bietet ein großformatiger Text- und Bildband mit dem Titel „Martin Luther. Die Reformation". Die Autoren Andrea Weindl und Carl-Josef Virnich sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Herausgebers Thomas Prüfer vom Kölner Geschichtsbüro Reder, Roeseling & Prüfer.



In dem opulent bebilderten Werk ist die Politik der europäischen Mächte und Roms ein zweites, zentrales Themenfeld. Historisch und inhaltlich bedeutet der Augsburger Religionsfrieden von 1555 eine Zäsur. Es folgen noch die Kapitel „Reformation und Gegenreformation in Europa", „Die Reformation und das kulturelle Leben" sowie „Von Wittenberg in die Welt". Unter den zahlreichen Exkursen findet sich auch einer über die „Pilgrim Fathers", die zu den ersten Siedlern auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika gehörten. Hierher gehört auch der Hinweis auf den Soziologen Max Weber, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Reformation eine grundlegende Bedeutung für die Entstehung der modernen Welt zuschrieb. Ohne die protestantische Ethik gäbe es keinen Kapitalismus, erklärte Weber. Genauer: Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Calvinismus und den puritanischen Sekten mit der modernen Wirtschaftsentwicklung und dem Leistungsgedanken. Die Autorin verweist auch auf die Ansicht, das die Freiheiten in unserer westlichen Welt auf Luthers Forderung nach Gewissensfreiheit zurückzuführen seien.

Der rundum gelungene Band wurde vom Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerverband e. V. als Textquelle für den Schulunterricht empfohlen.

*Thomas Prüfer (Hg.): „**Die Reformation**", Helmut Lingen Verlag, Köln 2016, gebunden, 176 Seiten, 19,95 Euro*

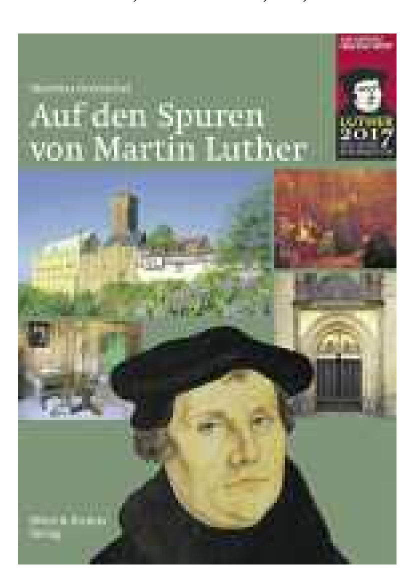
Auf den Spuren von Martin Luther

„Auf den Spuren von Martin Luther" ist der Titel eines biografischen Reiseführers von Matthias Gretzschel. Die Städte, die Luther besucht hat, wo er wohnte, sich rechtfertigen musste und wo er predigte, liegen mit wenigen Ausnahmen – Worms und Coburg – in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. In diesem territorialen Rahmen hat sich Luther nach seiner Romreise im Jahr 1511 ausschließlich bewegt.

Der 1957 in der Nähe von Dresden geborene Verfasser studierte evangelische Theologie und ist als Kulturredakteur beim „Hamburger Abendblatt" tätig. Bisher veröffentlichte er mehrere kulturgeschichtliche Sachbücher. Im ersten Teil seines illustrierten Reiseführers zu den Luther-Stätten schildert Gretzschel das Schicksal Luthers an den jeweiligen Orten, beginnend mit seiner Kindheit und Schulzeit in Eisleben, Mansfeld, Magdeburg und Eisenach. In chronologischer Abfolge geht es weiter bis zum Kapitel „Bekenntnisse und Bündnisse": Veste Coburg, Schmalkalden, Eisleben, Wittenberg. Die insgesamt 18 Städte mit einem historischen Bezug zu Luther werden anschließend im zweiten Teil in alphabetischer Reihenfolge mit aktuellen Fotos und Kontaktadressen vorgestellt, von A wie Altenburg bis Z wie Zwickau. Zusätzlich gibt es für jede Stadt die Rubrik „weitere Sehenswürdigkeiten".

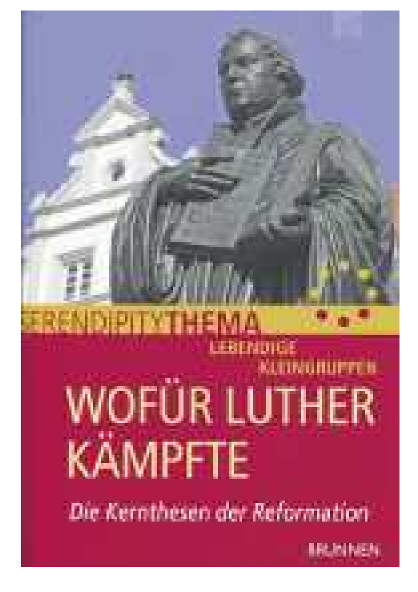
Luthers Geburts- und Sterbeort Eisleben, sein Lebensmittelpunkt Wittenberg und Mansfeld, wo er die ersten 13 Jahre seines Lebens verbrachte, tragen den Namenszusatz „Lutherstadt". Die drei Städte erhielten 2012 die Auszeichnung „Europäisches Kulturerbe-Siegel". Der vorliegende Band dokumentiert ein großartiges, vielfältiges Kulturerbe. Schade nur, dass einige Fotos im zweiten Teil des Bandes aus Platzgründen allzu kleinformatig abgebildet sind.

*Matthias Gretzschel: „**Auf den Spuren von Martin Luther**", Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2017, broschiert, 272 Seiten, 14,95 Euro*



Wofür Luther kämpfte

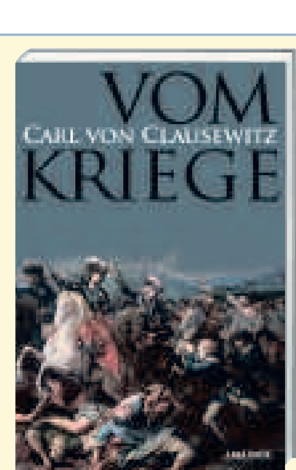
„Wofür Luther kämpfte. Die Kernthesen der Reformation" lautet der Titel eines Themenheftes der Serie „Serendipity-Lebendige Kleingruppen" des Brunnen Verlags. Es wurde für Leiter von Hauskreisen und Bibelgruppen evangelischer Kirchengemeinden konzipiert und enthält Arbeitsmaterial für einen Glaubenskurs über den Kern der lutherischen Rechtfertigungslehre. Erklärtes Ziel des Kurses ist neben der Vermittlung biblischer Inhalte die Förderung von Gemeinschaft durch das Gespräch. Die Teilnehmer werden ermuntert, sich mit ihren persönlichen Anliegen in die Gespräche einzubringen. Für den Kurs sind mindestens acht Treffen vorgesehen.



Der Kurs beginnt mit einer Einführung in die Reformation, die, wie es heißt, den größten kulturellen Einbruch auslöste, der jemals von einer Universität ausging. Gemeinsamer Nenner der aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen sind bis heute vier Kernaussagen der Reformation, die in den Ausschließlichkeitsformeln („Exklusivpartikel"), den vier Soli (lat. solus „allein"), formuliert sind: sola scriptura (Allein die Schrift ist die Grundlage des christlichen Glaubens, nicht die kirchliche Tradition) – sola gratia (Allein durch die Gnade Gottes wird der glaubende Mensch errettet, nicht durch seine Werke) – sola fide (Allein durch den Glauben wird der Mensch gerechtfertigt, nicht durch gute Werke) – solus Christus (Allein die Person, das Wirken und die Lehre Jesu Christi können Grundlage für den Glauben und die Errettung des Menschen sein). Ausgehend von Bibelversen des Alten und Neuen Testaments werden Fragenstellungen und Antworten formuliert sowie Gesprächsanleitungen angeboten.

*Siegbert Riecker: „**Wofür Luther kämpfte. Die Kernthesen der Reformation**", Brunnen Verlag, Gießen 2017, geheftet, 89 Seiten, 8 Euro*

Zum 500. Jahrestag der Reformation sind bereits viele Titel erschienen und weitere werden folgen. Die hier getroffene Auswahl stellt keine Gewichtung dar.



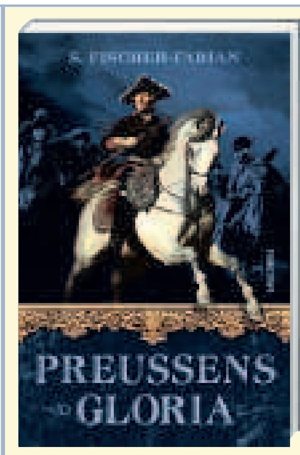
Carl von Clausewitz
Vom Kriege
368 Seiten/Gebunden
Nr. P A0988 6,95 €

Der Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" – als Carl von Clausewitz an seiner monumentalen Abhandlung „Vom Kriege" (1832–1834) arbeitete, konnte er nicht ahnen, dass dieser Satz einmal zum geflügelten Wort werden würde. Doch wer wie sein Autor gute Gründe hat, den Krieg als ein Instrument zu begreifen, das in der Hauptsache politischen Zwecken dient, kommt nicht umhin, seine Folgerichtigkeit nüchtern anzuerkennen. Die vorliegende Auswahlausgabe konzentriert sich auf die zentralen Kapitel dieses philosophischen Klassikers über das Wesen des Krieges.



Wolfgang Venohr
Fridericus Rex – Friedrich der Große
Porträt einer Doppelnatur
Schon zu seinen Lebzeiten rankten sich zahlreiche Legenden um die Person jenes Preußenkönigs, der als Friedrich der Große in die Geschichte eingegangen ist. In den vergangenen Jahrhunderten hat sich das Friedrichbild wiederholt gewandelt, und seine Person wurde für die unterschiedlichsten politischen Zielrichtungen vereinnahmt. Wer aber war dieser kunstsinnige Preußenkönig wirklich? Als der achtundzwanzigjährige Kronprinz Anfang Juni 1740 an die Regierung kam, blickte die Welt voller Erwartungen auf ihn, denn er bekannte sich ausdrücklich zu den humanitären Ideen der Aufklärung. Seine ersten Amtshandlungen schienen diese Erwartungen auch zu erfüllen. Auf der anderen Seite war der Preußenkönig der Machtpolitiker, dessen politisches Credo darin bestand, das Wohl des Staates zur Richtschnur allen Handelns zu machen. In seiner Friedrich-Biographie, die durch ihre Anschaulichkeit besticht, versucht Wolfgang Venohr, jenseits aller Legenden und Glorifizierungen die Persönlichkeit Friedrich II. in all ihren Facetten auszuleuchten, die Widersprüche in seinem Charakter herauszuarbeiten und ein Porträt dieses Mannes zu zeichnen, das zu einem neuen, an den historischen Tatsachen orientierten Bild führt. 464 Seiten
Nr. P A0651 Gebunden 29,80 €

Friedrich Venohr
Friedrich Wilhelm I.
Preußens Soldatenkönig
König Friedrich Wilhelm I. – die Geschichtsschreibung stellte ihn bis heute zu Unrecht in den Schatten seines berühmten Sohnes, Friedrich des Großen. Seine älteste Tochter, Wilhelmine von Bayreuth, zeichnete in ihren Memoiren ein Zerrbild von ihm, das sich von Voltaire bis zu den Liberalen des 19. Jahrhunderts bis zur Verdammung steigern sollte. Nach Sichtung der zur Verfügung stehenden historischen Fakten rückt der Autor das Bild des „Soldatenkönigs", wie er auch genannt wurde, in ein neues Licht: Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), der Despot, Berseker, Wüterich und Prügelfetischist, war andererseits ein Wohlfahrtsfanatiker, ein Finanz- und Ökonomiegenie, der erste Staatssozialist der Geschichte, ein „Revolutionär auf dem Thron". Der klügste, mutigste Verfechter der Menschenrechte, der Preußen zum Hort der Toleranz machte, schuf die Voraussetzungen für den Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht und – war der friedlichste König seines Jahrhunderts. Dr. Wolfgang Venohr präsentiert in dieser überarbeiteten Biographie des „Soldatenkönigs" das umfassende Lebensbild des „widersprüchlichsten, orginellsten und wohl verblüffendsten Herrschers der preußischen Geschichte". 366 Seiten
Nr. P A1158 Gebunden 24,80 €



S. Fischer-Fabian
Preußens Gloria
416 Seiten/Gebunden
Nr. P A0989 7,95 €

Preußen das machtvolle Königreich von einst überdauert in seinen Tugenden, die das Bild und das Selbstverständnis der Deutschen bis heute prägen: Ordnung, Fleiß, Tapferkeit, Pflichttreue und Disziplin. S. Fischer-Fabian erzählt die beeindruckende Geschichte dieses Staates einem Drama gleich in drei Epochen. Der Leser durchschreitet den Aufstieg Preußens von 1701 bis zum Tod Friedrichs II. im Jahre 1786. Eine Zeit, die von drei Generationen geprägt wurde, deren Wirkung bis heute nachhallt. Dieser Band wartet neben der lebendigen Darstellung, die nah an den Menschen erzählt, noch mit einer Stamm- und einer Zeittafel, einem Register sowie mit zahlreichen Karten auf.



Christine von Brühl
Anmut im märkischen Sand
Die Frauen der Hohenzollern
Wie kam die Anmut in die Mark? Kaum eine Dynastie hat die Geschicke Preußens so geprägt wie die Familie der Hohenzollern. Unter ihrer Ägide wurde aus dem kargen Landstrich ein prosperierendes Königreich, mit enormer militärischer Schlagkraft einerseits und Toleranz, Bürgernähe, Förderung der Wissenschaft und Künste andererseits. Was an Preußen heute beeindruckt, ist vor allem das kulturelle Erbe, das das Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte: herrliche Schloss- und Parkanlagen, Theater, Museen oder Universitäten. Christine von Brühl schildert den Einfluss gerade der Frauen der Hohenzollern, die als Zugereiste und Eingeheiratete die Impulse und Ideen mitbrachten, die für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes erforderlich waren. 464 Seiten
Nr. P A0889 Gebunden 22,95 €
Nr. P A1127 Taschenbuch 12,99 €



Bernstein-Engel (ca. 2,5 cm groß)
Nr. P A0341 Bernstein-Engel mit schwarzem Band 18,00 €
Nr. P A0392 Bernstein-Engel mit Silberkette 38,00 €

Elisabeth Heresch
Zarenmord
Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows
Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden konnten. Die Russlandexpertin Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg" in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschreibt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten. Die Recherchen der Autorin legen dabei offen, wie brutal und skrupellos die „neuen" Machthaber des angeblich proletarischen Regimes aus einfachen, ehrlichen Menschen Informationen über den Verbleib der Zarenjuwelen herauspressten, um die Schmuckstücke für revolutionäre Propaganda zu Geld zu machen. 256 Seiten
Nr. P A1159 Gebunden 9,99 €



Dr. Hans Herrig
Das Kaiserbuch
Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte von Karl dem Großen bis Maximilian I
Achtung! Ein Schmuckstück für Ihre Bibliothek. Das Kaiserbuch. Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte, inszeniert nach der Geschichte der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, spiegeln sich in diesem aufs Prächtigste ausgestatteten Buch wieder. Kunstvolle farbige Initialen, kostbare Randleisten, prachtvolle Schmuckblätter versetzen den Leser in das prunkvolle Mittelalter. Entstanden ist eine wahre Kostbarkeit der Buchkunst und Buchmalerei. Es ist eine Freude, dieses grandiose Werk zur Hand zu nehmen. 520 Seiten
Nr. P A0834 Gebunden 49,80 €

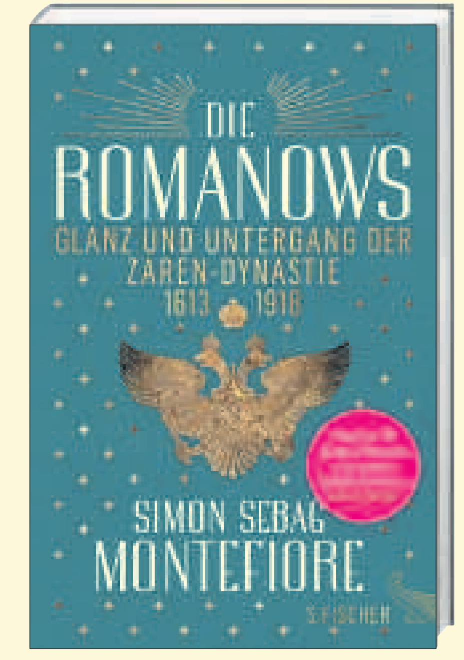
Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Polnische Ostseeküste
Zwischen Oder und Frischem Haff 284 Seiten
Nr. P A1110 Kart. 12,95 €

Immer mehr deutsche Urlauber finden den Weg in Polens beliebteste Ferienregion, die Ostseeküste. Sie zieht es an die Strände mit dem feinen Sand, die sich scheinbar unendlich weit an der Küste entlang erstrecken. An der Küste liegen interessante Hafenstädte wie Stettin und Danzig, traditionsreiche Kurorte wie Sopot und Misdroy und zudem eine einzigartige, abwechslungsreiche Landschaft mit Steilküsten und Binnenseen, Moor- und Hügellandschaften. Dieser Reiseführer beschreibt diese Region in allen ihren Facetten und trägt den Entwicklungen der touristischen Infrastruktur der vergangenen Jahre Rechnung. Neben ausführlichen Informationen zu Geschichte und Kultur enthält dieses Buch unzählige praktische Hinweise zu Hotels, Restaurants, Ausflügen, Museen und sportlichen Aktivitäten.

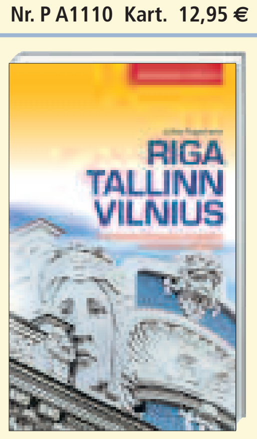


Douglas Smith
Der letzte Tanz
Der Untergang der Russischen Aristokratie
528 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1037 Kart. 14,99 €

Der Untergang des russischen Adels nach der russischen Revolution 1917 – eine Tragödie um Terror und Tod in einer entfesselten Welt. Erstmals erzählt der renommierte Historiker Douglas Smith die ganze Geschichte. 1917 wird die russische Aristokratie im Mahlstrom der Oktoberrevolution der Bolschwisten vernichtet. Douglas Smith beschreibt die berührenden Schicksale und menschlichen Dramen, die sich dahinter verbergen. Er erzählt von nächtlichen Fluchten adliger Gutsherren, aber auch ihrer Diener, von plündernden Bauern und brennenden Herrenhäusern. Im Mittelpunkt stehen zwei der mächtigsten Adelsfamilien des Zarenreiches, die Scheremetews und die Golizyns, deren Mitglieder ermordet wurden, in sibirischen Lagern hungerten oder ins Exil gingen. Mit zahlreichen historischen Fotos von Menschen und Ereignissen.

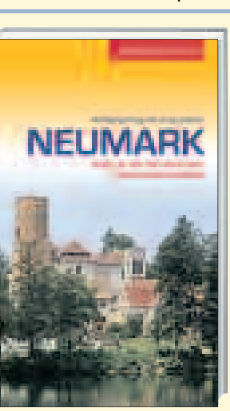


Simon Sebag Montefiore
Die Romanows
Glanz und Untergang der Zaren-Dynastie 1613–1918
Der Bestseller-Autor und Russland-Experte, schildert in seiner ebenso spannenden wie unterhaltsamen Biographie „Die Romanows: Glanz und Untergang der Zarendynastie 1613–1918" die sagenumwobene Dynastie, die Russland bis heute prägt. Wie kein anderes Adelsgeschlecht sind die Romanows der Inbegriff von schillerndem Prunk, Macht, Dekadenz und Grausamkeit. Über 300 Jahre dominierten sie das russische Reich, mehr als 20 Zaren und Zarinnen gingen aus dem Geschlecht hervor, allesamt getrieben von unbändigem Machthunger und rücksichtslosem Willen zu herrschen – einige dem Wahnsinn näher als dem Genie. Simon Sebag Montefiore erzählt die Saga dieser unglaublichen Familie, in der Rivalität, Giftmorde und sexuelle Exzesse regelrecht auf der Tagesordnung standen. Basierend auf neuester Forschung und unbekanntem Archivmaterial zeichnet er die Schicksale und politischen Verwicklungen nach. Mit zahlreichen Abbildungen, prächtige Ausstattung. 1032 Seiten.
Nr. P A1071 Gebunden mit Schutzumschlag 35,00 €



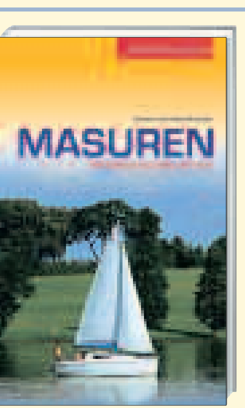
Volker Hagemann
Riga Tallin Vilnius
Die Hauptstädte und die schönsten Reiseziele im Baltikum 438 Seiten
Nr. P A1111 Kart. 19,95 €

Riga, Tallinn und Vilnius haben sich zu beliebten Reisezielen entwickelt, und jede der baltischen Hauptstädte hat ihren eigenen Reiz: Das fast eine Million Einwohner zählende, lebhafte Riga ist berühmt für seine eng bebaute, pittoreske Altstadt und zahllose Jugendstilbauten an den breiten Boulevards. Tallinn fasziniert mit einer mittelalterlichen Altstadt, die von einer zwei Kilometer langen Stadtmauer eingefasst wird, und die zu den besterhaltenen in Europa gehört. In Vilnius stehen mehr als 100 Kirchen, darunter sind etliche sehenswerte Barockkirchen und das Aus-ros-Tor mit dem Bildnis der Barmherzigen Muttergottes, das Ziel von Pilgern aus ganz Europa ist. Dieser Reiseführer führt sehr detailliert durch Riga, Tallinn und Vilnius. Neben den gängigen Reisetipps und nützlichen Karten gibt es Tipps für Shopping und den Strandurlaub.



Wolfgang Kling/Jörg Lüderitz
Neumark
Durch die alte Kulturlandschaft östlich von Oder und Neiße
294 Seiten
Nr. P A1113 Kart. 14,95 €

Die Neumark ist nicht nur für Berliner und Brandenburger einen Besuch wert. Sie lockt mit vielen landschaftlichen Schönheiten und mit einer gerade jüngst spürbar ausgebauten touristischen Infrastruktur. Rund um Gorzów (Landsberg/Warthe) finden Reisende eine von Seen und sanften Hügeln geprägte, nahezu unberührte Natur, die beste Bedingungen für einen Aktivurlaub bietet. Darin liegen traditionsreiche Orte, deren Geschichte teilweise bis ins Mittelalter zurückreicht. Dieser Reiseführer trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung und stellt den Landstrich detailliert vor. Die Autoren erläutern die lange bewegte Geschichte der Neumark und beschreiben die landschaftlichen und baulichen Schönheiten. Umfassende reisepraktische Hinweise machen den Band zu einem nützlichen Begleiter.



Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Masuren
Mit Marienburg, Danzig und Thorn
163 Fotos, 300 Seiten
Nr. P A1153 Kart. 14,95 €

Masuren ist eines der letzten Gebiete Europas mit einer weitgehend intakten Natur. Besonders Wanderer und Wassersportler finden ein selten schönes Revier vor. Aber nicht nur Naturfreunde werden auf ihre Kosten kommen: Jahrhundertealte steinerne Zeugen der Vergangenheit künden von der ereignisreichen Geschichte der Region. Viele Informationen für Wanderer, Radfahrer und Wassersportler zeichnen den Reiseführer aus. Ausführliche Extrakapitel sind der als UNESCO-Weltkulturerbe geschützten Stadt Torun (Thorn), der alten Handelsstadt Gdansk (Danzig) sowie Malbork (Marienburg) mit seiner einzigartigen Ordensburg gewidmet. Der reich illustrierte Titel bietet umfassende Informationen zu den Destinationen, einen Abriss zur Geschichte, Erklärungen zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten sowie praktische Reiseinformationen.



Frank Schüttig
Riesengebirge
Mit Wandertipps, Wintersport-wegweiser und Ausflügen ins Isergebirge 216 Seiten
Nr. P A1112 Kart. 12,95 €

Das Riesengebirge an der tschechisch-polnischen Grenze bietet sich als ganzjähriges Reiseziel vor allem für aktive Urlauber an. Es verfügt über ein ausgedehntes Netz von Wanderwegen durch tiefe Täler und über sonnige Höhen; endlose Loipen und zahlreiche Lifte garantieren Skivergnügen bis ins Frühjahr hinein. Dieser Reiseführer stellt das höchste mitteleuropäische Gebirge nördlich der Alpen, seine Geschichte und seine Bewohner in all seinen Facetten vor und gibt zahlreiche Tipps für Wanderer und Skifahrer. Alle Orte des Riesengebirges auf 216 Seiten – Fundierte Hintergrundinformationen zu Geschichte und Kultur – Ausführliches Extra-Kapitel zum Wintersport – Extra-Kapitel zum Isergebirge – Zahlreiche Vorschläge für Wandertouren – Ausführliche Tipps zu Unterkünften, Essen und Ausgehen.

Gunnar Strunz (448 Seiten)
Reiseführer Königsberg Kaliningrader Gebiet
Mit Bernsteinküste, Kurischer Nehrung, Samland u. Memelland
Nr. P A1114 Kart. 21,95 €

Im Kaliningrader Gebiet treffen russische Gegenwart und deutsche Vergangenheit aufeinander. Neben der Stadt Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, lohnen vor allem die umgebenden Landschaften einen Besuch: die Rominter Heide, das Große Moosbruch und die Memelniederung, die Kurische Nehrung und die traditionsreichen Seebäder wie Rauschen, Cranz und Pillau. Der Reiseführer stellt alle Sehenswürdigkeiten kenntnisreich vor. Umfangreiche reisepraktische Hinweise und durchgängig kyrillisch-lateinisch beschriftete Karten helfen bei der Reisevorbereitung und der schnellen Orientierung vor Ort. Umfassende reisepraktische Tipps – Extra-Kapitel zum Memelland und zur Strecke Berlin-Kaliningrad – 43 genaue Stadtpläne und Übersichtskarten – 238 Farbfotos, 37 historische Abbildungen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

EU: Deutschland soll mehr zahlen

Berlin – Deutschland solle mehr für die EU zahlen, fordert der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD). Der „Welt“ sagte er, „alle“ forderten, dass die EU mehr tun solle für Verteidigung, Entwicklungshilfe, Zuwanderungspolitik und Arbeitsplätze. Das werde aber mit dem heutigen Budget nicht gehen. Deutschland solle „vorangehen“. Man diskutiere über die EU zu „kleinkariert“, so Außenminister Sigmar Gabriels (SPD) zweiter Mann. *H.H.*

Spuckschutz für die Polizei

Hamburg – Kurz vor dem G20-Gipfel in Hamburg hat die Polizei der Hansestadt 3000 sogenannte Spuckschutzhauben angeschafft. Wenn ein Täter einen Spuckangriff ankündigt oder bereits für solche Taten bekannt ist, dürfen ihm die Beamten die dünne, luftdurchlässige und durchsichtige Haube überziehen. Andere Länder, wie Hamburgs Nachbarn Niedersachsen und Bremen, besitzen bereits solche Hauben. *H.H.*

ZUR PERSON

Schreckgespenst ist wieder da

Er ist wieder da, könnte es im Iran bald heißen. Er, das politische Schreckgespenst, das in den vergangenen vier Jahren zur Erleichterung des Westens und vieler gemäßigter Kräfte abgetaucht war, will eine politische Rückkehr wagen: **Mahmud Ahmadinedschad**.

Der Hardliner und Holocaust-Leugner, der von 2005 bis 2013 als Präsident des Iran keine Konfrontation mit dem Westen scheute und dessen Land wegen seines Atomprogramms mit Sanktionen bestraft wurde, will wieder an die Macht. Jedenfalls ließ er sich jetzt für die Präsidentschaftswahlen am 19. Mai als Kandidat registrieren, obwohl ihm Irans geistliches Oberhaupt, Ayatollah Khamenei, erst im September 2016 davon abgeraten hat.

Er wolle mit seiner Bewerbung nur seinen langjährigen Stellvertreter Hamid Baghaei unterstützen, beschwichtigte Ahmadinedschad. Beide wollen den gemäßigten Präsidenten Hassan Rohani stürzen, der seit der Amtsübernahme im Jahr 2013 „nur Mist gebaut“ habe, so Ahmadinedschad.



Obwohl Rohani für eine Annäherung an die USA und ein weitgehendes Ende der westlichen Sanktionen gesorgt hat, liegt die Wirtschaft des Iran weiter am Boden. Hier sieht Ahmadinedschad seine Chance: Als aus einfachen Verhältnissen stammender „Mann des Volkes“ will er die Unzufriedenen und Abgehängten um sich scharen.

Überhaupt dürfte er sich mit 60 Jahren zu jung fühlen, um nur als „graue Eminenz“ hinter Baghaei die Fäden zu ziehen. Neidisch schielt er in die Türkei, wo eine Verfassungsänderung die präsidiale Amtszeit verlängern kann. Als der von Spöttern als „Irrer von Teheran“ bezeichnete Ahmadinedschad nach zwei Amtszeiten nicht wiedergewählt werden durfte, war er gerade erst am Zenit seiner Karriere angelangt. Dass er politisch noch viel vorhat, steht zu befürchten. Sein Freund Assad in Syrien könnte tatkräftige Unterstützung aus dem Iran gut gebrauchen. *H. Tews*



... auf das Gleichgewicht der Kräfte

Frechheit siegt

Warum Berlin wieder nur appelliert, was den Schleppern das Geschäft versauen könnte, und wodurch sich ein Absturz ankündigt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wer nicht wusste, worum es ging, konnte nur entzückt sein: Viele junge Menschen fuhren fahnenschwenkend in ihren Autos durch die Stadt und jubelten so begeistert, dass es einen mitreißen wollte. Nun ja, es war die Erdogan-Jugend, die da wie durch Berlin und andere deutsche Städte auch durch Hamburg donnerte im Jubel über den Sieg ihres geliebten Führers bei der Volksabstimmung daheim.

Immerhin, dachten wir Beobachter: Diese jungen Leute haben wenigstens ein Ziel, ist ja nicht selbstverständlich in dem Alter. Doch nach und nach wurden wir ernüchtert. Wie sich herausstellte, fuhren die nämlich im Kreis herum, statt den einzig für sie richtigen Kurs einzuschlagen: Richtung Norden, da wo in Hamburg der Flughafen liegt und jeden Tag Maschinen gen Türkei abheben.

Kanzlerin Merkel tat sich nach dem Abstimmungsergebnis mit einer gewohnt aussagekräftigen Bewertung hervor. Zusammen mit Außenminister Gabriel erklärte sie, die Bundesregierung erwarte nun, dass Erdogans Regime „einen respektvollen Dialog mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften des Landes sucht“.

Davon wird sich der Sultan ganz sicher tief beeindruckt zeigen! Spaß beiseite, er wird bloß hämisch grinsen: Was sollte die Kanzlerin aber auch sonst sagen? Sie hat es ja nicht gerade leicht, die Merkel. Schließlich ist sie über ihren „Flüchtlingsdeal“ eine prekäre Verbindung mit dem vorderasiatischen Immer-mehr-Machthaber eingegangen, weil sie sich strikt weigert, die deutschen Grenzen ordentlich schützen zu lassen.

Daher meint sie kaum mehr anstellen zu können, als solche Appelle abzusondern. Was sie praktisch zu unternehmen gedenkt, ja ob sie überhaupt etwas gegen den wild gewordenen Türken tun will, lässt sie offen. Wie üblich. Wobei der CDU-Chefin klar ist, dass sie damit keine gute Figur abgibt. Deshalb hat sie sich auf eine alte Weisheit besonnen, um wieder in die Offensive zu gelangen: Frechheit siegt!

SPD-regierten Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Berlin wirft Merkel vor, bei den Überwachungsmaßnahmen gegen islamische „Gefährder“ hinterherzuhinken. Inhaltlich hat sie damit sicher recht, aber der Clou liegt woanders: Da lädt die Regierungschefin Hunderttausende von Menschen, meist junge Männer, aus der gefährlichsten Gegend der Welt unkontrolliert nach Deutschland ein und beschwert sich später bei anderen über die Folgen für die innere Sicherheit. Das hat was!

Scheinbar zu ihrer Entschuldigung weist die CDU-Chefin darauf hin, dass Deutschland – falsch, nicht Merkels Wortwahl – dass „unser Land“ schon im Visier des „islamistischen Terrors war, bevor die vielen Flüchtlinge zu uns gekommen sind“.

Sie will damit sagen: Nicht meine Schuld, was in Berlin, Würzburg und so passiert ist, das wollten die sowieso tun. In Wahrheit aber teilt uns Merkel mit: Ich wusste längst, was da auf die Deutschen zurollen könnte, als ich das Tor zum unkontrollierten Grenzübertritt aufstieß. War mir aber egal.

Ohnehin sollen die leidige Sache mit dem Grenzschutz besser andere europäische Länder übernehmen. Dann kann man sich in Berlin ganz darauf konzentrieren, indigniert die Nase zu rümpfen über robuste ungarische Grenzsoldaten, bulgarische Unterbringungsbedingungen oder die Katastrophen im Mittelmeer.

In den Gestaden zwischen Italien und Libyen nimmt der Zustrom gerade wieder richtig Fahrt auf. So sehr, dass es selbst den Beamten der EU-Grenzschutzagentur Frontex zu viel wird, wie tief sie bereits zum Rädchen im Getriebe der Schlepperkonzerne herabgesunken sind.

Es war ja schon lange üblich, dass die Schlepper ihre Kunden in untauglichen Kähnen aufs Meer schicken, damit diese umgehend SOS funken und sich dann von Frontex-Schiffen retten und in die EU bringen lassen. Mittlerweile hat sich eine Flotte „privater“ Rettungsboote ins System eingeklinkt. Sie retten dermaßen emsig, dass sie dabei selbst in Seenot geraten und sich ebenfalls von Frontex aus der Patsche helfen lassen.

Entscheidend für den Erfolg der Schleppergeschäfte ist es, dass die Menschen allesamt nach Italien und nicht etwa zurück nach Libyen gebracht werden. Taucht im Internet die erste Nachricht von Passagieren auf, die aus Seenot gerettet und an die afrikanische Küste zurückgeführt wurden, dürfte dies zu dramatischen Rückgängen bei den Buchungen in den Schlepperbüros vom Senegal über Nigeria und Eritrea bis nach Pakistan führen. Eine Katastrophe für die gesamte Milliarden-Branche!

> Manches ist derart zynisch, dass man es nicht beschreiben kann, ohne selbst zynisch zu wirken

Daher werden die Schlepper und ihre Freunde regelrecht hysterisch, wenn von Aufnahmezentren in Nordafrika die Rede ist. Das wäre das Ende für sie! Solche Lager seien weder logistisch noch rechtlich vorstellbar, heißt es deshalb.

Dass gelegentlich etliche arglose Menschen, die bloß ihr Leben verbessern wollten, elendig ertrinken, gehört zum Marketing: Es beschwert das Gewissen der Europäer, insbesondere der Deutschen, die unter dieser Last jede Sauerei verdrängen. Dabei sind „Hilfsorganisationen“, die jedwede Kritik an dieser menschenfressenden Goldgrube erfolgreich moralisch ersticken, den Schleppern besonders hilfreich.

Werden wir jetzt zynisch? Sieht leider ganz so aus, doch genau darin liegt ja der Trick! Dieses gesamte Geflecht ist an sich dermaßen menschenverachtend, dass man es kaum realistisch beschreiben kann, ohne selbst wie ein eiskalter Zyniker zu klingen.

So sitzen Sie schwuppdiwupp in der Falle. Denn über eines sollten Sie sich im Klaren sein: Die Macher des Ganzen beherrschen das hohe C der falschen Moral in vollendeter Überlegenheit. Damit jodeln die jeden an die Wand, der zu erkennen gibt, dass er erkannt hat, was diese finsteren Figuren wirklich anstellen.

Manche hatten gehofft, dass die „Herausforderung“ an den EU-Außengrenzen wenigstens dazu führt, die EU-Staaten ein wenig näher zusammenzurücken. Stattdessen schielen die Regierungen bloß darauf, sich möglichst aus der Affäre zu ziehen.

Doch die Politik weiß selbst daraus noch etwas Positives für sich zu ziehen. Längst haben die Politiker der EU eine Wunderwaffe entdeckt, die alle Kritik am Versagen der EU glatt in ihr Gegenteil verkehrt.

Sobald nämlich jemand dieses Versagen anprangert, werfen sie zurück: Dann benötigen wir eben noch „mehr Europa“! So ist die EU bei der Zuwanderungsfrage gnadenlos gescheitert. Doch was schließt Außenminister Gabriels Staatsminister Michael Roth daraus? Wir benötigen „mehr“ EU-Zuwanderungspolitik (siehe Meldung oben). Roth folgt einer typischen Bürokraten-Logik: Wenn die zentralistische Bürokratie ein Problem nicht in den Griff bekommt, muss sie eben nur noch mehr Macht erhalten, dann wird das schon.

In den sozialistischen Ländern des Ostblocks haben sie diese Masche bis zum bitteren Ende durchgezogen, an dem sich gar nichts mehr bewegte. Dann war Schicht. Daran ist im Falle der EU natürlich nicht zu denken, wissen die Vertreter der Fraktion „Mehr Europa!“. Und schreiten unbeirrt voran.

Vielleicht haben die Leute ja recht? Woran sollte man denn überhaupt erkennen, dass es dem Ende zugeht? Nun, dafür gibt es ein Signal, das recht früh anfängt zu leuchten: Wenn mit immer höherem Einsatz immer weniger bewirkt wird, rückt der Moment näher, an dem die Geschichte den Sack zumacht.

Es ist wie auf der Fahrt Richtung Wasserfall. Je dichter wir auf die Kante zutreiben, desto heftiger müssen wir uns in die Riemen legen, um auch nur auf der Stelle zu verharren. Griechenland hat von seinen europäischen Partnern bereits mehr als 300 Milliarden Euro erhalten, ohne sich einen Millimeter vom Absturz zu entfernen. Wie lautet der Ausweg? Mehr Geld für Griechenland!

Hören Sie das Rauschen?

MEINUNGEN

Die Europaabgeordnete ***Ulrike Trebesius*** *(Liberal-konservative Reformer) warnt auf „Tichys Einblick“ (8. April) davor, dass die* ***Deutschen*** *von der* ***EU*** *Schritt für Schritt in einen* ***gigantischen Schuldenstrudel*** *gerissen werden:*

„Wenigen ist bewusst, dass in den sieben Jahren von Merkels Rettungspolitik gewaltige Haftungssummen entstanden sind. Allein die Target II-Salden, die eine Mischung von deutscher Exportstärke und südeuropäischer Kapitalflucht darstellen, haben sich in dieser Zeit von rund 100 Milliarden auf jetzt über 800 Milliarden Euro verachtfacht. Eine marktwirtschaftliche Abwicklung der Schulden ist politisch heute kaum noch denkbar ... Den deutschen Wählern ist bisher nicht klar, dass sie diese Schulden übernehmen werden müssen.“

Peter Ford*, von 2003 bis 2006* ***britischer Botschafter in Syrien****, hegt im Gespräch mit der BBC (9. April) Zweifel an der offiziellen Version zum jüngsten* ***Giftgasangriff*** *in Syrien:*

„Was erforderlich ist, ist eine Untersuchung, denn es gibt zwei Möglichkeiten bezüglich dessen, was dort geschehen ist. Die eine ist die amerikanische Version, dass Assad chemische Waffen an diesem Ort abgeworfen hat. Die andere Version ist, dass eine normale Bombe abgeworfen und ein Munitionslager getroffen wurde, in welchem Dschihadisten chemische Waffen gelagert hatten. Wir wissen nicht, welche dieser zwei Möglichkeiten die richtige ist.“

Zana Ramadani*, Autorin des Bestsellers „Die verschleierte Gefahr“ und mazedonisch-albanischer Herkunft, klärt im Schweizer „Tagesanzeiger“ (10. April) über den* ***Hintergrund des muslimischen Kopftuchs*** *auf:*

„Wo immer der politische Islam Einzug hält, hält die Verhüllung der Frauen Einzug. Das Kopftuch diente ursprünglich dazu, ehrbare Frauen von Sklavinnen unterscheiden zu können, die man benutzen durfte. Benutzen, ja, so heißt das. Auf diesem Gedanken basiert das Kopftuch, und es gilt immer noch: Man unterscheidet damit sittliche von unsittlichen Frauen. Deshalb gelten westliche Frauen als Schlampen, die man anfassen darf.“

Die linksextremen ***Attacken auf Professoren*** *(PAZ berichtete) mit dem Ziel, die Freiheit von Lehre und Forschung zu torpedieren, veranlasst* ***Klaus-Rüdiger Mai****, im „Cicero“ (10. April) eine zentrale Frage aufzuwerfen:*

„Zu fragen ist nach dem gesellschaftlichen Klima, das inzwischen Denunziation und Verächtlichmachung, Zensur und Selbstzensur zu Attributen des Guten und Gerechten macht. Es ist dringend geboten, das Zensur-Gesetz von Justizminister Heiko Maas zur Diskussion zu stellen. Es ist erforderlich, Familienministerin Manuela Schwesig zu fragen, warum sie lieber Geld für die Amadeu Antonio Stiftung ausgab und damit einen Internetpranger finanzierte, anstatt dieses Geld zur Linderung der Kinderarmut einzusetzen. Der gesellschaftliche Diskurs muss auch über Nebelkerzen wie ‚Fake News‘ und ‚postfaktisch‘ geführt werden.“